

# MAGISTERARBEIT

Titel der Magisterarbeit

„Versicherungsvermittlungs- Richtlinie“

Verfasserin

Borislava Kircheva

angestrebter akademischer Grad

Magister der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften  
(Mag. rer. soc. oec.)

Wien, im April 2009

Studienkennzahl lt. Studienblatt:  
Studienrichtung lt. Studienblatt:  
Betreuer :

A 066 915  
Betriebswirtschaft  
Univ.-Prof. Dr. Jörg Finsinger

## **Inhaltsverzeichnis**

Inhaltsverzeichnis.....	2
Definitionen .....	5
I. Einleitung .....	7
1. Zur Themenstellung .....	7
2. Hintergrund: Der Versicherungsvermittler im Versicherungsbinnenmarkt.....	7
3. Werdegang der Rechtssetzung .....	9
II. Die Richtlinie über Versicherungsvermittlung (2002/92/EG) .....	13
1. Problemstellung der RL .....	13
2. Zielsetzung der RL .....	14
i. Vollendung des Binnenmarktes .....	14
ii. Verbraucherschutz .....	16
iii. Gleichbehandlung aller erfassten Personen .....	17
3. Inhalt der RL .....	19
i. Anwendungsbereich und Begriffsbestimmungen .....	19
1. Anwendungsbereich der RL .....	19
2. Ausnahmen vom Anwendungsbereich .....	20
ii. Begriffsbestimmungen .....	22
1. Gemäß Art 1 des Vorschlags für ein Bundesgesetz über die Beaufsichtigung der Versicherungsvermittlung .....	22
2. Gemäß Art 2 der RL .....	23
iii. Versicherungsvermittlerregister .....	28
1. Registerinhalt .....	29
2. Eintragung in das Register .....	30
iv. Berufliche Anforderungen .....	32
1. Angemessene Kenntnisse und Fertigkeiten .....	33
2. Guter Leumund und Konkursfreiheit .....	35
i. Guter Leumund.....	35
ii. Konkursfreiheit.....	36

3. Berufshaftpflichtversicherung, Berufshaftpflicht für Vermittler .....	36
4. Finanzielle Leistungsfähigkeit .....	37
5. Dauerhafte Erfüllung und Verschärfung der Mindestanforderungen .....	38
6. Frage der Haftungsabsicherung.....	39
i. Berufshaftpflichtversicherung.....	39
ii. Deckungsgarantie.....	41
v. Bestandschutz .....	42
vi. Mitteilung der Niederlassung und des Erbringens von Dienstleistungen in anderen Mitgliedstaaten .....	42
vii. Zuständige Behörden .....	44
viii. Sanktionen .....	44
ix. Informationsaustausch zwischen den Mitgliedstaaten.....	45
x. Beschwerden.....	46
xi. Außergerichtliche Beilegung von Streitigkeiten .....	46
xii. Informationspflichten der Vermittler .....	47
1. Allgemeines .....	47
2. Verbraucherschutz und Berufsausübungsregeln .....	48
3. Auskünfte .....	48
4. Beratungspflichten der Versicherungsvermittler .....	50
5. Zusammenhang zwischen Informations- und Beratungspflichten .....	51
6. Einzelheiten der Auskunftserteilung .....	51
i. Gemeinsame Bestimmungen .....	51
ii. Zum Telefonverkauf .....	52
xiii. Schlussbestimmungen .....	53
1. Anrufung der Gerichte.....	53
2. Aufhebung .....	53
3. Umsetzung .....	53
4. Inkrafttreten .....	54
5. Adressaten .....	54
III. Thesen zur Umsetzung der RL .....	55
IV. Wesentliche Aspekte bei der Umsetzung der Versicherungsvermittlungs- RL in	

Österreich.....	59
Zusammenfassung .....	64

#### Quellenangaben

I. Literatur .....	65
II. Internet .....	67

#### **Anhang A**

I. Anhang - Versicherungsvermittlungsrichtlinie 2002/92/EG .....	70
II. Anhang - Meldung eines Händlers über zukünftige Versicherungsvermittlung im Nebengewerbe .....	78

#### **Anhang B**

I. Abstract .....	80
II. Curriculum Vitae .....	81

## Definitionen

**Versicherungsnehmer:** „Die Person, welche mit dem Versicherer einen Versicherungsvertrag abgeschlossen hat und den Versicherungsbeitrag schuldet. Er/Sie muss nicht mit dem Versicherten oder Bezugsberechtigten identisch sein.“<sup>1</sup>

**Versicherungsmakler/in:** „Im Gegensatz zum Versicherungsvertreter / Einfirmenvertreter, welcher einen Anstellungs- oder Handelsvertretervertrag mit "seiner" Versicherungsgesellschaft eingegangen ist und auch deren Weisungen unterliegt, ist der Versicherungsmakler vertraglich nur und ausschließlich seinem Kunden verpflichtet. Er ist unabhängig von Versicherungsunternehmen tätig und vertritt die Interessen seiner Mandanten.“<sup>2</sup>

**Versicherungsvertrag:** „Ein Vertrag ist generell ein zweiseitiges Rechtsgeschäft. Für das Zustandekommen bedarf es zweier übereinstimmender Willenserklärungen: Antrag und Antragsannahme. Erst wenn dem Antragsteller eine schriftliche Annahmestätigung der Versicherungsgesellschaft oder die Ausfertigung des Versicherungsscheins (Police) zugeht und diese jeweils mit dem Antrag übereinstimmen, ist ein Versicherungsvertrag zu Stande gekommen.“<sup>3</sup>

**Versicherungsunternehmen:** „Unternehmen, die ihren Sitz im Inland und den Betrieb der Vertragsversicherung zum Gegenstand haben.“<sup>4</sup>

**Versicherungsagent:** „Wer von einem Versicherer ständig damit betraut ist, für diesen Versicherungsverträge zu vermitteln oder zu schließen. Der Versicherungsagent wird zur Wahrung der Interessen eines oder mehrere Versicherer tätig.“<sup>5</sup>

**Versicherer:** „Eine andere Bezeichnung für das Versicherungsunternehmen oder die Versicherungsgesellschaft. Der Versicherer ist zum einem die Vertragspartei des

---

<sup>1</sup> [http://www.pm-makler.de/pages\\_de/lexikon.php?begriff=67](http://www.pm-makler.de/pages_de/lexikon.php?begriff=67)

<sup>2</sup> [http://www.pm-makler.de/pages\\_de/lexikon.php?begriff=335](http://www.pm-makler.de/pages_de/lexikon.php?begriff=335)

<sup>3</sup> [http://www.pm-makler.de/pages\\_de/lexikon.php?begriff=347](http://www.pm-makler.de/pages_de/lexikon.php?begriff=347)

<sup>4</sup> Art 1, Abs 1 VAG

<sup>5</sup> Art 43, Abs 1 VersVG

*Versicherungsnehmers und übernimmt die Versicherungsschutz für den Versicherungsfall. Er kann entweder als private oder öffentlichrechtliche Organisation auftreten.*<sup>6</sup>

**Versicherungsschutz:** *„Umfasst die vertraglich festgehaltenen Leistungsaussagen der Versicherungsgesellschaft. Im Gegenzug zu dem gewährten Versicherungsschutz stehen natürlich die Pflichten der Kunden wie beispielsweise die Zahlung der Versicherungsprämien.“*<sup>7</sup>

**Versicherungsvermittler:** *„Jede natürliche oder juristische Person, die die Tätigkeit der Versicherungsvermittlung gegen Vergütung aufnimmt.“*<sup>8</sup>

**Versicherungsvermittlung:** *„Das Anbieten, Vorschlagen oder Durchführen anderer Vorbereitungsarbeiten zum Abschließen von Versicherungsverträgen oder das Abschließen von Versicherungsverträgen oder das Mitwirken bei deren Verwaltung und Erfüllung, insbesondere im Schadensfall.“*<sup>9</sup>

**Versicherungskunde:** *„Der Begriff umfasst den Versicherungsinteressenten wie auch den Versicherungsnehmer und tritt sowohl in der Phase vor als auch nach dem Abschluss des Versicherungsvertrages zu.“*<sup>10</sup>

---

<sup>6</sup> <http://www.versicherungsguenstig.com/krankenversicherung/versicherer.html>

<sup>7</sup> <http://www.versicherungsguenstig.com/stichwort-versicherung.html>

<sup>8</sup> Vgl. RL 2002/92/EG Art 2 Z 5

<sup>9</sup> Vgl. Art 137, Abs 1 GewO

<sup>10</sup> Vgl. „Die Umsetzung der Versicherungsvermittlungsrichtlinie im österreichischen Recht“, S. 27

## **I. Einleitung**

### **1. Zur Themenstellung**

Im gesamten Gebiet der europäischen Gemeinschaft ist die Vermittlung von Versicherungen durch professionelle Dienstleister von großer Bedeutung. Die Vermittler dieser Dienstleistungen stehen dabei an der Schnittstelle zwischen Versicherungsunternehmen und Kunden und erfüllen somit alle Aufgaben der Beratung, Vermittlung und laufenden Betreuung von Versicherungsverträgen. Der Vermittler hat demnach einen relevanten Anteil am Abschluss von Versicherungsverträgen. Versicherungsvermittlung ist eine eigene Dienstleistung, sie unterliegt - unabhängig von den Leistungen der Versicherungsunternehmen - den Regeln des gemeinsamen Marktes.<sup>11</sup>

Durch eine neue Versicherungsvermittlungsrichtlinie werden sich die bestehenden Rahmenbedingungen für Versicherungsvermittler wesentlich verändern. So haben am 9.12.2002 das Europäische Parlament und der Rat der Europäischen Union die Richtlinie 2002/92/EG über Versicherungsvermittlung unterzeichnet. Am 15.1.2003 wurde die Versicherungsvermittlungsrichtlinie im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften veröffentlicht und trat gemäß Art 17 auch an diesem Tag in Kraft.<sup>12</sup>

### **2. Hintergrund: Der Versicherungsvermittler im Versicherungsbinnenmarkt<sup>13</sup>**

Wenn man von den neuen rechtlichen Rahmenbedingungen für die Versicherungsvermittlung spricht, muss das neue Umfeld für die Versicherungswirtschaft ebenfalls Erwähnung finden, da es von großer Bedeutung ist. Es lässt sich feststellen, dass der Binnenmarkt für Versicherungsunternehmen zum jetzigen Zeitpunkt weitgehend vollendet ist. Mit der Einführung der dritten Lebensversicherungsrichtlinie sowie der dritten Schadensversicherungsrichtlinie im Juli 1994 gilt für die

---

<sup>11</sup> Vgl. „Die Umsetzung der Versicherungsvermittlungsrichtlinie im österreichischen Recht“, S. 19

<sup>12</sup> Vgl. „Rechtsfragen der Versicherungsvermittlung“, S. 2

<sup>13</sup> Vgl. „Rechtsfragen der Versicherungsvermittlung“, S. 2 und 3

Versicherungsunternehmen ein einheitliches Bündel von Zulassungs- und Aufsichtsvorschriften des Mitgliedstaats, in dem die jeweiligen Unternehmen ihren Sitz haben (Herkunftslandprinzip). Die Versicherungsunternehmen haben mit einem **„europäischen Pass“** außerdem die Möglichkeit, entweder im Rahmen der Niederlassungsfreiheit oder der Dienstleistungsfreiheit (Art 43 und 49 EG-Vertrag) ihr Geschäft EU-weit zu betreiben. Dank der konsequenten Durchsetzung des **Sitzlandprinzips** („home-country-control“) und der Abschaffung der präventiven Bedingungs- und Tarifkontrolle steht den Versicherungskunden nun ein größeres und vielfältigeres Produktangebot zur Wahl, bestimmte Produkte können außerdem zu günstigeren Preisen erworben werden. Als problematisch erweist sich jedoch, dass der Privatkunde oftmals nicht in der Lage ist - mangels entsprechender Fachkenntnisse und Erfahrungen - diese neuen Möglichkeiten zu nutzen. Diese Produktvielfalt kann allerdings auch dazu führen, dass die Markttransparenz in Bezug auf Prämien und Bedingungen schwindet. Um diese Gefahr so weit wie möglich auszuschließen, kommt den Versicherungsvermittlern die zum Ausgleich von Wissens- und Erfahrungsdefiziten der Kunden erforderliche Kompensatorenrolle zu. Die Devise lautet: „Ersetzung von Produktschutz durch Beratungsschutz“.

Zwar hat der Binnenmarkt-Rechtsrahmen die Zunahme der grenzüberschreitenden Versicherungstätigkeit bei industriellen und kommerziellen Großrisiken erleichtert, bei den privaten Risiken (d.h. für Privatpersonen) wirkt er sich dagegen nur unwesentlich aus. Das lässt sich unter anderem darauf zurückführen, dass die vom Tätigkeitsmitgliedstaat aus Gründen des Verbraucherschutzes vorgeschriebenen Anforderungen die rechtmäßig in einem Mitgliedstaat operierenden Anbieter von Dienstleistungen von der Ausweitung ihrer Tätigkeit auf andere Mitgliedstaaten abhalten. Desweiteren gab es bisher keine EU-Rechtsvorschriften für Versicherungsvermittler, die ihnen Niederlassungsfreiheit und Dienstleistungsfreiheit im gesamten Binnenmarkt ermöglichen, sofern sie die rechtlichen Anforderungen in ihrem Herkunftsmitgliedstaat erfüllen. Somit waren die Versicherungsvermittler daher häufig nicht in der Lage, Anfragen von Verbrauchern, deren Risiko sie in einem anderen Mitgliedstaat versichern wollten, zu entsprechen. Es ist jedoch zu erwarten, dass die grenzüberschreitende



Nachfrage von Versicherungsprodukten, bei der die Versicherungsvermittler eingeschaltet werden, aufgrund des schärferen Wettbewerbs und der größeren Komplexität der Versicherungsverträge zunehmen werden.

Es bleibt festzuhalten, dass die Rolle der Versicherungsvermittler gerade im deregulierten Versicherungsbinnenmarkt von großer Bedeutung bleiben wird. Zwar hat die Einführung des Euro die Transparenz und die Vergleichbarkeit der Produktpreise erhöht und grenzüberschreitende Tätigkeiten gefördert, jedoch benötigt der Versicherungskunde zunehmend kompetente Beratung. Nur ein qualifizierter Versicherungsvermittler ist in der Lage, eine Verbraucherschutzfunktion durch qualifizierte, bedarfsorientierte Beratung des Kunden zu gewährleisten. Die aktive Teilnahme des Versicherungsvermittlers am Versicherungsbinnenmarkt ist ebenso unumgänglich. Jeder Versicherungsvermittler muss die Möglichkeit haben, die Vorteile des Binnenmarkts zu genießen. Auch das zählt zu den Gründen, Versicherungsvermittlern den uneingeschränkten Zugang zum Binnenmarkt zu gewährleisten. Ein Beitrag zur Verbesserung des Verbraucherschutzes sowie zur Vollendung des Binnenmarktes für Finanzdienstleistungen ist demzufolge die Koordinierung der einzelstaatlichen Vorschriften bezüglich der beruflichen Anforderungen der Versicherungsvermittler und der Eintragung dieser Personen.

### **3. Werdegang der Rechtssetzung<sup>14</sup>**

Bis zum jetzigen Zeitpunkt existieren im derzeit noch geltenden europäischen Versicherungsvermittlerrecht nur eine Richtlinie aus dem Jahre 1976<sup>15</sup> sowie eine Empfehlung aus dem Jahre 1991<sup>16</sup>. Durch Übergangsregelungen hat der Rat versucht, in der RL 77/92/EWG den Versicherungsvermittlern die Wahrnehmung der Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit zu ermöglichen. Davon sind hauptsächlich die Versicherungsvermittler betroffen, die zwar im Herkunftsland keine Prüfungen ablegen und auch keine Zulassungen erhalten konnten, aber durch die tatsächliche Ausübung des

---

<sup>14</sup> Vgl. „Rechtsfragen der Versicherungsvermittlung“, S. 4, 5 und 6

<sup>15</sup> „RL 77/92/EWG des Rates vom 13.12.1976, diese RL wird gemäß Art 15 und 16 Abs 1 RL 2002/92/EG spätestens am 15.1.2005 aufgehoben“

<sup>16</sup> Empfehlung 92/48/EWG der Kommission vom 18.12.1991

Vermittlerberufes über einen gewissen Zeitraum ihre Berufsqualifikation nachweisen konnten. Somit koordiniert die RL 77/92/EWG also nicht die Zugangs- und Ausübungsmodalitäten, sondern stellt ein Provisorium dar, das hinfällig wird, sobald eine detaillierte Gemeinschaftsregelung vorliegt. Die EU-Kommission hat im Jahre 1991 eine Empfehlung über Versicherungsvermittler verabschiedet mit dem Ziel, die Ausübungsregelungen in den EU-Mitgliedstaaten zu harmonisieren. Diese Empfehlung zielte auf die Entwicklung eines Zulassungs- bzw. Registrierungsverfahrens für Versicherungsvermittler in allen EU-Ländern nach Maßgabe eines Polarisierungsgedankes, der der sauberen Trennung von Agenten und Maklern und ihrer entsprechenden Eintragung verpflichtet ist. Neben der nachgewiesenen fachlichen Qualifikation zählen persönliche Integrität und finanzielle Sicherheit zu den Leitgedanken. Nachteilig muss man jedoch bemerken, dass die Empfehlung zum einen nicht in allen Mitgliedstaaten umgesetzt wurde, zum anderen das Ausmaß der Umsetzung in den Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich war.

Die Kommission veröffentlichte im Juni 1997 die Mitteilung: „Finanzdienstleistungen: Das Vertrauen der Verbraucher stärken“.<sup>17</sup> Diese Mitteilung enthielt eine Reihe von Maßnahmen, mit deren Hilfe die Rechtsvorschriften für Finanzdienstleistungen an die Bedürfnisse und Erwartungen der Verbraucher angepasst werden sollten. Außerdem verpflichtete sich die Kommission im Bezug auf die Versicherungsvermittler, die Richtlinie von 1976 sowie den Stand der Durchführung der Empfehlung von 1991 zu überprüfen und eventuell weitere Schritte einzuleiten, um die Qualität und den Nutzeffekt grenzübergreifender Tätigkeiten zu verbessern. Dieser Verpflichtung kam die Kommission dann mit zwei Arbeitsdokumenten nach.<sup>18</sup> Diese Dokumente zeigten, dass die RL von 1976 zwar eine recht zufrieden stellende Regelung für die Niederlassungsfreiheit eingeführt hat, dass aber der in der Empfehlung von 1991 enthaltene Mechanismus für den freien Dienstleistungsverkehr nicht den Erwartungen aller Marktteilnehmer gerecht wird. Die unterschiedlichen Verbraucherschutzniveaus in den einzelnen Mitgliedstaaten sowie der nicht verbindliche Charakter der Empfehlung können als Gründe dafür gelten. Für eine weitere Harmonisierung der Bestimmungen für

---

<sup>17</sup> KOM (1997)

<sup>18</sup> Arbeitsdokument XV/2072/97 und XV/2085/98

Versicherungsvermittler wurden mehrere Optionen vorgeschlagen. In der ersten Option prüfte man die Möglichkeit der Optimierung von bestehenden Rechtsvorschriften, die zweite Option versuchte die Bestimmungen des Berufszugangs europaweit zu harmonisieren, während die dritte Option eine beschränkte Harmonisierung und gegenseitige Anerkennung der Registrierung zum Inhalt hat.

In einem Aktionsplan<sup>19</sup>, dem die Kommission im Mai 1999 zustimmte, wurden für die nachfolgenden fünf Jahre verschiedene politische Ziele und spezielle Maßnahmen zur Verbesserung des Binnenmarktes für Finanzdienstleistungen vorgeschlagen. Eine hohe Priorität kommt darin unter anderem der weiteren Integration der Privatkundenmärkte sowie der Stärkung des Verbraucherschutzes zu. Die bestehenden, sehr unterschiedlich konzipierten nationalen Rechtsvorschriften bezüglich der Versicherungsvermittler werden ausdrücklich als Behinderung für die freie Erbringung von Dienstleistungen bezeichnet. Da ihnen jedoch eine zentrale Bedeutung für einen besser funktionierenden Versicherungsbinnenmarkt zukommt, ist ein klarer gemeinsamer Ansatz für deren Regulierung unabdingbar, um so die freie Erbringung von Dienstleistungen zu erleichtern und gleichzeitig den Verbraucherschutz auf einem hohen Niveau zu stärken.

Nach zahlreichen Diskussionen mit den nationalen Experten der Mitgliedstaaten, Diskussionen im Kreise des Versicherungsausschusses sowie mit Vermittler- und Konsumentenverbänden hat die Kommission am 20.9.2000 auf der Grundlage der dritten Option einen „Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Versicherungsvermittlung“ vorgelegt. Mit diesem Vorschlag wurde sowohl die Vermittlerrichtlinie von 1976 aktualisiert, als auch der Verbraucherschutz durch einheitliche Anforderungen an die Vermittler gestärkt. Nachdem der Vorschlag im Rat, EU-Parlament und in diversen Ausschüssen in einem Mitentscheidungsverfahren diskutiert wurde, konnte am 26.11.2001 auf der Tagung des Binnenmarkt- und Verbraucherrates eine politische Einigung erreicht werden. Am 5.3.2002 wurde ein gemeinsamer Standpunkt des Rates im Hinblick auf den Erlass der Richtlinie des

---

<sup>19</sup> „Finanzdienstleistungen – Umsetzung des Finanzmarktrahmens: Aktionsplan“. Mitteilung der Kommission vom 11.5.1999, KOM (1999) 232;

Europäischen Parlaments und des Rates über Versicherungsvermittlung veröffentlicht. Da sich Rat und EU-Parlament offensichtlich sehr weit angenähert hatten, wurden für die zweite Lesung nur eine geringe Zahl von Änderungsanträgen eingereicht. Der Ministerrat der Europäischen Union nahm am 30.9.2002 den Entwurf einer Europäischen Richtlinie für Versicherungsvermittlung an.

Die formelle Unterzeichnung der Richtlinie durch das Europäische Parlament und den Rat der europäischen Union erfolgte am 9.12.2002. Am 15.1.2003 wurde die Richtlinie 2002/92/EG über Versicherungsvermittlung im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften veröffentlicht und trat mit diesem Datum in Kraft. Für die Mitgliedstaaten der Europäischen Union bestand nun die Verpflichtung, die RL in nationale Gesetze umzusetzen, sodass spätestens ab dem 15.1.2005 für die Versicherungsvermittlung europaweit einheitliche Berufszugangs- und Ausübungsregelungen (Mindeststandards) erforderlich wurden.

## II. Die Richtlinie über Versicherungsvermittlung (2002/92/EG)

### 1. Problemstellung der RL

Die Europäische Kommission fordert schon lange ein **einheitliches Regelungskonzept** für alle Versicherungsvermittler, unabhängig davon, ob sie als Ein-Firmenvertreter, Mehrfachagenten oder Makler tätig sind. Ebenso unberührt davon bleibt die Tatsache, ob sie diese Tätigkeit haupt- oder nebenberuflich ausüben und in welcher Rechtsform dies geschieht.

Mehrere **Gründe** sprechen für ein derartiges **Regelungskonzept**:<sup>20</sup>

- Die Komplexität der Materie - selbst einfache Versicherungsverträge sind für die Mehrheit der Kunden nicht ohne fachliche Erläuterung in allen Aspekten zu erfassen.
- Dank der umfangreichen und qualifizierten Fachkenntnis seitens der Vermittler ist eine kompetente Beratung der Kunden möglich.
- Für Verbraucher ist eine Unterscheidung zwischen einem unabhängigen Vermittler, der ihre Interessen wahrt, und einem Vermittler, der im Auftrag eines Versicherungsunternehmens tätig wird, nur schwer zu treffen.

Während auf nationaler Ebene die Probleme der Undurchsichtigkeit und Komplexität des Vermittlerstatus bestehen, ergibt sich auf europäischer Ebene ein weiteres Regelungserfordernis: bis zuletzt bestanden in den verschiedenen Mitgliedstaaten unterschiedliche Regelungen hinsichtlich Aufnahme und Ausübung der Versicherungsvermittlung. Im europäischen Binnenmarkt stellen diese unterschiedlichen nationalen Regelungen jedoch erhebliche Hindernisse dar, da Versicherungsvermittler ihre Dienstleistungen nicht unter den gleichen rechtlichen Bedingungen in allen Mitgliedstaaten anbieten können.

Diese Umstände wurden vom europäischen Gesetzgeber berücksichtigt und Maßnahmen zur Vollendung des Binnenmarktes und zum Schutz der Verbraucher getroffen. Den Schlusspunkt der Regelungen auf europäischem Niveau bildete die Richtlinie 2002/92/EG über Versicherungsvermittlung. Sie trat am 15.01.2003 in Kraft und war an alle Mitgliedstaaten der europäischen Gemeinschaft gleichermaßen gerichtet.

---

<sup>20</sup> Vgl. „Die Umsetzung der Versicherungsvermittlungsrichtlinie im österreichischen Recht“, S. 19 und 20

In der RL werden die Mindestanforderungen betreffs des Berufszugangs für Versicherungsvermittler vereinheitlicht und Regeln für deren Berufsausübung festgeschrieben. Versicherungsvermittler müssen nach der RL in ein nationales Register eingetragen werden. Voraussetzung für eine grenzüberschreitende Tätigkeit der Versicherungsvermittler im Gebiet der europäischen Gemeinschaft ist, dass sie die Anforderungen der RL erfüllen.

## 2. Zielsetzung der RL

Die Europäische Kommission verfolgt mit der Richtlinie 2002/92/EG über Versicherungsvermittlung **drei Ziele**: die Vollendung des Binnenmarktes, der Verbraucherschutz sowie die Gleichbehandlung aller erfassten Personen sind.

### i. Vollendung des Binnenmarktes<sup>21</sup>

Bis zum Erlass der Richtlinie bestanden hinsichtlich Aufnahme und Ausübung der Versicherungsvermittlung Unterschiede in den nationalen Regelungen, obgleich die meisten Mitgliedstaaten Maßnahmen auf der Grundlage der Empfehlung der Kommission erlassen hatten. Diese Unterschiede stellten **Marktzutrittsschranken** für die grenzüberschreitende Erbringung der Dienstleistung Versicherungsvermittlung dar und führten zu einer Zersplitterung des Binnenmarktes.

Durch die **Koordinierung** einzelstaatlicher Vorschriften bezüglich der beruflichen Anforderungen an Versicherungsvermittler sowie der Eintragung von Versicherungsvermittlern auf europäischer Ebene soll dieser Zersplitterung entgegenwirkt werden.<sup>22</sup> Demnach sollen Versicherungsvermittler in allen Mitgliedstaaten im Rahmen der Niederlassungsfreiheit und des freien Dienstleistungsverkehrs die Tätigkeit der Versicherungsvermittlung aufnehmen und ausüben können.<sup>23</sup> Nach den Intentionen der RL soll dieser Umstand positive

---

<sup>21</sup> Vgl. „Die Umsetzung der Versicherungsvermittlungsrichtlinie im österreichischen Recht“, S. 36, 37 und 38

<sup>22</sup> Erwägungsgrund (8) der RL

<sup>23</sup> Erwägungsgrund (6) der RL

Auswirkungen auf den durch die dritte Richtlinien-Generation bereits vereinheitlichten Versicherungsmarkt haben.<sup>24</sup>

Die Mindestharmonisierung einzelstaatlicher Vorschriften sowie die gegenseitige Anerkennung der einzelstaatlichen Registrierungen bilden dabei die Grundlage der RL.<sup>25</sup>

Durch die **Rechtsangleichung (Harmonisierung)** werden die Mitgliedstaaten im Bereich des Verbraucherschutzes verpflichtet, von einem hohen Schutzniveau auszugehen.

Demgegenüber verfolgt das Konzept der **gegenseitigen Anerkennung** das Ziel, die trennende Wirkung unterschiedlicher nationaler Produkt- und Qualifikationsstandards aufzuheben, ohne diese zu harmonisieren.<sup>26</sup>

Hinsichtlich der **beruflichen Anforderungen**, die für die Eintragung in die nationalen Register erforderlich sind, verbindet die RL die Prinzipien der gegenseitigen Anerkennung und der Harmonisierung. Dies geht aus Art 4 Abs 6 der RL hervor. Er gestattet den Mitgliedstaaten, die beruflichen Anforderungen für die innerhalb ihres Hoheitsgebietes eingetragenen Versicherungsvermittler zu verschärfen. Einzige Bedingung ist, dass die Mindestanforderungen des Art 4 werden erfüllt.

Im Gegensatz dazu regelt die RL die **Berufsausübung** in Form der Informationspflichten (Art 12 der RL), das Prinzip der Mindestharmonisierung bildet hierbei die Grundlage. Werden durch ein Mitgliedstaat hinsichtlich der nach Art 12 Abs 1 der RL zu erteilenden Auskünfte strengere Vorschriften erlassen, so müssen diese mit dem Gemeinschaftsrecht vereinbar sein (Art 12 Abs 5). Beim Erlassen strengerer Vorschriften ist unbedingt darauf zu achten, dass sie in keiner Weise zu einer Beschränkung der Grundfreiheiten führen - auch wenn sie unterschiedslos auf Ausländer und Inländer anzuwenden sind. Hierzu sieht die RL vor, dass die von den Mitgliedstaaten erlassenen strengeren Vorschriften über bestimmte rechtliche Aspekte der Dienste der

---

<sup>24</sup> Erwägungsgrund (7) der RL

<sup>25</sup> Vgl. „Rechtsfragen der Versicherungsvermittlung“, S. 7

<sup>26</sup> Vgl. „Europarecht“, RZ 973

Informationsgesellschaft, insbesondere des elektronischen Geschäftsverkehrs im Binnenmarkt, vereinbar sein müssen.<sup>27</sup> Es ist jedoch unabdingbar, dass die Mitgliedstaaten der Kommission die erlassenen strengeren einzelstaatlichen Vorschriften mitteilen (Art 12 Abs 5 Unterabs 2).

Die in Art 6 der RL enthaltenen Grundsätze und Regeln betreffend die **Mitteilung der Niederlassung und der Erbringung von Dienstleistungen** in anderen Mitgliedstaaten dienen ebenfalls der Vollendung des Binnenmarktes.<sup>28</sup>

## **ii. Verbraucherschutz<sup>29</sup>**

Als zweites wesentliches Ziel der RL neben der Vollendung des Binnenmarktes gilt die **Verbesserung des Verbraucherschutzes**.<sup>30</sup> Die Richtlinie verwendet hier synonym sowohl den Begriff des „Verbrauchers“ als auch den Begriff des „Kunden“ und dementsprechend „Verbraucherschutz“, ohne jedoch einen erkennbaren Grund für den Gebrauch der unterschiedlichen Bezeichnungen zu nennen.

Als „**Verbraucher**“ oder „**Kunden**“ werden alle Personen bezeichnet, die die Dienstleistung Versicherungsvermittlung in Anspruch nehmen. Dem Schutz ihrer Interessenten gilt ein Hauptaugenmerk der RL, unabhängig davon, ob es sich dabei um Privatpersonen oder Unternehmer handelt. Allerdings gilt dies uneingeschränkt nur im Schutzbereich der beruflichen Anforderungen an die Eintragung.<sup>31</sup>

Nicht vom Schutzbereich der RL erfasst sind Unternehmen, die sich gegen gewerbliche und industrielle Risiken versichern oder rückversichern möchten im Bereich der Informationspflichten.<sup>32</sup> Die sonst vorgesehenen Pflichtinformationen müssen Unternehmen, die vom Fach sind (**Versicherungs- und**

---

<sup>27</sup> Erwägungsgrund (19) der RL

<sup>28</sup> Erwägungsgrund (15) der RL

<sup>29</sup> Vgl. „Die Umsetzung der Versicherungsvermittlungsrichtlinie im österreichischen Recht“, S. 38 und 39

<sup>30</sup> Erwägungsgrund (8) der RL

<sup>31</sup> Vgl. RL 2002/92/EG Art 4

<sup>32</sup> Erwägungsgrund (21) der RL



**Rückversicherungsunternehmen**), sowie Unternehmen, die **Großrisiken** versichert haben möchten, nicht erteilt werden.<sup>33</sup>

Eine personelle Trennung nach Verbrauchern und anderen Personen ist daher in der RL nicht gegeben. Der Begriff „Verbraucher“ bezieht sich nicht nur auf eine bestimmte Personengruppe. Vielmehr sind hier alle Personen erfasst, die nicht ausdrücklich vom Schutzbereich der RL ausgenommen sind. Dies stimmt mit dem **personenbezogenen Verbraucherschutz** nicht völlig überein.<sup>34</sup> So sind zwar alle Verbraucher Kunden im Sinne der RL, aber nicht alle Kunden sind im Gegenzug Verbraucher und als geschützte Personengruppe zu betrachten.

Die RL über Versicherungsvermittlung schützt alle Abnehmer der von ihr erfassten Dienstleistung. Sie differenziert zwischen einzelnen Gruppen, für die ein herabgesetztes Schutzbedürfnis besteht.

### **iii. Gleichbehandlung aller erfassten Personen<sup>35</sup>**

Von der RL erfasst werden alle Kategorien von Personen oder Einrichtungen, die Versicherungsprodukte vertreiben. Es spielt dabei keine Rolle, ob es sich um Versicherungsagenten, Versicherungsmakler oder Allfinanzunternehmen handelt.<sup>36</sup> Die Beseitigung von Hindernissen bei der Vollendung des Binnenmarktes und der Verbraucherschutz sind hierbei das erklärte Ziel. Es findet **keine Differenzierung** zwischen den verschiedenen Kategorien von Vermittlern bezüglich der Anforderungen an die Eintragung statt. Aus Gründen des Verbraucherschutzes ist jedoch hinsichtlich der zu erteilenden Informationen eine Differenzierung der verschiedenen Kategorien von Vermittlern ausdrücklich geboten.

Bezüglich des erfassten Personenkreises geht die RL von einer **funktionalen Definition der Versicherungsvermittlung** aus. Auf diese Art werden neben den

---

<sup>33</sup> Vgl. RL 2002/92/EG Art 12 Abs 4

<sup>34</sup> Vgl. „Die Versicherungsvermittlungs-Richtlinie“, S. 80

<sup>35</sup> Vgl. „Die Umsetzung der Versicherungsvermittlungsrichtlinie im österreichischen Recht“, S. 40, 41 und 42

<sup>36</sup> Erwägungsgrund (9) der RL

verschiedenen Kategorien von Vermittlern (Makler, Vertreter und Gelegenheitsvermittler) auch die verschiedenen Vertriebswege (Allfinanzunternehmen, Großunternehmen des Einzelhandels) erfasst. Mittels dieser Definition ist eine umfassende Einbeziehung aller Personen möglich, die mit Versicherungsvermittlung beschäftigt sind – gleichgültig, in welcher Form sie diese Tätigkeit ausüben. Damit findet eine Differenzierung nicht auf der Ebene der Begriffsbestimmungen, sondern in weiterer Folge bei den jeweils zu erfüllenden Informationspflichten statt.

Kritisch vermerkt in den Begriffsbestimmungen der RL ist das Fehlen einer Unterscheidung zwischen unabhängigen und abhängigen Vermittlern (Makler und Versicherungsagenten).<sup>37</sup> Aus Sicht des Verbraucherschutzes ist jedoch eine **Differenzierung zwischen den verschiedenen Ausübungsformen** für die Frage der Erfüllung der beruflichen Anforderungen nicht zwingend notwendig. Da die Gleichbehandlung aller Vermittler zu den Anliegen der RL zählt, würde sich eine derartige Unterscheidung eher als hinderlich erweisen, da die beruflichen Anforderungen auf alle Vermittlertypen anwendbar sein sollen.<sup>38</sup> Dagegen ist es für den Versicherungskunden sehr wohl von Bedeutung bei jedem Risiko zu wissen, ob er es mit Vermittler zu tun hat, der für eine bestimmte Anzahl von Unternehmen arbeitet oder mit jemandem, der auf Grundlage einer breit angelegten, unparteiischen Marktanalyse berät.<sup>39</sup>

Für den Verbraucher ist eine Unterscheidung am ehesten über eine klare **Deklaration des Vermittlers in der Vermittlungssituation** zu erreichen. Eine begriffliche Definition der verschiedenen Versicherungsvermittlertypen aus Sicht der Ziele der RL – Verwirklichung des Binnenmarktes und Verbraucherschutz – ist jedoch nicht erforderlich. Auf dieser Ebene ist denkbar, dass eine genaue Trennung der Vermittlertypen auf Grund der Regelungsziele als unnötig erweist.

Der **vertraglich gebundene Versicherungsvermittler** findet in den Begriffsbestimmungen eine besondere Berücksichtigung (**Art 2 Z 7**). Mittels spezieller

---

<sup>37</sup> Vgl. „Die Versicherungsvermittlungs-Richtlinie“, S. 4

<sup>38</sup> Vgl. „Aktuelle Fragen des Versicherungsrechts“, S. 45 und 46

<sup>39</sup> Erwägungsgrund (18) der RL

Eintragungsbedingungen soll den Besonderheiten bestimmter Märkte so Rechnung getragen werden.<sup>40</sup>

Ein wichtiger Punkt ist ebenso, dass bei den **Versicherungsvermittlern aus Drittländern**, die in einem Mitgliedstaat niedergelassen sind und im Wege des freien Dienstleistungsverkehrs tätig werden dürfen, die Gleichbehandlung aller Vermittler des Marktes dieses Mitgliedstaates sichergestellt wird.<sup>41</sup>

Dem tragenden Grundsatz der Gleichbehandlung aller am Vertrieb beteiligten Personen kommt eine besondere Bedeutung für **die richtlinienkonforme Interpretation** einzelstaatlicher Umsetzungsbestimmungen zu.

### **3. Inhalt der RL**

#### **i. Anwendungsbereich und Begriffsbestimmungen**

##### **1. Anwendungsbereich der Richtlinie (Art 1)<sup>42</sup>**

Ihren Anwendungsbereich bestimmt die Richtlinie im ersten Kapitel (Art 1 und Art 2). Darin bezieht sie sich grundsätzlich auf alle in der Gemeinschaft niedergelassenen Versicherungs- und Rückversicherungsvermittler - unabhängig davon, ob es sich dabei um natürliche oder juristische Personen handelt.

Da Versicherungsprodukte der verschiedenen Kategorien von Personen oder Einrichtungen wie Versicherungsagenten, Versicherungsmaklern und „Allfinanzunternehmen“ hauptberuflich oder nebenberuflich vertrieben werden können, entschied man sich für die so genannte **funktionale Definition**. Aus Gründen der Gleichbehandlung aller teilnehmender Akteure sowie des Kundenschutzes bezieht sich die Richtlinie auf alle diese Personen oder Einrichtungen<sup>43</sup>. Dazu zählen auch Personen, deren Tätigkeit darin besteht, für dritte Versicherungsvermittlungsdienstleistungen eine Gegenleistung zu erbringen. Die erbrachte Gegenleistung kann sowohl finanzieller Art sein als auch jede andere Form eines wirtschaftlichen Vorteils annehmen, der zwischen

---

<sup>40</sup> Erwägungsgrund (10) der RL

<sup>41</sup> Vgl. RL 2002/92/EG Art 1 Abs 3 Uabs 2

<sup>42</sup> Vgl. „Rechtsfragen der Versicherungsvermittlung“, S. 7 und 8

<sup>43</sup> Erwägungsgrund (9) der RL

den Parteien (Versicherungskunde und Versicherungsvermittler) vereinbart wurde und an die Versicherungsvermittlungsleistung geknüpft ist. Allerdings trifft die Richtlinie nicht auf Personen zu, die eine andere Berufstätigkeit, z. B. als Steuerexperte oder Buchhalter ausüben und nur gelegentlich im Rahmen dieser anderen Berufstätigkeit über Versicherungsschutz beraten, bzw. allgemeine Informationen über Versicherungsprodukte erteilen und es nicht Ziel dieser Tätigkeit ist, sich dem Kunden gegenüber beim Abschluss oder der Abwicklung eines Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmens berufsmäßig zu verhalten oder Schäden zu regulieren oder Sachverständigenarbeit zu leisten.<sup>44</sup>

## 2. Ausnahmen vom Anwendungsbereich (Art 1 Abs 2 und Abs 3)<sup>45</sup>

Art 1 Abs 2 beschreibt sechs Bedingungen, die in ihrer Gesamtheit die Abgrenzung eines Ausnahmereiches von der Richtlinie darstellen. Die Regelungstechnik ist kompliziert, da sie die Ausnahme mit einer Reihe von Gegenausnahmen verknüpft. Dabei handelt es sich um Versicherungen, die eine Zusatzleistung zu einer anderen Leistung darstellen, so genannte „Annexprodukte“<sup>46</sup>. Die Kommission nannte im Richtlinien-Vorschlag als Beispiele dafür die Deckung der Risiken aus Verlust oder Beschädigung bestimmter Waren wie einiger Haushaltselektrogeräte, Brillen usw. Auch Verträge, die von Reisebüros angeboten werden und touristische Beistandsleistungen bieten, fallen darunter. Es ist festzustellen, dass die Ausnahmebestimmungen im Vorschlag der Kommission vergleichsweise klarer umschrieben waren als im endgültigen Text der RL.

Werden sämtliche nachstehenden Bedingungen (kumulativ) erfüllt, findet die RL gemäß Art 1 Abs 2 **keine Anwendung** auf Personen, die Vermittlungsdienste für Versicherungsverträge anbieten:

a) „für den betreffenden Versicherungsvertrag sind nur Kenntnisse des angebotenen Versicherungsschutzes erforderlich;“<sup>47</sup>

---

<sup>44</sup> Erwägungsgrund (11) und (12) der RL

<sup>45</sup> Vgl. „Die Umsetzung der Versicherungsvermittlungsrichtlinie im österreichischen Recht“, S. 43

<sup>46</sup> Vgl. „Die Versicherungsvermittlungs-Richtlinie“, S. 39

<sup>47</sup> Vgl. RL 2002/92/EG Art 1 Abs 2 a)

b) „bei dem Versicherungsvertrag handelt es sich nicht um einen Lebensversicherungsvertrag;“<sup>48</sup>

c) „der Versicherungsvertrag deckt keine Haftpflichtrisiken ab;“<sup>49</sup>

d) „die betreffende Person betreibt die Versicherungsvermittlung nicht hauptberuflich;“<sup>50</sup>

e) „die Versicherung stellt eine Zusatzleistung zur Lieferung einer Ware bzw. einer Dienstleistung durch einen beliebigen Anbieter dar, wenn mit der Versicherung folgendes abgedeckt wird.“<sup>51</sup>

i) „das Risiko eines Defekts, eines Verlusts oder einer Beschädigung von Gütern, die von dem betreffenden Anbieter geliefert werden; oder“<sup>52</sup>

ii) „Beschädigung oder Verlust von Gepäck oder andere Risiken im Zusammenhang mit einer bei dem betreffenden Anbieter gebuchten Reise, selbst wenn die Versicherung Lebensversicherungs- oder Haftpflichtrisiken abdeckt, vorausgesetzt, dass die Deckung zusätzlich zur Hauptversicherungsdeckung für Risiken im Zusammenhang mit dieser Reise gewährt wird.“<sup>53</sup>

f) „die Jahresprämie übersteigt nicht € 500,- und der Versicherungsvertrag hat eine Gesamtlaufzeit, eventuelle Verlängerungen inbegriffen, von höchstens fünf Jahren“. <sup>54</sup> Insgesamt ist diese Ausnahmebestimmung so restriktiv formuliert, dass sie nur einen minimalen praktischen Anwendungsbereich haben dürfte.“<sup>55</sup>

Eine weitere Ausnahme vom Anwendungsbereich ist in Art 1 Abs 3 erfasst. Sie umfasst drei Gruppen von Tatbeständen: <sup>56</sup>

- Versicherungs- und Rückversicherungsvermittlungsdienstleistungen, die im Zusammenhang mit Risiken und Verpflichtungen geleistet werden, vorausgesetzt, dass diese außerhalb der Gemeinschaft bestehen bzw. eingegangen wurden;

---

<sup>48</sup> Vgl. RL 2002/92/EG Art 1 Abs 2 b)

<sup>49</sup> Vgl. RL 2002/92/EG Art 1 Abs 2 c)

<sup>50</sup> Vgl. RL 2002/92/EG Art 1 Abs 2 d)

<sup>51</sup> Vgl. RL 2002/92/EG Art 1 Abs 2 e)

<sup>52</sup> Vgl. RL 2002/92/EG Art 1 Abs 2 e) lit i

<sup>53</sup> Vgl. RL 2002/92/EG Art 1 Abs 2 e) lit ii

<sup>54</sup> Vgl. RL 2002/92/EG Art 1 Abs 2

<sup>55</sup> Vgl. RL 2002/92/EG Art 1 Abs 2 f)

<sup>56</sup> Vgl. RL 2002/92/EG Art 1 Abs 3

- Versicherungsvermittlungen, die nach den Rechtsvorschriften eines Mitgliedstaates durch einen in einem Drittland niedergelassenen Vermittler vorgenommen werden;
- Versicherungsvermittlungstätigkeiten, die in Drittländern getätigt werden, die nicht unter den Anwendungsbereich der RL fallen.<sup>57</sup>

## ii. Begriffsbestimmungen

### 1. Gemäß Art 1 „des Vorschlags für ein Bundesgesetz über die Beaufsichtigung der Versicherungsvermittlung“

Die Begriffsbestimmungen werden gemäß „des Vorschlags für ein Bundesgesetz über die Beaufsichtigung der Versicherungsvermittlung“ vorgenommen.

- **Versicherungsvermittler** (Art 1 Z 1) ist, *„wer eigentlich durch Anwerben, Beraten oder Verhandeln auf den Abschluss von Versicherungsverträgen hinwirkt. Versicherungsvermittler werden als Versicherungsmakler, Versicherungsagenten oder deren Gehilfen tätig.“*<sup>58</sup>
- **Versicherungsmakler** (Art 1 Z 2) ist, *„wer im Geschäftsverkehr die Versicherungsvermittlung unbeeinflusst von Bindungen an Versicherungsunternehmen anbietet.“*<sup>59</sup>
- **Versicherungsagent** (Art 1 Z 3) ist, *„wer die Versicherungsvermittlung im Auftrag eines Versicherungsunternehmens ausübt.“*<sup>60</sup>
- **Gehilfe** (Art 1 Z 4) ist, *„wer die Versicherungsvermittlung im Auftrag eines Versicherungsmaklers oder eines Versicherungsagenten ausübt.“*<sup>61</sup>

<sup>57</sup> Diese RL regelt „weder Versicherungsvermittlungstätigkeiten in Drittländern noch Tätigkeiten von Versicherungs- und Rückversicherungsunternehmen der Gemeinschaft im Sinne der Ersten RL 73/239/EWG zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften betreffend die Aufnahmen und Ausübung der Tätigkeit der Direktversicherung- Lebensversicherung, die durch Versicherungsvermittler in Drittländer ausgeübt werden“.

<sup>58</sup> Vgl. „Europäisches Versicherungsvermittlerrecht für Österreich“, S. 68, Art 1 Abs 1

<sup>59</sup> Vgl. „Europäisches Versicherungsvermittlerrecht für Österreich“, S. 68, Art 1 Abs 2

<sup>60</sup> Vgl. „Europäisches Versicherungsvermittlerrecht für Österreich“, S. 68, Art 1 Abs 3

<sup>61</sup> Vgl. „Europäisches Versicherungsvermittlerrecht für Österreich“, S. 68, Art 1 Abs 4

## 2. Gemäß Art 2 der Richtlinie 2002/92/EG über Versicherungsvermittlung

In der RL dienen **Definitionen** dem Ziel, verbindlich und einheitlich sämtliche Voraussetzungen für den Eintritt der von der RL festgelegten Rechtsfolgen festzulegen, sie dienen der Klarheit und damit der Rechtssicherheit bei der Anwendung und Auslegung der entsprechenden Regelwerke. Teilweise sind die Begriffsbestimmungen der RL autonom, sie können sich aber auch auf anderweitig definierte Tatbestände beziehen.<sup>62</sup>

- **Versicherungsunternehmen (Z 1):** Als solches gilt kraft Verweis<sup>63</sup> „ein Unternehmen, dem nach den Bestimmungen der ersten RL betreffend die Direktversicherung mit Ausnahme der Lebensversicherung<sup>64</sup> und/ oder der ersten RL betreffend die Direktversicherung inklusive der Lebensversicherung<sup>65</sup> die Zulassung erteilt worden ist.“<sup>66</sup>
- **Rückversicherungsunternehmen (Z 2):** ist „ein Unternehmen, das weder ein Versicherungsunternehmen, noch ein Versicherungsunternehmen eines Drittlands ist und dessen Haupttätigkeit darin besteht, von einem Versicherungsunternehmen, einem Versicherungsunternehmen eines Drittlands oder anderen Rückversicherungsunternehmen abgegebene Risiken zu übernehmen.“<sup>67</sup>

Ein besonderes Augenmerk gilt hier den Begriffen der Versicherungsvermittlung und des Versicherungsvermittlers. Für den Anwendungsbereich der RL ist die Definition der Versicherungsvermittlung von zentraler Bedeutung und funktional konzipiert. Das gilt im gleichen Umfang für die Rückversicherungsvermittlung.

- **Versicherungsvermittlung (Z 3):** ist „das Anbieten, Vorschlagen oder Durchführen anderer Vorbereitungsarbeiten zum Abschließen von

---

<sup>62</sup> Vgl. „Die Umsetzung der Versicherungsvermittlungsrichtlinie im österreichischen Recht“, S. 46

<sup>63</sup> Vgl. RL 2002/92/EG Art 2 Z 1

<sup>64</sup> Vgl. RL 73/239/EWG Art 6

<sup>65</sup> Vgl. RL 79/267/EWG Art 6

<sup>66</sup> Vgl. RL 2002/92/EG Art 2 Z 1

<sup>67</sup> Vgl. RL 2002/92/EG Art 2 Z 2

*Versicherungsverträgen oder das Abschließen von Versicherungsverträgen oder das Mitwirken bei der Verwaltung und Erfüllung, insbesondere im Schadensfall.*“<sup>68</sup>

Die Definition der **Rückversicherungsvermittlung (Z 4)** stimmt mit jener der **Versicherungsvermittlung (Z 3)** überein, die bestehenden Ausnahmen stimmen ebenfalls inhaltlich überein.

Die Ausnahmeregelung des Art 2 Z 3 Abs 2 wird in der Literatur besonders kritisch gesehen. Durch sie sind Angestellte von Versicherungsunternehmen nicht Versicherungsvermittler im Sinne der Richtlinie und bleiben damit von ihrer Anwendung ausgenommen. Dergleichen gilt auch die Tätigkeit von Versicherungsunternehmen selbst (z.B. Direkt Mail Aktivitäten) – sie werden nicht als Versicherungsvermittlung angesehen.<sup>69</sup>

Gemäß Art 2 Z 3 Abs 3 ist auch *„die beiläufige Erteilung von Auskünften im Zusammenhang mit einer anderen beruflichen Tätigkeit, sofern diese Tätigkeit nicht zum Ziel hat, den Kunden bei Abschluss oder der Handhabung eines Versicherungsvertrages zu unterstützen, oder die berufsmäßige Verwaltung der Schadensfälle eines Versicherungsunternehmens oder die Schadensregulierung und Sachverständigenarbeit im Zusammenhang mit Schadensfällen“*<sup>70</sup> nicht als Versicherungsvermittlung im Sinne der Richtlinie zu verstehen.

- **Versicherungsvermittler** – nachstehend aufgeführte **Pflichten**<sup>71</sup> sind von jedem Versicherungsvermittler zu erfüllen:
  - Eintragung im Versicherungsvermittlerregister
  - Haftpflichtabsicherung
  - Befähigung, guter „Leumund“ und „Konkursfreiheit“ (auch bei den Mitarbeitern)

---

<sup>68</sup> Vgl. RL 2002/92/EG Art 2 Z 3

<sup>69</sup> Vgl. „Rechtsfragen der Versicherungsvermittlung“, S. 8 und 9

<sup>70</sup> Vgl. RL 2002/92/EG Art 2 Z 3 Abs 3

<sup>71</sup>

<http://www.bmwfj.gv.at/BMWA/Schwerpunkte/Unternehmen/Gewerbe/VersichVermittl/5versicherungsvermittlerregister.htm>



- Informationspflichten
- Schutz von Kundengeldern

Ein **Versicherungsvermittler** oder **Rückversicherungsvermittler (Z 5, Z 6)** ist *„jede natürliche oder juristische Person, die die Tätigkeit der (Rück-)Versicherungsvermittlung gegen Vergütung aufnimmt oder ausübt.“*<sup>72</sup>

An dieser Stelle sei noch einmal auf die **„funktionale Definition“** der RL verwiesen, mit deren Hilfe die verschiedenen Kategorien von Vermittlern und gleichzeitig andere Vertriebswege erfasst werden können. Anders als noch in der RL von 1976<sup>73</sup> und in der Empfehlung von 1991<sup>74</sup> wird dabei nicht mehr zwischen unabhängigen (Versicherungsmaklern) und abhängigen (Versicherungsagenten) Vermittlern unterschieden.<sup>75</sup>

Eine Definition des vertraglich gebundenen Versicherungsvermittlers findet sich in Art 2 Z 7 der Richtlinie:

- Ein **vertraglich gebundener Versicherungsvermittler (Z 7)** ist demnach *„jede Person, die eine Tätigkeit der Versicherungsvermittlung in Namen und für Rechnung eines Versicherungsunternehmens oder - wenn die Versicherungsprodukte nicht in Konkurrenz zueinander stehen – mehrerer Versicherungsunternehmen ausübt, die jedoch weder die Prämien noch die für den Kunden bestimmten Beträge in Empfang nimmt und hinsichtlich der Produkte der jeweiligen Versicherungsunternehmen unter deren uneingeschränkter Verantwortung handelt.“*<sup>76</sup>

Desweiteren sieht die Richtlinie einen **zweiten Fall** des vertraglich gebundenen Versicherungsvermittlers vor und zwar ist das:

- *„jede Person, die Versicherungsvermittlung zusätzlich zu ihrer Hauptberufstätigkeit (d.h. nebenberuflich) ausübt und weder Prämien noch für den Kunden bestimmte*

<sup>72</sup> Vgl. RL 2002/92/EG Art 2 Z 5, Z 6

<sup>73</sup> Vgl. RL 77/92/EG Art 2

<sup>74</sup> Vgl. „Anhangs der Vermittlerempfehlung 1991“, Art 5 Abs 3

<sup>75</sup> Vgl. Rechtsfragen der Versicherungsvermittlung, S. 9

<sup>76</sup> Vgl. RL 2002/92/EG Art 2 Z 7 Abs 1

*Beträge in Empfang nimmt“ und „ hinsichtlich der Produkte des jeweiligen Versicherungsunternehmens unter der Verantwortung eines oder mehrerer Versicherungsunternehmen handelt, wenn die Versicherung eine Ergänzung der im Rahmen dieser Haupttätigkeit gelieferten Waren oder erbrachten Dienstleistungen darstellt.“<sup>77</sup>*

Mittels dieser Begriffsbestimmung lassen sich die auf vertraglich gebundene Vermittler anwendbaren **Eintragungsbedingungen** festlegen.<sup>78</sup> So können unter Aufsicht einer zuständigen Behörde vertraglich gebundene Versicherungsvermittler von einem Versicherungsunternehmen oder einem Zusammenschluss von Versicherungsunternehmen eingetragen werden (Art 3 Abs 1, 2.UAbs). Für alle anderen Versicherungsvermittler werden die Eintragungen direkt von den Behörden vorgenommen. In diesen Fällen wird von den Versicherungsunternehmen, die die Eintragungen vornehmen, geprüft, ob die von der RL geforderten Kenntnisse und Fertigkeiten beim einzelnen Vermittler vorliegen (Art 4 Abs 1 3.UAbs). Der europäische Gesetzgeber erkennt damit die Verantwortung der Versicherungsunternehmen für den Verbraucherschutz an.<sup>79</sup>

Der Typ des vertraglich gebundenen Versicherungsvermittlers soll den Besonderheiten bestimmter Märkte einzelner Mitgliedstaaten Rechnung tragen. Er zielt darauf ab, die auf derartige Vermittler anwendbaren Eintragungsbedingungen festzulegen.<sup>80</sup>

Die **Problematik** des Begriffs „vertraglich gebundener Vermittler“ liegt in der „nicht leicht nachvollziehbaren und offenbar völlig unpraktischen Verengung des Begriffs:“<sup>81</sup> Versicherungsunternehmen sind befugt, Versicherungsvermittler selbst einzutragen, Voraussetzung dafür ist die Erfüllung der Tatbestandsvoraussetzungen des Begriffes. Die Eintragung wird jedoch hinfällig, wenn diese Voraussetzungen

---

<sup>77</sup> Vgl. RL 2002/92/EG Art 2 Z 7 Abs 2

<sup>78</sup> Erwägungsgrund 10 der RL

<sup>79</sup> Vgl. Begründung des Rates betreffend den gemeinsamen Standpunkt des Rates vom 18.03.2002 im Hinblick auf den Erlass einer RL des EU- Parlaments und des Rates über Versicherungsvermittlung, institutionelles Dossier 2000/0213 (COD), S. 13

<sup>80</sup> Vgl. „Rechtsfragen der Versicherungsvermittlung“, S. 9

<sup>81</sup> Vgl. „Aktuelle Fragen des Versicherungsrecht“, S. 53 und 54

nachträglich wegfallen, weil der Versicherungsvermittler z. B. im Einzelfall doch Kundengelder verwalten soll. Letztendlich stellt der Begriff des vertraglich gebundenen Vermittlers jedoch keine verbindliche Begrenzung des vertraglich gebundenen Vermittlers dar. Er legt lediglich den Teilbereich des vertraglich gebundenen Versicherungsvermittlers fest, für den die betreffenden Erleichterungen bei der Eintragung und den beruflichen Anforderungen möglich, aber nicht zwingend sein soll. Folgendes lässt sich abschließend feststellen: Der Begriff erweist sich als „unpraktisch und auch für die ihm zugedachte Funktion“, die Festlegung einer Vermittlergruppe mit erleichterten Eintragungsvoraussetzungen, „unzulänglich“. Dem kann man zustimmen.<sup>82</sup>

- Unter den Begriff „**Großrisiken**“ (Z 8) fallen kraft Verweisung:<sup>83</sup>
  - sämtliche Verkehrsrisiken,<sup>84</sup>
  - Kautions- und Kreditrisiken in Bezug auf Risiken von Versicherungsnehmern, die gewerbliche oder freiberufliche Tätigkeiten ausführen,<sup>85</sup>
  - Feuer- und Haftpflichtrisiken usw.,<sup>86</sup> wenn der Versicherungsnehmer zwei der folgenden quantitativen Kriterien erfüllt: - die Bilanzsumme beträgt mindestens 6,2 Mio. EUR, - der Umsatz beläuft sich auf mindestens 12,8 Mio. EUR, - die Zahl der Beschäftigten muss mindestens 250 sein.

- **Herkunftsmitgliedstaat (Z 9)**

a) „Wenn der Vermittler eine natürliche Person ist: der Mitgliedstaat, in dem diese Person ihren Wohnsitz hat und ihre Tätigkeit ausübt;“<sup>87</sup>

b) „Wenn der Vermittler eine juristische Person ist: der Mitgliedstaat, in dem diese Person ihren satzungsmäßigen Sitz hat, oder, wenn sie gemäß dem für sie geltenden

---

<sup>82</sup> Vgl. „Aktuelle Fragen des Versicherungsrecht“, S. 54

<sup>83</sup> Verweisung auf Art 5 Buchstabe d) der RL 73/239/EWG

<sup>84</sup> Zweige 4, 5, 6, 7, 11 und 12 von Buchstabe A des Anhangs der RL 73/239/EWG

<sup>85</sup> Zweige 14 und 15 von Buchstabe A des Anhangs der RL 73/239/EWG

<sup>86</sup> Zweige 3, 8, 9, 10, 13 und 16 von Buchstabe A des Anhangs der RL 73/239/EWG

<sup>87</sup> Vgl. RL 2002/92/EG Art 2 Z 9 a)

*einzelstaatlichen Recht keinen satzungsmäßigen Sitz hat, der Mitgliedstaat, in dem ihr Hauptverwaltungssitz liegt.“<sup>88</sup>*

- **Aufnahmemitgliedstaat (Z 10)** ist *„der Mitgliedstaat, in dem ein Versicherungs- oder Rückversicherungsvermittler eine Zweigniederlassung hat oder Dienstleistungen erbringt.“<sup>89</sup>*
- **Zuständige Behörden (Z 11)** sind *„die Behörden, die jeder Mitgliedstaat gemäß Art 6 benennt.“<sup>90</sup>*
- **Dauerhafter Datenträger (Z 12)** ist *„jedes Medium, das es dem Verbraucher ermöglicht, persönlich an ihn gerichtete Informationen so gut zu speichern, dass diese während eines für den Informationszweck angemessenen Zeitraums abgerufen werden können, und das die unveränderte Wiedergabe der gespeicherten Daten ermöglicht. Dazu gehören insbesondere Disketten, CD- Roms, DVDs und die Festplatten von Computern, auf denen elektronische Post gespeichert wird, jedoch nicht eine Internet-Webseite, es sei denn, diese Seite entspricht“* den oben genannten Kriterien.<sup>91</sup>

### **iii. Versicherungsvermittlerregister<sup>92</sup>**

Bei der effektiven Umsetzung der Ziele des Bundesgesetzes<sup>93</sup> gilt das Versicherungsvermittlerregister als ein **technischer Behelf**. Es ermöglicht den Versicherungsnehmern durch Einsichtnahme die für sie relevanten Informationen abzurufen. Ebenso dient es der Aufsichtsbehörde bei ihrer Überwachungstätigkeit, aber auch anderen Behörden, z. B. den Zivilgerichten im Rahmen der Anwendung des Art 43 a) des Versicherungsvertragsgesetzes. Möglich wird dies durch den Grundsatz der Publizität, wie er auch anderen vergleichbaren Registern zu eigen ist. **Die Publizitätswirkung** erfährt damit eine Instrumentalisierung im Sinne von Qualität

---

<sup>88</sup> Vgl. RL 2002/92/EG Art 2 Z 9 b)

<sup>89</sup> Vgl. RL 2002/92/EG Art 2 Z 10

<sup>90</sup> Vgl. RL 2002/92/EG Art 2 Z 11

<sup>91</sup> Vgl. RL 2002/92/EG Art 2 Z 12

<sup>92</sup> Vgl. „Europäisches Versicherungsvermittlerrecht für Österreich“, S. 76

<sup>93</sup> Vgl. „Vorschlag für ein Bundesgesetz über die Beaufsichtigung der Versicherungsvermittlung“

(Kompetenz) und Statustransparenz der Versicherungsvermittler. Das Vorliegen bzw. Fehlen eintragungspflichtiger Umstände wird überprüfbar gemacht, zumal die Eintragung als Versicherungsvermittler nur bei Vorlage entsprechender Nachweise erfolgt.

## 1. Registerinhalt<sup>94</sup>

Bei der Festschreibung des Registerinhalts erfolgte eine Orientierung am bereits mehrfach erwähnten Transparentgebot, das durch die Publizität des Registers erfüllt werden soll. Dank der **Identitätsangaben** wird Aufschluss darüber gewährt, welche Personen zur Versicherungsvermittlung berechtigt sind und in welcher Rechtsform. **Die Angabe der Gesellschafter** dient der Transparenz bezüglich wirtschaftlicher Bindungen von Versicherungsvermittlern an Dritte in Hinblick auf Kapitalbeteiligungen. Das betrifft im besonderen Maße Versicherungsunternehmen, aber auch Versicherungsagenten und Versicherungsmaklern untereinander. Konsequenterweise ist dieses Ziel nur zu erreichen, wenn nicht nur Personen registriert werden, die formell als Gesellschafter auftreten, sondern jeder „wirtschaftliche Gesellschafter“, was bedeutet, das auch Treugeber bei treuhänderischer Anteilsverwaltung erfasst werden. Dadurch lässt sich die Ausdehnung erklären. Die Eintragung **beschränkter Befähigungsnachweise** ist als Signal für die resultierenden spartenspezifischen Vermittlungsbeschränkungen zu sehen und dient der effizienteren Überwachung. Durch **Benennung des Agenturverhältnisses** wird der Versicherungsagent regelmäßig auf die Tätigkeit für das angegebene Versicherungsunternehmen festgelegt. Weitere Agenturverhältnisse bedürfen der Zustimmung des alten Versicherungsunternehmens für das neue Agenturverhältnis und umgekehrt. Die **Identitätsangabe des Versicherungsunternehmens**, das dem Versicherungsmakler Haftpflichtversicherungsschutz gewährt, dient dem Versicherungsnehmer in einem Versicherungsmaklerhaftungsfalle bei der (versicherungsrechtlichen) Rechtsverfolgung. Ebenso dient die Eintragung der **Masseverwalter, Zwangsverwalter** und **Zwangspächter** der Registeraktualität, so wie auch die Registrierung sonstiger **Änderungen** aller eintragungspflichtigen Registerdaten.

---

<sup>94</sup> Vgl. „Europäisches Versicherungsvermittlerrecht für Österreich“, S. 80 und 81

Die Registerlöschung gehört auch zum Begriff der **Änderung** von Registerdaten. Sie muss einen ersichtlichen, nachvollziehbaren Eintragungsvorgang auslösen. Etwaige Änderungen und Löschungen dürfen den bisherigen Registerstand nicht völlig beseitigen, da dieser überwachungshalber weiterhin nachvollziehbar sein muss, bei Registerlöschungen schon deswegen, damit der Ausschlussgrund während seiner gesamten Dauer administrierbar bleibt. Es besteht eine Verpflichtung zur Eintragung von rechtskräftigen Straferkenntnissen gegen Versicherungsvermittler. Auf Grund des Fehlens eines Strafregisters im Verwaltungsbereich soll die Eintragung Vorstrafen evident halten. Dadurch ist die angedrohte Registerlöschung bei wiederholter Straffälligkeit im Vollzug gesichert.

Die Eintragung in das Versicherungsvermittlerregister stellt eine wichtige Voraussetzung für die Ausübung von Versicherungsvermittlung dar.

## **2. Eintragung in das Register (Art 3 der RL)<sup>95</sup>**

In Art 3 wird die **Pflicht zur Registrierung** der Versicherungsvermittler ausführlich geregelt. Demnach muss jeder Versicherungsvermittler in ein Register des Staates eingetragen werden, in dem er seinen Sitz bzw. Wohnsitz hat. Jedoch wird es den Mitgliedstaaten freigestellt, die Anforderungen nicht auf alle natürlichen Personen anzuwenden, die in einem Unternehmen arbeiten. Ebenfalls eingetragen werden juristische Personen. Im Register anzugeben sind die Namen aller natürlichen Personen, die im Rahmen des Leitungsorgans für die Vermittlungstätigkeit verantwortlich sind. Es besteht die Möglichkeit, dass vertraglich gebundene Versicherungsvermittler von einem Versicherungsunternehmen oder aber einem Zusammenschluss von Versicherungsunternehmen unter Aufsicht einer Registerbehörde eingetragen werden können.

Hinsichtlich des Inhalts und Führung der Register können nationalen Regelungen herangezogen werden. So besteht z. B. die Möglichkeit, mehrere Register einzurichten, die Kriterien für die Eintragung der Vermittler müssen jedoch festgelegt sein. In jedem

---

<sup>95</sup> Vgl. „Rechtsfragen der Versicherungsvermittlung“, S. 10

Fall ist für die Einrichtung einer einzigen Auskunftsstelle zu sorgen, um einen leichten und schnellen Zugriff auf Informationen aus den verschiedenen Registern zu ermöglichen, die ihrerseits auf elektronischem Wege erstellt und ständig auf den neuesten Stand gebracht werden. Desweiteren werden im Register das Land bzw. die Länder vermerkt, in dem bzw. in denen der Vermittler im Rahmen der Niederlassungsfreiheit oder des freien Dienstleistungsverkehrs tätig ist.

Versicherungen dürfen nur durch eingetragene Vermittler vermittelt werden. Desgleichen dürfen Versicherungsunternehmen nur die Dienste eingetragener Vermittler in Anspruch nehmen. Eingetragene Vermittler sind berechtigt, ihre Tätigkeit in der Gemeinschaft sowohl im Rahmen der Niederlassungsfreiheit als auch im Rahmen des freien Dienstleistungsverkehrs aufzunehmen und auszuüben. Die Eintragung ist an die Erfüllung der beruflichen Anforderungen gebunden, diese sind in Art 4 aufgeführt. „Die entsprechenden Anforderungen eines Mitgliedstaates sind von den anderen Mitgliedstaaten der Gemeinschaft anzuerkennen.“<sup>96</sup> Dazu führt die Kommission aus, dass aus praktischen Gründen dem **System der Eintragung** gegenüber dem der Zulassung jedes einzelnen Vermittlers der Vorzug zu geben ist.<sup>97</sup> Als Grund hierfür ist vor allem die hohe Zahl der in Deutschland tätigen Vermittler von ca. 380 000 (2001) zu sehen. Ein einzelnerbezogenes Zulassungsverfahren wäre sehr kostspielig.<sup>98</sup>

Laut *Jabornegg* zwingt Abs 3 die Mitgliedstaaten im Ergebnis zu einer Art **Konzessionssystem**. So müsse der Eintragung zwingend eine Prüfung der beruflichen Anforderungen vorangehen, von der dann die Eintragung abhängt. Auch sei eine laufende Überprüfung notwendig mit der Maßgabe, dass bei Wegfall der beruflichen Anforderungen gesichert ist, den betreffenden Vermittler aus dem Register zu streichen. Es scheint, als stünde diese Interpretation im Widerspruch zum Anliegen der Kommission, nach der es kein individuelles Zulassungssystem geben soll. In der österreichischen Lehre wird unter dem Begriff Konzession die Erlaubnis einer Behörde für ein Handeln oder Unterlassen verstanden, das an sich – im Rahmen der Privatautonomie – gestaltet, gesetzlich jedoch an eine verwaltungsbehördliche Bewilligung gebunden ist. Das Wirtschaftsaufsichtsrecht beinhaltet die als

---

<sup>96</sup> KOM (2000) 511 endg., S.11

<sup>97</sup> KOM (2000) 511 endg., S. 10

<sup>98</sup> Vgl. „Aktuelle Fragen des Versicherungsrechts“ S. 57

verwaltungsbehördlichen Bewilligungen ausgestellten Konzessionen für die Errichtung sowie den Betrieb eines Unternehmens. Das Österreichische Gewerberecht besteht bei reglementierten Gewerben im Ergebnis auf ein Bewilligungsverfahren. Es besagt, dass der Gewerbeanmelder mit der Gewerbeausübung erst nach Rechtskraft des Bescheides beginnen darf. An diesem System orientiert sich die RL. Ohne die Kontrolle der Erfüllung vorgegebener beruflicher Anforderungen soll weder eine Eintragung noch die Aufnahme und Ausübung der Versicherungsvermittlung möglich sein. Staatliche Stellen sollen das sicherstellen (Art 7 Abs 2). Von der zuständigen Behörde ist die Gültigkeit der Eintragung regelmäßig zu überprüfen.<sup>99</sup>

Desweiteren kann die Registerbehörde dem Versicherungsvermittler *„ein Dokument ausstellen, das es jeder Person, die ein Interesse daran hat, ermöglicht durch Einsichtnahme in das oder die Register zu prüfen, ob der Vermittler ordnungsgemäß eingetragen ist“*<sup>100</sup>. Dieses Dokument enthält Informationen über Namen und Anschrift des Versicherungsvermittlers sowie die Registerbehörde. Handelt es sich um eine juristische Person, ist der Name der natürlichen Person anzugeben, die im Rahmen des Leitungsorgans für die Vermittlungstätigkeit die Verantwortung trägt. Ist der Versicherungsvermittler nicht mehr im Register eingetragen, ist dieses Dokument der Behörde zurückzugeben.

#### **iv. Berufliche Anforderungen (Art 4)<sup>101</sup>**

Die Aufnahme und Ausübung der Versicherungsvermittlung ist an die Erfüllung bestimmter beruflichen Anforderungen gebunden, die von der RL festgelegt werden. Diese Anforderungen müssen **dauerhaft** erfüllt sein (Art 4).

Es sind bestimmte **Mindestvoraussetzungen** zu erfüllen, um als Versicherungsvermittler Aufnahme in das Register zu finden. Diese betreffen in erster Linie die berufliche Kompetenz und Qualifikation, die Integrität und Seriosität - ihr Fehlen stellt einen Ausschlussgrund dar - sowie, eingeschränkt auf Versicherungsmakler, die finanzielle Haftungsvorsorge.

---

<sup>99</sup> Vgl. „Die Umsetzung der Versicherungsvermittlungsrichtlinie im österreichischen Recht“, S. 56

<sup>100</sup> Vgl. RL 2002/92/EG Art 3 Abs 4

<sup>101</sup> Vgl. „Die Umsetzung der Versicherungsvermittlungsrichtlinie im österreichischen Recht“, S. 57



## **1. Angemessene Kenntnisse und Fertigkeiten (Art 4 Abs 1)<sup>102</sup>**

Versicherungsvermittler müssen gegenüber dem Register nachweisen, dass sie über die im Gesetz „*festgelegten angemessenen Kenntnisse und Fertigkeiten verfügen*“<sup>103</sup> (Art 4 Abs 1 UAbs 1). Mit dieser Formulierung gibt man den einzelnen Mitgliedstaaten jedoch nicht vor, in welchem Umfang die Ausbildung stattfinden soll und welche Inhalte zu vermitteln sind. Die Richtlinienggeber, das Europäische Parlament und der Rat haben darauf verzichtet, „kaufmännische“ und „fachliche“ Kenntnisse und Fertigkeiten für das Ausbildungsziel vorzuschreiben, was im Kommissionsvorschlag noch vorgesehen war.<sup>104</sup> Sie sind auch nicht auf die Forderung des Wirtschafts- und Sozialausschusses der Europäischen Gemeinschaft (WSA) eingegangen. Er hatte, wie auch das BIPAR und der BVK, eine Ausbildungszeit von mindestens 300 Stunden vorgeschlagen.

Die selbst gesetzten Ziele der Richtlinie:

- eine hohe fachliche Qualifikation der Vermittler,
- die Überwindung der erheblichen Ausbildungsunterschiede in Europa sowie
- die Angleichung einzelstaatlicher Vorschriften bezüglich der beruflichen Anforderungen

scheinen aufgrund der fehlenden Vorgaben von Dauer und Inhalt der Ausbildung nicht umsetzbar. Damit steht die RL im Widerspruch zu anderen berufsrechtlichen Direktiven des Europäischen Parlaments und des Rates, die in Hinblick auf die gegenseitige Anerkennung von Diplomen zumindest die Ausbildungseinrichtungen (Meisterschulen, Fachhochschulen, Universitäten etc.) sowie eine Mindestausbildungsdauer festlegen.

Noch weniger wird die RL dem in sie gesetzten Anspruch auf „*Gleichbehandlung aller Akteure*“ (Vermittler) gerecht, wenn man bedenkt, dass die Ausbildung zur Erlangung angemessener Kenntnisse und Fertigkeiten nicht von Personen absolviert werden muss, die nur nebenberuflich tätig sind, wenn das Unternehmen die uneingeschränkte Haftung für deren Handeln übernimmt. Hier soll es den Mitgliedstaaten

---

<sup>102</sup> Vgl. „Die EU- Versicherungsvermittler- RL“, S. 17, 18, 19 und 20

<sup>103</sup> Vgl. RL 2002/92/EG Art 4 Abs 1 UAbs 1

<sup>104</sup> So noch der Vorschlag der EU Kommission in Art 4 Abs 1

freistehen, die Ausbildung bezüglich einzelner Produkte gesondert zu regeln (Art 4 Abs 1 UAbs 2).

Anspruch und Wirklichkeit der RL gehen gerade im Bezug auf die geforderte Ausbildung weit auseinander. So ist es mit dem Gleichheitsgebot des Art 3 des Grundgesetzes nicht vereinbar, dass für gleiche Tätigkeiten ungleiche Ausbildungen akzeptiert werden. Es ist auch nicht nachvollziehbar, dass von Personen, die abends und am Wochenende einer Vermittlertätigkeit nachgehen, eine geringere Ausbildung gefordert wird, als von Personen, die ganztätig und mit den Kosten einer eigenen Agentur belastet ihre Versicherungsvermittlungstätigkeit ausüben. Werden aus Gründen des Verbraucherschutzes hohe fachliche Qualifikationen des Versicherungsvermittlers gefordert, muss dies auch für die nebenberuflich Tätigen gelten. Die Begründung für unterschiedliche Qualifikationsanforderungen, nämlich dass ein nebenberuflich tätiger Vermittler durch die uneingeschränkte Haftung seines Unternehmens dem Versicherten Schutz biete, verlagert den Verbraucherschutz unzulässig von der Schadensvermeidung zur Haftung. So käme niemand auf die Idee, für einen angestellten Krankenhausarzt keine ärztliche Approbation wegen der Haftung des Krankenhausträgers zu verlangen.

Um den Ausbildungsanforderungen gerecht zu werden, erscheint in Deutschland die Grundqualifikation ausreichend und geeignet, die für die „Versicherungsfachfrau BWV“ bzw. für den „Versicherungsfachmann BWV“ gilt. Sie wurde von der deutschen Versicherungswirtschaft erarbeitet. Das duale System nach herkömmlichen Muster kommt dabei ebenso in Frage wie eine Ausbildung durch private Träger mit einer staatlichen bzw. öffentlich rechtlichen Abschlussprüfung. In jedem Fall stellen auch die bisherigen Ausbildungen zum „Versicherungskaufmann IHK“ und „Versicherungsbetriebswirt“ eine ausreichende Qualifikation nach Art 4 Abs 1 UAbs 1 dar.

Unternehmen, die selbst ein Register führen, sind befugt, die geforderten Kenntnisse und Fertigkeiten ihrer Vertreter zu prüfen und ihnen ggf. auch selbst eine Ausbildung zu verschaffen, die *„den Anforderungen im Zusammenhang mit den von ihnen vertriebenen Produkten entspricht“*<sup>105</sup> (Art 4 Abs 1 UAbs 3).

---

<sup>105</sup> Vgl. RL 2002/92/EG Art 4 Abs 1 UAbs 3

Angestellte und freie Mitarbeiter in Agenturen und in Maklerfirmen bedürfen ebenfalls einer Registrierung, wenn sie im Sinne der RL Versicherungsvermittlung betreiben. Für eine Eintragung in das Register (Art 3) sind die gleichen Eintragungsvoraussetzungen relevant wie für selbstständigen Vermittler.

Weiterhin besteht die Möglichkeit, dass Personen, die in einem „Unternehmen“ arbeiten und die Tätigkeit der Versicherungsvermittlung ausüben, nicht die gleiche Ausbildung nachweisen müssen wie selbstständige Vermittler (Art 4 Abs 1 UAbs 4). Jedoch muss in den Unternehmen ein vertretbarer Anteil der dem Leitungsorgan angehörenden Personen, *„die für die Vermittlung von Versicherungsprodukten verantwortlich sind, sowie alle anderen direkt bei der Versicherungs- oder Rückversicherungsvermittlung mitwirkenden Personen nachweislich über die für die Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlichen Kenntnisse und Fertigkeiten verfügen“*<sup>106</sup>.

## **2. „Guter Leumund“ und „Konkursfreiheit“ (Art 4 Abs 2)**

### **i. „Guter Leumund“<sup>107</sup>**

Nach Art 4 Abs 2 UAbs 1 müssen Versicherungsvermittler einen guten Leumund nachweisen können. Sie dürfen insbesondere nicht *„im Zusammenhang mit schwerwiegenden Straftaten in den Bereichen Eigentums- oder Finanzkriminalität ins Strafregister oder ein gleichwertiges einzelstaatliches Register eingetragen und sollten nie in Konkurs gegangen sein, es sei denn, sie sind gemäß nationalem Recht rehabilitiert worden“*<sup>108</sup>. Eine Überprüfung des guten Leumunds von vertraglich gebundenen Versicherungsvermittler kann den Versicherungsunternehmen vom Mitgliedstaat gestattet werden (Art 4 Abs 2 UAbs 2). Den Mitgliedstaaten wird die Möglichkeit eingeräumt, diese Bestimmung nicht auf alle Personen anzuwenden, die in einem Vermittlungsunternehmen arbeiten. Nach Art 4 Abs 2 UAbs 3 ist es erforderlich, dass das

---

<sup>106</sup> Vgl. RL 2002/92/EG Art 4 Abs 4

<sup>107</sup> Vgl. „Rechtsfragen der Versicherungsvermittlung“, S. 11

<sup>108</sup> Vgl. RL 2002/92/EG Art 4 Abs 2 UAbs 1

Leitungsorgan des Unternehmens sowie alle Personen, die direkt an der Versicherungsvermittlung beteiligt sind, in diesem Sinne zuverlässig sind.

## **ii. „Konkursfreiheit“<sup>109</sup>**

Der Ausschlussgrund der Konkursverfangenheit in Z 2 dient der Gewährleistung von Integrität und Solidität von Personen, die in der Versicherungsvermittlung tätig sind. So sind zahlungsunfähige Personen von der Versicherungsvermittlung ausgeschlossen, gleich ob sie eine kaufmännisch selbstständige oder unselbstständige Position bekleiden. Unabhängig von ihrer Position (Makler, Agent, Gehilfe) kann Versicherungsvermittlern jederzeit die Verwaltung von Fremdgeldern kraft Prämieninkassos oder der Weiterleitung von Versicherungsleistungen obliegen. Da Zahlungsunfähige permanent Veruntreuungsanreizen ausgesetzt sind, beeinträchtigt der Konkurs nicht nur die Liquidität – die in unselbstständigen Positionen tatsächlich eine geringere Rolle spielt –, sondern auch die Vertrauenswürdigkeit.

Mit der Erstreckung von Ausschlussgründen vertretungsbefugter Personen auf juristische Personen oder Personengesellschaften des Handelsrechts soll sichergestellt werden, dass der Betrieb von Versicherungsvermittlung in einer solchen Rechtsform nicht vertretungsbefugten Personen anvertraut wird, auf die einer der Ausschlussgründe (hier die Konkursverfangenheit) zutrifft. Eine Umkehrung der Zurechnung scheint verzichtbar, da der Konkurs einer juristischen Person oder Personengesellschaft des Handelsrechts auch den Vertretungsbefugten persönlich anhaften würde. Der konkursbedingte Integritätsverlust sowie die höhere Veruntreuungsfahrer beruht auf den finanziellen Nöten des Betreffenden. Geht die Vertrauenswürdigkeit der vertretungsbefugten Person verloren weil sie den Konkurs verursacht hat, reicht angesichts strafrechtlicher Verantwortlichkeit der Auffangtatbestand.

## **3. Berufshaftpflichtversicherung, Berufshaftpflicht für Vermittler (Art 4 Abs 3)**

---

<sup>109</sup> Vgl. „Europäisches Versicherungsvermittlerrecht für Österreich“, S. 85

Gemäß Art 4 Abs 3 der Richtlinie müssen Versicherungsvermittler sowie Rückversicherungsvermittler eine *„für das gesamte Gebiet der Gemeinschaft geltende Berufshaftpflichtversicherung oder eine andere gleichwertige, die Haftpflicht bei Verletzung beruflicher Sorgfaltspflichten abdeckende Garantie in Höhe von mindestens € 1 Mio für jeden einzelnen Schadensfall und von € 1,5 Mio für alle Schadensfälle eines Jahres“*<sup>110</sup> abschließen. Das gilt jedoch nicht, wenn ein Versicherungsunternehmen oder ein anderes Unternehmen (z.B. ein Vermittlungsunternehmen) eine Versicherung bzw. eine gleichwertige Garantie stellt, in dessen Namen der Versicherungsvermittler handelt oder für das der Versicherungsvermittler zu handeln befugt ist, oder aber dieses Unternehmen die uneingeschränkte Haftung für das Handeln des Vermittlers übernimmt.

Es ist ein Anliegen des europäischen Gesetzgebers, dass jeder, der durch Verletzung beruflicher Sorgfaltspflichten Schaden erlitten hat, entschädigt werden kann.<sup>111</sup> Mittels einiger Anforderungen wird versucht, diesem Anliegen gerecht zu werden. Dem Kunden muss seitens des Versicherungsvermittlers ein **Deckungsfonds** zur Befriedigung seiner Ansprüche zur Verfügung gestellt werden. Die jeweiligen Beträge werden nach Art 4 Abs 7 automatisch den Änderungen des europäischen Verbraucherpreisindex angepasst und zwar *„erstmal fünf Jahre nach In-Krafttreten dieser Richtlinie überprüft und anschließend alle fünf Jahre nach der vorherigen Überprüfung“*<sup>112</sup>.

#### 4. Finanzielle Leistungsfähigkeit (Art 4 Abs 4)

Der Schutz des Kunden vor finanziellen Schäden (Veruntreuung) ist ein weiteres, wichtiges Anliegen der Richtlinie, so z. B. wenn der Vermittler nicht in der Lage ist, die Prämien an den Versicherer oder Entschädigungen und Prämienvergütungen an den Kunden zu transferieren. Für diesen Fall werden vier Varianten zur Auswahl gestellt<sup>113</sup>:

a) vom Kunden an den Vermittler gezahlte Gelder werden so behandelt *„als seien sie direkt an das Unternehmen gezahlt worden, während Gelder, die das*

---

<sup>110</sup> Vgl. RL 2002/92/EG Art 4 Abs 3

<sup>111</sup> KOM (2000) 511 endg., S 12

<sup>112</sup> Vgl. RL 2002/92/EG Art 4 Abs 7

<sup>113</sup> Vgl. „Die Umsetzung der Versicherungsvermittlungsrichtlinie im österreichischen Recht“, S. 59

*Unternehmen an den Vermittler zahlt, erst dann so behandelt werden, als seien sie an den Verbraucher gezahlt worden, wenn der Verbraucher sie tatsächlich erhält“<sup>114</sup>*  
(Zugangsfunktion durch Rechtsvorschriften);

b) *„Vorschriften, nach denen Versicherungsvermittler über eine finanzielle Leistungsfähigkeit zu verfügen haben, die jederzeit 4 % der Summe ihrer jährlichen Prämieinnahmen, mindestens jedoch 15 000 EUR, entspricht;“<sup>115</sup>*

c) *„Vorschriften, nach denen Kundengelder über streng getrennte Kundenkonten weitergeleitet werden müssen und diese Konten im Fall des Konkurses nicht zur Entschädigung anderer Gläubiger herangezogen werden dürfen“<sup>116</sup>*  
(Anderkontenführung mit Ab- und Aussonderungsrecht im Konkursfall) und

d) *„Vorschriften, nach denen ein Garantiefonds eingerichtet werden muss“<sup>117</sup>.*

So will man der Gefahr entgehen, dass der Versicherungsvermittler vom Kunden erhaltene Gelder nicht an den vorgesehenen Empfänger transferiert und dem Kunden dadurch ein **finanzieller Nachteil** entsteht. Eine etwaige Gefahr für Kunden durch Veruntreuungen seitens des Vermittlers soll minimiert werden. Bei der Umsetzung haben die Mitgliedstaaten die Wahl zwischen den Maßnahmen, die gleichwertig sind und auch kombiniert werden können. Laut *Jabornegg* ist eine Differenzierung nach verschiedenen Vermittlertypen ebenso zulässig.<sup>118</sup>

## **5. Dauerhafte Erfüllung und Verschärfung der Mindestanforderungen<sup>119</sup>**

Eine Grundvoraussetzung zur Ausübung von Versicherungsvermittlung ist die **dauerhafte Erfüllung** der beruflichen Anforderungen. Dabei handelt es sich lediglich um **Mindestqualitätsstandards**. Die Mitgliedstaaten sind jedoch berechtigt, die Anforderungen für die innerhalb ihres Hoheitsgebietes eingetragenen Versicherungsvermittler zu verschärfen bzw. weitere Anforderungen hinzuzufügen.

---

<sup>114</sup> Vgl. RL 2002/92/EG Art 4 Abs 4 a)

<sup>115</sup> Vgl. RL 2002/92/EG Art 4 Abs 4 b)

<sup>116</sup> Vgl. RL 2002/92/EG Art 4 Abs 4 c)

<sup>117</sup> Vgl. RL 2002/92/EG Art 4 Abs 4 d)

<sup>118</sup> Vgl. „Aktuelle Fragen des Versicherungsrechts“, S. 60

<sup>119</sup> Vgl. RL 2002/92/EG Art 4 Abs 5 Abs 6

## 6. Frage der Haftungsabsicherung<sup>120</sup>

Jede Tätigkeit von Versicherungsvermittlung muss durch eine der möglichen Art von Haftungsabsicherungen gedeckt sein. Demnach ergibt sich aus den Umsetzungsbestimmungen (§ 137 c) Abs 1 und 2 GewO 1994), dass dafür grundsätzlich zur Verfügung stehen:

- eine **Berufshaftpflichtversicherung**
- eine **inhaltsgleiche Deckungsgarantie**

### i. Berufshaftpflichtversicherung

In Art 4 Abs 3 der RL ist festgeschrieben, dass für Versicherungsvermittler eine Verpflichtung zum Abschluss einer Haftpflichtversicherung besteht. Diese dient der Abdeckung der **Haftpflicht bei Verletzung beruflicher Sorgfaltspflichten**. Dabei handelt es sich um eine **gesetzliche Haftpflichtversicherung** der §§ 158 b) ff Versicherungsvertragsgesetz.

Da es bezüglich des notwendigen **Deckungsumfangs** nur wenige bzw. unzureichende Angaben in der RL gibt und um eventuell auftretenden Problemen in diesem Zusammenhang entgegenzuwirken, wurden den Mitgliedstaaten von Seiten der EU- Kommission in weiterer Zukunft hierzu noch nähere Analysen in Aussicht gestellt.

**Insbesondere bezüglich der Haftpflichtbedingungen** ist **im Zweifelsfall**, ob **vorgelegte Bedingungen zulässig** sind, eine **antragstellerfreundliche Beurteilung** vorzunehmen; bei der Gestaltung von Haftpflichtbedingungen ist eine Orientierung am **Rahmenvertrag der Wirtschaftskammer Österreich, dem Fachverband der Versicherungsmakler oder der Vermögensschadenhaftpflichtversicherung der Höher Insurance-Services KEG, Lloyd's Coverholder, Stand 01.2005** möglich.

---

<sup>120</sup> <http://www.bmwfj.gv.at/NR/rdonlyres/397F098D-A227-4D37-BEA4-E0106C02EC47/0/UmsetzungsbestimmungenVersicherungsvermittlung.pdf>, S. 9- 13

Folgende Punkte müssen nach den derzeit vorliegenden Bestimmungen erfüllt sein:

- „Mindestens € 1 Mio pro Schadensfall, insgesamt jedoch mindestens € 1.5 Mio für alle Schadensfälle eines Jahres, Adaption der Mindestversicherungssummen ab 15.1.2008 und danach regelmäßig alle 5 Jahre entsprechend dem europäischen Verbraucherpreisindex.
- Die Versicherung muss **alle Schadensfälle umfassen, die bei Verletzung der beruflichen Sorgfaltspflichten bei der Tätigkeit der Versicherungsvermittlung entstehen können.** Ein **Ausschluss bestimmter, einen Versicherungsvermittler treffender Sorgfaltspflichten** von der Versicherungsdeckung, **d.h. auch im Außenverhältnis zum Kunden**, wie z.B. der Verpflichtung gegenüber dem Kunden, entsprechend den wahren Verhältnissen aufzutreten, oder der Pflicht, Versicherungen nur in eingeschränktem Umfang zu vermitteln, ferner Kundengelder ordnungsgemäß zu verwalten, Mitwirkung bei der Schadensermittlung etc. ist somit **nicht zulässig.**“<sup>121</sup>
- **EWR oder EU- weite Gültigkeit**
- Nach den EB zu §137c Abs 2 kann „im Interesse möglichst prämienschonender Realisierung des Versicherungsschutzes dem Verlangen der Umsetzungsbestimmungen nach unbeschränkter Nachhaltung (= Weiterhaften des Versicherungsunternehmens nach Ende der Laufzeit des Vertrages für die während der Laufzeit verursachten Schäden) durch eine mindestens **fünfjährige Nachhaltung** entsprochen werden“.
- „Der Selbstbehalt sollte 5% betragen, „darf aber keinesfalls 10% der jeweiligen Schadenssumme überschreiten (Alternative: für Verbrauchergeschäfte kein Selbstbehalt, übriger Bereich Fixsumme).“<sup>122</sup>
- Die Versicherung muss „für den jeweiligen Gewerbetreibenden **individualisierbar im dargestellten Umfang** nachgewiesen werden und

<sup>121</sup> <http://www.bmwfj.gv.at/NR/rdonlyres/397F098D-A227-4D37-BEA4-E0106C02EC47/0/UmsetzungsbestimmungenVersicherungsvermittlung.pdf>, S. 11

<sup>122</sup> <http://www.bmwfj.gv.at/NR/rdonlyres/397F098D-A227-4D37-BEA4-E0106C02EC47/0/UmsetzungsbestimmungenVersicherungsvermittlung.pdf>, S. 11



kann bei geeignetem Nachweis auch in Form einer **Gruppenversicherung** o.ä. erfolgen“.<sup>123</sup>

Es muss gewährleistet sein, dass die Behörde die Einhaltung obiger Punkte jederzeit beurteilen kann, eine entsprechende Polizza oder eine **Versicherungsbestätigung** muss demzufolge als Nachweis vorliegen.

Die **Versicherungsbestätigung** muss **zumindest enthalten**:

- eine allgemeine Bestätigung der Gesetzmäßigkeit
- die Deckungssumme
- den örtlichen Geltungsbereich
- die Nachhaltung
- den Selbstbehalt
- eine Kurzfassung der Haftpflichtbedingungen
- die Firma des oder der Versicherungsnehmer

Für Unterlagen, die unmittelbar nach dem 29.11.04 vorgelegt wurden, besteht die Möglichkeit, an die Versicherungsbestätigung formal etwas geringere Anforderungen zu stellen.

## **ii. Deckungsgarantie**

Bezüglich der Deckungsgarantie gilt, dass sie von einem Kreditinstitut ausgestellt sein muss, das zum Garantiegeschäft (Art 1 des Bankwesengesetzes) in Österreich zugelassen ist. Desweiteren muss der Inhalt mindestens gleichwertig wie bei einer Haftpflichtversicherung sein. Somit ist eine Deckungsgarantie eines WPDLU (Wertpapierdienstleistungsunternehmen) insofern **nicht gleichwertig** anzusehen, als hier geringere Eigenkapitalerfordernisse bestehen. Außerdem besteht keine Berechtigung zum Garantiegeschäft.

---

<sup>123</sup> <http://www.bmwfj.gv.at/NR/rdonlyres/397F098D-A227-4D37-BEA4-E0106C02EC47/0/UmsetzungsbestimmungenVersicherungsvermittlung.pdf>, S. 12

## **v. Bestandschutz (Art 5)**

Die Richtlinie gestattet den Mitgliedstaaten bezüglich der Eintragung von so genannten „Altvermittlern“ Erleichterungen vorzunehmen. Dabei handelt es sich um *„Personen, die vor dem September 2000 eine Vermittlungstätigkeit ausübten, in ein Register eingetragen waren und über ein Ausbildungs- und Erfahrungsniveau verfügten, das dem in der Richtlinie geforderten Niveau vergleichbar ist“*<sup>124</sup>. Mittels eines Nachweises der beruflichen Anforderungen nach Art 4 Abs 3 (Vermögensschadenhaftpflichtversicherung) und Abs 4 (finanzielle Leistungsfähigkeit) können sie *„automatisch in das anzulegende Register eingetragen werden“*.<sup>125</sup>

Es ist anzunehmen, dass die Übergangsbestimmung für das deutsche Berufszugangsrecht für Versicherungsvermittler Fragen aufwerfen wird, die in den übrigen Ländern der Europäischen Gemeinschaft durch die dort geltenden Berufsgesetze für Vermittler bereits zum großen Teil beantwortet sind. So existierte bislang weder ein Vermittlerregister noch eine gesetzlich vorgesehene Ausbildung. Damit bekommt die Übergangsbestimmung im Wesentlichen nur für Deutschland eine Bedeutung. Durch das lange Fehlen eines behördlichen Berufsregister für Vermittler und einer gesetzlich vorgeschriebenen Ausbildung zur Berufsausübung wird der Bestandsschutzartikel der Richtlinie nur wirksam, wenn man ihn auf die tatsächlichen deutschen Gegebenheiten bezieht unter Beachtung des grundgesetzlich gesicherten Besitzstandes. Als Registereintrag wird demnach in Deutschland der Eintrag in das Gewerbeverzeichnis, das Handelsregister oder das AVAD-Register anzuerkennen sein. Als Mindestqualifikation wird die Ausbildung zur „Versicherungsfachfrau BWV“ bzw. zum „Versicherungsfachmann BWV“ anzusehen sein.<sup>126</sup>

## **vi. Mitteilung der Niederlassung und des Erbringens von Dienstleistungen in anderen Mitgliedstaaten (Art 6)**

---

<sup>124</sup> Vgl. RL 2002/92/EG Art 5

<sup>125</sup> Vgl. RL 2002/92/EG Art 5 Abs 3 und Abs 4

<sup>126</sup> Vgl. „Die EU-Versicherungsvermittler-RL“, S. 22

Als Folge des Inkrafttretens der Gesetze in den Mitgliedstaaten zur Umsetzung der EU-Richtlinie wird auch der Binnenmarkt auf dem Gebiet der Versicherungsvermittlung eintreten. Damit eröffnet sich für registrierte und zugelassene Vermittler die Möglichkeit, ihre Dienstleistungen auch in den übrigen Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft anzubieten oder sich dort zur Ausübung ihres Berufes niederlassen zu können.<sup>127</sup>

In Art 6 wird das **zwischenstaatliche Verfahren** geregelt, das im Falle einer grenzüberschreitenden Tätigkeit der Vermittler zur Anwendung kommt. Abs 1 des Artikels legt fest, was ein eingetragener Vermittler zu tun hat, wenn er eine Tätigkeit in einem anderen Mitgliedstaat als dem Registerstaat im Rahmen des freien Dienstleistungsverkehrs oder der Niederlassungsfreiheit anstrebt. Zunächst teilt der Vermittler sein Anliegen der zuständigen Behörde des Herkunftsmitgliedstaates mit. Diese wiederum ist verpflichtet, innerhalb eines Monats nach Bekanntwerden die zuständigen Behörden der Aufnahmemitgliedstaaten, die dies wünschen, über die Absicht des Vermittlers zu informieren. Gleichzeitig ist der betreffende Vermittler darüber in Kenntnis zu setzen. Bereits einen Monat nach dieser Mitteilung kann der Vermittler seine Tätigkeit aufnehmen. Legt der jeweilige Aufnahmemitgliedstaat keinen Wert auf diese Informationen, besteht die Möglichkeit einer sofortigen Aufnahme der Tätigkeit.<sup>128</sup> *„Die Mitgliedstaaten teilen der Kommission mit, ob sie nach Abs 1 informiert werden möchten. Die Kommission teilt dies ihrerseits den Mitgliedstaaten mit“.*<sup>129</sup>

*„Die zuständigen Behörden des Aufnahmemitgliedstaats können Maßnahmen treffen, um sicherzustellen, dass die Bedingungen, unter denen die Tätigkeit aus Gründen des Allgemeininteresses im Hoheitsgebiet ihres Mitgliedstaates auszuüben ist, in geeigneter Weise veröffentlicht werden“.*<sup>130</sup>

Wie bereits angeführt, kann das Verfahren der gegenseitigen Mitteilung nach Art 6 Abs 1 entfallen, wenn die Mitgliedstaaten der Kommission bekannt geben, kein Interesse daran zu haben. Laut *Jabornegg* handelt es sich dabei jedoch um eine **unzulängliche**

---

<sup>127</sup> Vgl. „Die EU-Versicherungsvermittler-Richtlinie“, S. 23

<sup>128</sup> Vgl. „Rechtsfragen der Versicherungsvermittlung“, S. 13 und 14

<sup>129</sup> Vgl. RL 2002/92/EG Art 6 Abs 2

<sup>130</sup> Vgl. RL 2002/92/EG Art 6 Abs 3

**Entlastung**, denn bereits wenige Mitgliedstaaten, die auf dem Verfahren bestehen, können eine die gesamte Gemeinschaft erfassende Dynamik auslösen.<sup>131</sup>

### **vii. Zuständige Behörden (Art 7)<sup>132</sup>**

Die Mitgliedstaaten benennen gemäß Art 7 Abs 1 der RL die zuständigen Behörden. Die Kommission ist davon in Kenntnis zu setzen. Bei den Behörden „*muss es sich entweder um staatliche Stellen oder um Einrichtungen handeln, die nach nationalem Recht oder von nach nationalem Recht ausdrücklich dazu befugten staatlichen Stellen anerkannt sind*“.<sup>133</sup> Es ist selbstverständlich, dass es sich dabei nicht um Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmen handeln darf. Außerdem sind die zuständigen Behörden „*mit allen zur Erfüllung ihrer Aufgabe erforderlichen Befugnissen auszustatten*“.<sup>134</sup> Existieren mehrere zuständige Behörden – so ist ein eigenes Register für Versicherungsagenten sowie ein eigenes Register für Versicherungsmakler möglich – sind diese verpflichtet, zur Erfüllung ihrer Aufgaben eng zusammenzuarbeiten.<sup>135</sup>

### **viii. Sanktionen (Art 8)**

Zur Durchsetzung der vorgeschriebenen Regelungen muss den Mitgliedstaaten die Möglichkeit gegeben sein, im Fall einer Verletzung dieser Bestimmungen **Sanktionen** verhängen zu können.

„*Die Mitgliedstaaten sehen angemessene Sanktionen für den Fall vor, dass eine Person, die die Tätigkeit der Versicherungs- oder Rückversicherungsvermittlung ausübt, nicht in einem Mitgliedstaat eingetragen ist und nicht unter Art 1 Abs 2 fällt.*“<sup>136</sup>

„*Die Mitgliedstaaten sehen angemessene Sanktionen für den Fall vor, dass ein Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmen Versicherungs- oder Rückversicherungsvermittlungsdienstleistungen von Personen in Anspruch nimmt, die nicht in einem Mitgliedstaat eingetragen sind und nicht unter Art 1 Abs 2 fallen.*“<sup>137</sup>

---

<sup>131</sup> Vgl. „Aktuelle Fragen des Versicherungsrechts“, S. 64

<sup>132</sup> Vgl. „Rechtsfragen der Versicherungsvermittlung“, S. 14

<sup>133</sup> Vgl. RL 2002/92/EG Art 7 Abs 2

<sup>134</sup> Vgl. RL 2002/92/EG Art 7 Abs 3

<sup>135</sup> Erwägungsgrund (17) der RL 2002/92/EG

<sup>136</sup> Vgl. RL 2002/92/EG Art 8 Abs 1

<sup>137</sup> Vgl. RL 2002/92/EG Art 8 Abs 2

*„Die Mitgliedstaaten sehen angemessene Sanktionen für den Fall vor, dass ein Versicherungs- oder Rückversicherungsvermittler nationale Rechtsvorschriften nicht einhält, die aufgrund dieser Richtlinie erlassen wurden.“<sup>138</sup>*

*„Diese Richtlinie berührt nicht die Befugnis der Aufnahmemitgliedstaaten, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um in ihrem Hoheitsgebiet begangene Verstöße gegen die von ihnen aus Gründen des Allgemeininteresses erlassenen Rechts- und Verwaltungsvorschriften zu verhindern oder zu ahnden. Dazu gehört auch die Möglichkeit, einem Versicherungs- oder Rückversicherungsvermittler, der sich vorschriftswidrig verhält, weitere Tätigkeiten in ihrem Hoheitsgebiet zu untersagen.“<sup>139</sup>*

*„Jede angenommene Maßnahme, die Sanktionen oder eine Einschränkung der Tätigkeiten eines Versicherungs- oder Rückversicherungsvermittlers beinhaltet, ist ordnungsgemäß zu begründen und dem betreffenden Vermittler mitzuteilen. Bei jeder derartigen Maßnahme ist vorzusehen, dass in dem Mitgliedstaat, von dem sie ergriffen wurde, Klage erhoben werden kann.“<sup>140</sup>*

Ein ausreichender **Rechtsschutz**<sup>141</sup> muss laut Jabornegg auch durch die Möglichkeit der Klageerhebung gesichert sein. Bei der Umsetzung von Sanktionen sind von den Mitgliedstaaten die vom EuGH zum Rechtsschutz entwickelten Grundsätze zu beachten. So dürfen die zur Verfügung gestellten Rechtsbehelfe nicht weniger wirksam sein als bei entsprechenden Ansprüchen, die auf nationales Recht gestützt sind (Äquivalenzgrundsatz). Auch der Rechtsschutz darf weder praktisch unmöglich noch übermäßig erschwert sein (Effektivitätsgebot). Davon betroffen sind Fragen der Staatshaftung bei mangelhafter Umsetzung der Richtlinie. Im vorliegenden Fall sind sie nicht weiter von Bedeutung.<sup>142</sup>

## **ix. Informationsaustausch zwischen den Mitgliedstaaten (Art 9)**

---

<sup>138</sup> Vgl. RL 2002/92/EG Art 8 Abs 3

<sup>139</sup> Vgl. RL 2002/92/EG Art 8 Abs 4

<sup>140</sup> Vgl. RL 2002/92/EG Art 8 Abs 5

<sup>141</sup> Vgl. „Aktuelle Fragen des Versicherungsrechts“, S. 65

<sup>142</sup> Vgl. „Die Umsetzung der Versicherungsvermittlungsrichtlinie im österreichischen Recht“, S. 75 und 76

*„Die zuständigen Behörden der verschiedenen Mitgliedstaaten arbeiten zusammen, um die ordnungsgemäße Anwendung dieser Richtlinie zu gewährleisten.“<sup>143</sup>*  
*„Die zuständigen Behörden tauschen Informationen über die Versicherungs- und Rückversicherungsvermittler aus, gegen die eine Sanktion gemäß Art 8 Abs 3 oder eine Maßnahme gemäß Art 8 Abs 4 verhängt wurde, sofern diese Informationen geeignet sind, zur Streichung dieser Vermittler aus dem Register zu führen. Außerdem können die zuständigen Behörden auf Antrag einer Behörde alle einschlägigen Informationen untereinander austauschen.“<sup>144</sup>*  
*„Alle Personen, die im Rahmen dieser Richtlinie zur Entgegennahme oder Erteilung von Informationen verpflichtet sind, unterliegen dem Berufsgeheimnis.“<sup>145</sup>*

Für den **Verbraucherschutz** sind Zusammenarbeit und Informationsaustausch der Behörden untereinander von entscheidender Bedeutung. Sie dienen außerdem der Solidität des Versicherungsvermittlungsgeschäftes im Binnenmarkt.<sup>146</sup>

## **x. Beschwerden (Art 10)**

*„Die Mitgliedstaaten sorgen für die Einrichtung von **Verfahren**, die es Kunden und anderen Betroffenen, insbesondere Verbraucherschutzverbänden, ermöglichen, Beschwerden über Versicherungs- und Rückversicherungsvermittler einzulegen. Beschwerden sind in jedem Fall zu beantworten.“<sup>147</sup>*

## **xi. Außergerichtliche Beilegung von Streitigkeiten (Art 11)**

Art 11 Abs 1 verpflichtet die Mitgliedstaaten *„angemessene und wirksame Beschwerde- und Abhilfeverfahren zur außergerichtlichen Beilegung von*

<sup>143</sup> Vgl. RL 2002/92/EG Art 9 Abs 1

<sup>144</sup> Vgl. RL 2002/92/EG Art 9 Abs 2

<sup>145</sup> „Das Berufsgeheimnis hat von den Mitgliedstaaten in derselben Weise geregelt zu werden, wie dies in Artikel 16 der Richtlinie 92/49/EWG des Rates vom 18. Juni 1992 zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften für die Direktversicherung (mit Ausnahme der Lebensversicherung) sowie zur Änderung der Richtlinien 73/239/EWG und 88/357/EWG (Dritte Richtlinie Schadensversicherung)“, Abl. L 228 vom 11.8.1992, S. 1 und in Artikel 15 der Richtlinie 92/96/EWG des Rates vom 10. November 1992 „zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften für die Direktversicherung (Lebensversicherung) sowie zur Änderung der Richtlinien 79/267/EWG und 90/619/EWG (Dritte Richtlinie Lebensversicherung) vorgesehen ist“, Abl. L 360 vom 9.12.1992, S. 1.

<sup>146</sup> Erwägungsgrund (18)

<sup>147</sup> Vgl. RL 2002/92/EG Art 10

*Streitigkeiten*“<sup>148</sup> zwischen Versicherungsvermittler und ihren Kunden zur Verfügung zu stellen. „Die Zusammenarbeit der entsprechenden Stellen bei der Beilegung grenzübergreifender Streitigkeiten“<sup>149</sup> soll gefördert werden (Art 11 Abs 2). Bei Einrichtung einer Beschwerde- und Streitbeilegungsstelle ist der Empfehlung der Kommission für die Einrichtungen von außergerichtlichen Beilegungen von Verbraucherrechtsstreitigkeiten zu folgen (98/257/EG).<sup>150</sup> Voraussetzung ist in jedem Fall Unabhängigkeit, Transparenz, Effizienz.

## **xii. Informationspflichten der Vermittler (Art 12 und Art 13)**

### **1. Allgemeines<sup>151</sup>**

Unter dem **Überbegriff** „Informationspflichten der Vermittler“ legt Kapitel III der RL sowohl die **Auskunftspflichten** (Art 12 Abs 1, Art 13) als auch die **Verhaltenspflichten** (Art 12 Abs 2 und Abs 3) bei der Beratung fest. Einzelheiten der Auskunftserteilung werden in Art 13 geregelt. Die Auskünfte betreffen den Vermittler selbst. Eine Verletzung der Informationspflichten kann eine Eigenhaftung des Vermittlers gegenüber Dritten zur Folge haben.

Die Informationen betreffen alle Kunden, die die Dienstleistung Versicherungsvermittlung in Anspruch nehmen. Die in Art 12, Abs 1, 2 und 3 angegebenen Auskünfte müssen weder bei der Vermittlung von Versicherungen für Großrisiken noch bei der Rückversicherungsvermittlung erteilt werden (Art 12 Abs 4). Die Ausnahme für Großrisiken orientiert sich laut *Schauer* an betrieblichen Kennzahlen und bestimmten Versicherungsarten. Aus diesem Grund sind trotz der Ausnahme zahlreiche unternehmerische Versicherungsverträge erfasst.<sup>152</sup> Für Rückversicherungsvermittler ist die Ausnahme der Informationspflicht insofern sinnvoll, als das bei diesen Unternehmen auf Grund ihrer einschlägigen Fachkenntnisse kein Informationsbedürfnis besteht.

---

<sup>148</sup> Vgl. RL 2002/92/EG Art 11 Abs 1

<sup>149</sup> Vgl. RL 2002/92/EG Art 11 Abs 2

<sup>150</sup> Erwägungsgründe (22) und (23) der RL 2002/92/EG

<sup>151</sup> Vgl. „Die Umsetzung der Versicherungsvermittlungsrichtlinie im österreichischen Recht“, S. 77 und 78

<sup>152</sup> Vgl. „Versicherungsvermittlungs-Richtlinie“, S. 80

## 2. Verbraucherschutz und Berufsausübungsregeln<sup>153</sup>

Der **Verbraucherschutz** ist zweifelsfrei **Hauptzweck** der speziellen Informationspflichten nach Art 12 iVm Art 13 der RL. Das lässt sich im Besonderen daraus ableiten, dass für die **Vermittlung von Großrisiken** (im Sinne von Art 5, Buchstabe d) der RL 73/239/EWG) und die **Rückversicherungsvermittlung** in Art 12 Abs 4 ausdrücklich eine **Anwendungsbereichsausnahme** vorgesehen ist. Jedoch lassen sich die entsprechenden Auskunftserfordernisse nicht **nur** dem **Verbraucherschutz** zuordnen. Dafür sprechen **folgenden Gründe**:

- Da auch eine große Anzahl von Unternehmer- Versicherungsverträgen erfasst wird, scheint die Definition des Begriffs „**Großrisiko**“<sup>154</sup> restriktiv, selbst wenn diese Definition im Einzelnen doch recht umfangreich ist.
- In Hinblick auf die **Verbraucherbedürfnisse** dienen von allen zu erteilenden Informationen am ehesten noch die Angaben über Beschwerdemöglichkeiten (Abs 1 lit e) UAbs 1) diesen Bedürfnissen. Betrachtet man dagegen die übrigen Informationen, wie die Angabe von Namen und Registrierung, die Offenlegung von Beteiligungen und die Art und Weise der „Raterteilung“, kann man feststellen, dass es hierbei in erster Linie um die Klarstellung der beruflichen Kompetenz und der Art der angebotenen Vermittlerdienstleistung geht. Sie sind ein Ausdruck allgemeiner Berufsethik und haben deshalb mindestens auch den Charakter von wettbewerbsrelevanten Berufsausübungsregeln bzw. „Standesregeln“.

## 3. Auskünfte (Art 12 Abs 1)<sup>155</sup>

Kommt es zu einer Vermittlung von Versicherungsverträgen, ist der Versicherungsvermittler verpflichtet „*vor Abschluss jedes ersten Versicherungsvertrags*“

---

<sup>153</sup> Vgl. „Aktuelle Fragen des Versicherungsrechts“, S. 67 und 68

<sup>154</sup> Definition des Begriffes „Großrisiko“ erscheint durch Verweis auf Art 5 Buchstabe d) der RL 73/239/EWG<sup>154</sup> (der übrigens erst mit der zweiten Nichtlebens-RL 88/357/EWG eingefügt worden ist und seinerseits nur in Verbindung mit dem Anhang A der RL 73/239/EWG seinen eigentlichen Inhalt ergibt).

<sup>155</sup> Vgl. „Rechtsfragen der Versicherungsvermittlung“, S. 15 und 16



und nötigenfalls bei Änderung oder Erneuerung des Vertrags“<sup>156</sup> dem Kunden „seinen Namen und seine Anschrift“<sup>157</sup> (Art 12 Abs 1 lit a), die Angaben, „in welches Register er eingetragen wurde und auf welche Weise sich die Eintragung überprüfen lässt“,“<sup>158</sup> (Art 12 Abs 1 lit b), „ob er eine direkte oder indirekte Beteiligung von über 10% an den Stimmrechten oder am Kapital eines Versicherungsunternehmens besitzt“<sup>159</sup> mitzuteilen (Art 12 Abs 1 lit c). Ebenso müssen sie jede Beteiligung von über 10%, die ein Versicherer an ihrem Vermittlungsunternehmen hält, offen legen (Art 12 Abs 1 lit d). Desweiteren sind die Kunden darüber zu informieren, wo Beschwerden über Vermittler eingelegt werden können, sowie über die außergerichtlichen Beschwerde- und Abhilfeverfahren (Art 12 Abs 1 lit e).

Um eine größtmögliche Vermittlungstransparenz zu gewährleisten, werden dem Versicherungsvermittler bezogen auf die individuelle Beratung im Einzelfall („in Bezug auf angebotenen Vertrag“) weitere Verpflichtungen auferlegt. Teilt er einem Kunden mit, dass er ihn auf der Grundlage einer ausgewogenen Untersuchung berät, so muss er dies auf die Analyse einer ausreichenden Anzahl von Verträgen stützen, die im Markt angeboten werden. So kann er dem Kunden einen geeigneten Vertrag empfehlen (Art 12 Abs 1 e) lit i). Art 12 Abs 1 lit i und Art 12 Abs 2 beschreibt die Pflichten eines unabhängigen Versicherungsmaklers.

Berät der Versicherungsvermittler nicht mit diesem Anspruch, ist vertraglich aber verpflichtet, Versicherungsvermittlungsgeschäfte ausschließlich mit einem oder mehreren Versicherungsunternehmen zu tätigen - also als Versicherungsagent auftritt - muss er dem Kunden auf Antrag offen legen, ob und mit welchen Unternehmen er Agenturverträgen abgeschlossen hat (Art 12 Abs 1 e) lit ii). Wenn sich der Versicherungsvermittler bei seiner Tätigkeit weder auf eine ausgewogene Untersuchung stützt noch auf Grund von Agenturverträgen vertraglich verpflichtet ist, sondern ohne vertragliche Verpflichtung Versicherungsgeschäfte ausschließlich mit einem oder mehreren Versicherungsunternehmen tätigt, soll er „dem Kunden auf Antrag auch die Namen derjenigen Versicherungsunternehmen mitteilen, mit denen er

---

<sup>156</sup> Vgl. RL 2002/92/EG Art 12 Abs 1, erster Satz

<sup>157</sup> Vgl. RL 2002/92/EG Art 12 Abs 1 lit a)

<sup>158</sup> Vgl. RL 2002/92/EG Art 12 Abs 1 lit b)

<sup>159</sup> Vgl. RL 2002/92/EG Art 12 Abs 1 lit c)

*Versicherungsgeschäfte tätigen darf und auch tätig*“<sup>160</sup> (Art 12 Abs 1 e) lit iii). Sowohl Versicherungsagenten als auch Gelegenheitsvermittler haben den Kunden von dem Recht, Informationen über die Versicherungsagenturverträge zu beantragen, in Kenntnis zu setzen.

Es steht jedem Mitgliedstaat frei, bezüglich der nach Art 12 Abs 1 zu erteilenden Informationen strengere Bestimmungen zu erlassen. Diese betreffen alle Versicherungsvermittler, die ihre Vermittlungstätigkeit in seinem Hoheitsgebiet ausüben, ungeachtet ihres Wohnsitzes. Es ist jedoch darauf zu achten, dass diese strengeren Bestimmungen mit dem Gemeinschaftsrecht vereinbar sind. Nicht davon betroffen sind Art 12 Abs 2 und Abs 3. Hinsichtlich der Pflichten des Maklers und der Dokumentationspflichten ist von einer Maximalforderung auszugehen.

*„Die Mitgliedstaaten teilen der Kommission die einzelstaatlichen Vorschriften mit. Um mit allen geeigneten Mitteln ein hohes Maß an Transparenz zu schaffen, sorgt die Kommission dafür, dass die ihr zugeleiteten Informationen über die einzelstaatlichen Vorschriften auch den Verbrauchern und den Versicherungsvermittlern mitgeteilt werden“*<sup>161</sup> (Art 12 Abs 5).

#### **4. Beratungspflichten der Versicherungsvermittler (Art 12 Abs 3)**

Art 12 Abs 3 der Richtlinie besagt, dass der Versicherungsvermittler *„vor Abschluss eines Versicherungsvertrages, insbesondere anhand der vom Kunden gemachten Angaben „zumindest dessen Wünsche und Bedürfnisse sowie die Gründe für jeden diesem zu einem bestimmten Versicherungsprodukt erteilten Rat genau anzugeben“* hat. *„Diese Angaben sind der Komplexität des angebotenen Versicherungsvertrages anzupassen“*.<sup>162</sup> Damit wird lediglich eine **Beratungspflicht** der Vermittler festgelegt, eine Informations- oder Auskunftspflicht beinhaltet dieser Artikel nicht. Die Beratungspflicht beruht auf der Erwägung, dass ein Vermittler dazu Stellung nehmen soll, aus welchem Grund er zu einem bestimmten Produkt rät.

---

<sup>160</sup> Vgl. RL 2002/92/EG Art 12 Abs 1 e) lit iii

<sup>161</sup> Vgl. RL 2002/92/EG Art 12 Abs 5

<sup>162</sup> Vgl. RL 2002/92/EG Art 12 Abs 3

Es ist anzumerken, dass der Art 12 Abs 3 der Richtlinie vom Haftungsmaßstab hinter dem geltenden Recht Art 28 Abs 3 Maklergesetz insofern zurückbleibt, als dass der Makler nicht zur Vermittlung des bestmöglichen Versicherungsschutzes „best advice“ verpflichtet ist.

## **5. Zusammenhang zwischen Informations- und Beratungspflichten<sup>163</sup>**

Es muss festgestellt werden, dass eine derartige Regelung zunächst noch nichts mit Beratungspflichten zu tun hat. Sie ist lediglich eine Informationspflicht des Versicherers. Zum Pflichtgegenstand der Beratung wird sie erst im Anschluss.

Im diesbezüglichen Informationskonzept der Verbraucherzentrale des Bundesverbandes ist vorgesehen, dass die künftige Verbraucherinformation aus einer Kurz- und einer Langfassung bestehen soll. Dabei enthält die Kurzfassung alle für den Versicherungsnehmer relevanten Informationen. Vertragsinhalte, die sich nachteilig für den Kunden auswirken können, werden nur dann rechtswirksam in den Vertrag einbezogen, wenn der Versicherer nachweislich darauf hingewiesen bzw. sie vereinbart hat. So soll verhindert werden, dass der Verbraucher in einer ungeordneten Flut von Informationen „ertrinkt“. Mittels einer Nummerierung können Konkurrenzangebote miteinander verglichen werden.

## **6. Einzelheiten der Auskunftserteilung (Art 13)**

### **i. Gemeinsame Bestimmungen (Art 13 Abs 1 und Abs 2)**

Nach Art 12 sind den Kunden zustehenden **Auskünfte** folgendermaßen zu erteilen:

a) *„auf Papier oder auf einem anderen, dem Kunden zur Verfügung stehenden und zugänglichen dauerhaften Datenträger;“*<sup>164</sup>

b) *„in klarer, genauer und für den Kunden verständlicher Form;“*<sup>165</sup>

---

<sup>163</sup> Vgl. „EU-Versicherungsvermittler-Richtlinie“, S. 38

<sup>164</sup> Vgl. RL 2002/92/EG Art 13, Abs 1 lit a)

c) „in einer Amtssprache des Mitgliedstaats, in dem die Verpflichtung eingegangen wird, oder in jeder anderen von den Parteien vereinbarten Sprache“.<sup>166</sup>

Eine mündliche Auskunftserteilung ist nur möglich, „wenn der Kunde dies wünscht oder wenn eine Sofortdeckung erforderlich ist. In diesen Fällen werden die Auskünfte dem Kunden gemäß Abs 1 unmittelbar nach Abschluss des Versicherungsvertrages erteilt“(Art 13 Abs 2)<sup>167</sup>.

## ii. Zum Telefonverkauf (Art 13 Abs 3)<sup>168</sup>

Bei telefonisch abgewickelten Geschäften (Telefonverkauf) „entsprechen die vor dem Abschluss dem Kunden erteilten Auskünfte den Gemeinschaftsvorschriften über den **Fernabsatz von Finanzdienstleistungen an Verbraucher**“<sup>169</sup>. Sie sind dem Kunden auch unmittelbar nach Abschluss des Versicherungsvertrages zu erteilen (Art 13 Abs 3).

Schauer macht darauf aufmerksam, dass die deutschsprachige Formulierung hier unklar sei. Es ist nicht eindeutig, ob damit gemeint ist, dass die Auskünfte der Vermittler RL bereits an den Anforderungen der Fernabsatz RL genügen oder ob die **Aufklärungspflichten beider RL** zur Anwendung kämen. Jedoch lassen die englischsprachige Fassung<sup>170</sup> sowie der Zweck der Bestimmungen aber im Ergebnis keinen Zweifel darüber, dass die Informationen in diesem Fall auch der RL über den Fernabsatz von Finanzdienstleistungen entsprechen müssen und diese in keinem Fall ersetzen. Gestützt wird dieses Ergebnis durch eine teleologische Interpretation. Es gibt keinen erkennbaren Grund, warum die Auskunftspflichten jener RL nicht gelten sollten, wenn überdies die RL über Versicherungsvermittlung zur Anwendung kommt.<sup>171</sup> So muss bei einer fernmündlicher Kommunikation nach der **RL über den Fernabsatz von Finanzdienstleistungen** „die Identität der Kontaktperson des Verbrauchers und deren Verbindung zum Anbieter; die Beschreibung der Hauptmerkmale der

---

<sup>165</sup> Vgl. RL 2002/92/EG Art 13 Abs 1 lit b)

<sup>166</sup> Vgl. RL 2002/92/EG Art 13 Abs 1 lit c)

<sup>167</sup> Vgl. RL 2002/92/EG Art 13 Abs 2

<sup>168</sup> Vgl. „Die Umsetzung der Versicherungsvermittlungsrichtlinie im österreichischen Recht“, S. 88

<sup>169</sup> Vgl. RL 2002/92/EG Art 13 Abs 3

<sup>170</sup> „In case of telephone selling, the prior information **shall be** in accordance with Community rules applicable to the distance marketing of consumer financial services“

<sup>171</sup> Vgl. „Die Versicherungsvermittlungs-RL“, S. 87

*Finanzdienstleistung, der Gesamtpreis, den der Verbraucher dem Anbieter für die Finanzdienstleistung schuldet, der Hinweis auf mögliche weitere Steuern und/oder Kosten, die nicht über den Anbieter abgeführt oder von ihm in Rechnung gestellt werden*<sup>172</sup>. Desweiteren muss das nach der RL bestehende **Widerrufsrecht** offen gelegt werden (Art 3 Abs 3). Dies gilt kraft Verweis auch bei der fernmündlichen Versicherungsvermittlung.

### **xiii. Schlussbestimmungen**

Die Schlussbestimmungen sind ein **Sammelsurium** von weiteren Anforderungen mit unterschiedlichem Inhalt und inhaltlicher Bedeutung:

#### **1. Anrufung der Gerichte (Art 14)**

Gemäß **Art 14**, „*Die Mitgliedstaaten sorgen dafür, dass gegen Entscheidungen, die bezüglich eines Versicherungs- oder Rückversicherungsvermittlers oder eines Versicherungsunternehmens aufgrund von gemäß dieser Richtlinie erlassenen Rechts- und Verwaltungsvorschriften ergehen, ein **Gericht** angerufen werden kann*“<sup>173</sup>

Ein reines **Verwaltungsverfahren** ohne Instanzenzug zu einem Gericht **entspricht** dem jedoch **nicht**.

#### **2. Aufhebung (Art 15)**

Mit **Art 15** sind alle RL 77/92/EWG mit Wirkung vom 15.1.2003 ausdrücklich aufgehoben. Damit ist die Kommissionsempfehlung 92/48/EWG ebenfalls hinfällig.

#### **3. Umsetzung (Art 16)**

Nach **Art 16 Abs 1** setzen „*Die Mitgliedstaaten die erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften in Kraft, um dieser Richtlinie spätestens ab dem 15. Januar 2005 nachzukommen. Sie setzen die Kommission unverzüglich davon in Kenntnis.*

---

<sup>172</sup> Vgl. RL 2002/65/EG, Art 3 Abs 3 b)

<sup>173</sup> Vgl. RL 2002/92/EG Art 14

*Bei Erlass dieser Vorschriften nehmen die Mitgliedstaaten in den Vorschriften selbst oder durch einen Hinweis bei der amtlichen Veröffentlichung auf diese Richtlinie Bezug. Die Mitgliedstaaten regeln die Einzelheiten der Bezugnahme“<sup>174</sup> (Art 16 Abs 1).*

*„Die Mitgliedstaaten teilen der Kommission den Wortlaut der Rechts- und Verwaltungsvorschriften mit, die sie auf dem unter diese Richtlinie fallenden Gebiet erlassen. Gleichzeitig übermitteln sie eine Tabelle, aus der hervorgeht, welche innerstaatlichen Vorschriften den einzelnen Artikeln dieser Richtlinie entsprechen“<sup>175</sup> (Art 16 Abs 2).*

#### **4. Inkrafttreten (Art 17)**

Die RL 2002/92/EG tritt gemäß **Art 17** „am Tag ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften in Kraft“<sup>176</sup>. Sie ist somit seit dem 15.1.2003 wirksam.

#### **5. Adressaten (Art 18)**

Als „**Adressaten**“ gelten nach **Art 18** alle Mitgliedstaaten. Damit ist der übliche personelle Geltungsbereich einer EG- Richtlinie festgelegt.

---

<sup>174</sup> Vgl. RL 2002/92/EG Art 16 Abs 1

<sup>175</sup> Vgl. RL 2002/92/EG Art 16 Abs 2

<sup>176</sup> Vgl. RL 2002/92/EG Art 17

### III. Thesen zur Umsetzung der Versicherungsvermittlungs-Richtlinie<sup>177</sup>

Folgende **Thesen zur Umsetzung** der Richtlinie werden aufgestellt:

- Die Umsetzung beschränkt sich **auf den Bereich der Versicherungsvermittler**.
- Der **Schwerpunkt** der Umsetzung liegt auf (neu einzuführenden) **gewerberechtlichen Bestimmungen**, im **Zivilrecht** sowie im **Versicherungsaufsichtsrecht**. Die Umsetzung erfolgt in einem Artikelgesetz mit dem Schwerpunkt im Gewerberecht, sowie Änderungen im Versicherungsvertragsgesetz und im Versicherungsaufsichtsgesetz.
- Für die Umsetzung wird durch die Richtlinie eine Frist von zwei Jahren vorgegeben, sie erfolgt demnach **bis ca. Januar 2005**. Damit wird die Umsetzung von der VVG-Reform abgetrennt, sie erfolgt aber in Abstimmung mit dieser.
- Bei der Umsetzung hält man sich **eng an die Vorgaben** der Richtlinie, zusätzliche nationale Regelungen sind nicht vorgesehen.
- Versicherungsvermittlung wird als erlaubnispflichtiges Gewerbe einschließlich einer Verordnungsermächtigung in einem neuen Art 34 d) der Gewerbeordnung beigelegt – unabhängig davon, in welcher Form die Vermittlung erfolgt. Der Erlaubnistatbestand regelt nur die Voraussetzungen der Erlaubnis, alles Weitere ist in einer Verordnung zu regeln.
- Angemessene Qualifikation, Zuverlässigkeit, Haftpflichtversicherung sowie der Schutz von Kundengeldern zählen zu den **Voraussetzungen der Erlaubnis** gemäß Art 4 der RL.

---

<sup>177</sup> Vgl. „Die EU-Versicherungsvermittler-Richtlinie“, S. 57, 58 und 59

- Die Regelung der Erlaubnisvoraussetzungen für alle Formen der Versicherungsvermittlung erfolgt im neuen Art 34 d). Dabei wird nicht zwischen haupt- und nebenberuflicher Tätigkeit unterschieden.
- Für gebundene Vermittler – Ein-Firmenvertreter – besteht die Möglichkeit, sich auf Antrag von der Erlaubnispflicht befreien zu lassen. Folgende Voraussetzungen gelten dafür: ein Ausschließlichkeitsvertrag mit Versicherungsunternehmer und die Haftungsübernahme durch das Versicherungsunternehmen. Geldströme fließen lediglich zwischen dem Versicherungsnehmer und dem Versicherungsunternehmen.
- Eine besteht eine **klare Polarisierung** zwischen dem Agent und Versicherungsmakler. Demzufolge gibt es nur zwei Vermittlertypen, die in unterschiedlichen Lagern stehen:
  - **Versicherungsmakler** - ein treuhänderischer Sachwalter des Versicherungsnehmers, der im Lager des Versicherungsnehmers steht .
  - **Versicherungsagent** - Erfüllungsgehilfe des Versicherungsunternehmens, der im Lager des Versicherungsunternehmens steht.
- Bei seiner Anmeldung im Gewerbeamt stehen dem Vermittler drei Kategorien zur Wahl: der gebundene **Vermittler**, der **Mehrfirmenvermittler** sowie der **Makler**. Zwar kann er nicht von Fall zu Fall unterschiedliche Positionen einnehmen, jedoch kann er sich entsprechend „förmlich“ ummelden.
- In **einem zentralen Informationsregister** sind sämtliche Vermittler entsprechend ihrem zuvor gewählten Status eingetragen. Die Funktion des Registers beschränkt sich auf Auskünfte an Versicherungsnehmer bzw. sonstige Verbraucher sowie den Informationsaustausch mit anderen Mitgliedstaaten entsprechend dem in der Richtlinie vorgesehenen Regime für grenzüberschreitende Vermittlungen. Die Bearbeitung und Weiterleitung von Kundenanfragen bzw. Beschwerden gehören ebenso zu den Aufgaben des Registers. Konstitutive Entscheidungen verbleiben



weiterhin im Befugnisbereich der Gewerbebehörden. Sie teilen dem Register alle notwendigen Informationen mit. Das Register sollte in privater Trägerschaft geführt werden. Bezüglich der Weitergabe personenbezogener Daten ist eine Beleihung notwendig, die Grundlage dafür wird im neuen Art 34 d) GewO geschaffen.

- Für die **Prüfung der Zuverlässigkeit** sowie der notwendigen **Qualifikation** von gebundenen Vermittlern sind die jeweiligen Versicherungsunternehmen verantwortlich. Das BAFin achtet auf die ordnungsgemäße Durchführung seitens der Versicherungsunternehmen.
- Bezüglich der **fachlichen Qualifikation** für die Vermittler, die das gesamte Versicherungsspektrum anbieten, orientiert man sich an den **Vermittlerkursen**. Bei eingeschränkten Vermittlungsangeboten kann die notwendige Sachkunde entsprechend reduziert werden. Derartige Abstufungen sind aber restriktiv zu handhaben.
- Die notwendige Fachkunde wird im Grundsatz von den IHK geprüft. Sie können diese Prüfungen selbst durchführen. Prüfungen, die von zertifizierten Institutionen abgenommen wurden, sind von den IKH anzuerkennen. Die Ausstellung der Prüf-Zertifizierung erfolgt durch BAFin. Voraussetzungen für die Zertifizierung wurden bislang nicht festgelegt, sie sollen jedoch unternehmensneutral, inhaltlich ausgeglichen sein und sich an der fachlichen Kompetenz und flächendeckenden Angeboten orientieren. Entsprechende Prüfkapazitäten müssen vorgehalten werden.
- Gemäß der Richtlinie hat der Vermittler gegenüber dem Kunden bestimmte **Informationspflichten** zu erfüllen. Wegen des gewerberechtlichen Zusammenhangs werden diese in der Vermittler- VO geregelt.
- **Informations- und Beratungspflichten**, die sich auf einen konkreten Vertrag beziehen, können im Versicherungsvertragsgesetz geregelt werden. Möglich

scheint ebenso eine Einstellung in die Vermittler- VO auf Grund des Sachzusammenhangs.

- **Eine spezielle hoheitliche Beschwerdestelle** wird nicht eingerichtet. Dafür kann auf den bereits von der Versicherungswirtschaft geschaffenen **Ombudsmann zurückgegriffen** werden. Die Möglichkeiten einer Schiedsgerichtsbarkeit nach der ZPO und die Zivilgerichtsbarkeit bleiben unberührt.

#### IV. Wesentliche Aspekte bei der Umsetzung der Versicherungsvermittlungs- RL in Österreich

An alle Mitgliedstaaten erging die Forderung, die RL bis zum 15.1.2005 umzusetzen<sup>178</sup>. In Österreich erfolgte die **Umsetzung durch ein Bundesgesetz**. Damit wurden ebenfalls die Gewerbeordnung, das Maklergesetz, das Versicherungsvertragsgesetz, das Versicherungsaufsichtsgesetz und das Bankwesengesetz geändert. Somit trat das Umsetzungsgesetz am 15.1.2005 in Kraft. Der österreichische Gesetzgeber übernahm das System der RL und fügte es in die Gewerbeordnung. Außerdem erfolgte eine Anpassung der übrigen Materiengesetze an die Erfordernisse des Umsetzungsgesetzes. Für den Versicherungsvermittler werden mit diesem Gesetz eine Reihe neuer Vorschriften aufgestellt. Sie dürfen danach nur nach Erfüllung der beruflichen Anforderungen und Eintragung in das österreichische Versicherungsvermittlerregister tätig werden. Umfangreiche Informations-, Dokumentations- und Beratungsvorschriften sind bei der Versicherungsvermittlung zu beachten. Von den Änderungen betroffen ist nicht nur die Versicherungsvermittlung im engeren Sinn, sondern nahezu alle Branchen, bei denen bereits im Rahmen des Nebenrechts Versicherungen neben einer Hauptware vermittelt werden.<sup>179</sup>

Bei der Umsetzung der Versicherungsvermittlungs- RL in Österreich waren anderen Methoden notwendig als bei der Umsetzung der RL Finanzinstrumente. Es ist zu beachten, dass Versicherungsvermittlung in Österreich traditionell von den unterschiedlichsten Berufsgruppen betrieben wird. Dazu gehören: Versicherungsagenten, Versicherungsmakler, gewerbliche Vermögensberater, verschiedene Gewerbetreibende im Nebengewerbe und, trägt man dem weiten Vermittlerbegriff der RL Rechnung, auch Berater in Versicherungsangelegenheiten. Umfangmäßig von großer Bedeutung sind Banken und Versicherungen. Für diese Berufsgruppen bestanden jedoch bereits vor der Umsetzung der RL berufsrechtliche Regelungen, Abgrenzungsfragen zwischen den Gruppen waren immer hart umkämpft. Aus diesem Grund gestaltete sich die praktische

---

<sup>178</sup> Vgl. RL 2002/92/EG Art 16 Abs 1

<sup>179</sup> <http://wko.at/ooe/Maschinenhandel/a-z/Versicherungsvermittlung.pdf>, S. 1

Umsetzung, die auch viele innerstaatliche Kompromisse erforderte, als ausgesprochen schwierig. Die grundlegende Entscheidung, die berufsrechtliche Umsetzung der RL in der GewO durchzuführen, ist als konsequent und systematisch richtig anzusehen. Das **zentrale Gesetz** zur Regelung selbständiger, gewerblicher Tätigkeit bildet die GewO. So betrachtet, ist die Umsetzung als gelungen zu bezeichnen.

Jedoch leidet die konkrete Umsetzung der Versicherungsvermittlungs- RL in der GewO unter einem gravierenden Mangel. Im Gegensatz zu den Zielen der vor der GewO-Novelle 2004 erfolgten Reformen des Gewerberechts, achtete man bei der Umsetzung der Versicherungsvermittlungs- RL nicht darauf, die Anzahl der Gewerbe zu reduzieren und damit zu deregulieren. Vielmehr wurden die zulässigen Arten der Versicherungsvermittlung noch ausgedehnt. Diese Entwicklung beschreibt und kritisiert *Hanreich*, in: Neue Rahmenbedingungen, 2005, S. 135 ff, ausführlich. An dieser Stelle sei nochmals das Ergebnis dieser gewerbepolitisch verfehlten Entwicklung systematisch zusammengefasst. Nach geltendem Recht darf Versicherungsvermittlung von folgenden Berufen ausgeübt werden<sup>180</sup>:

- a. Versicherungsagenten
- b. Versicherungsmakler
- c. im Nebengewerbe gemäß Art 137 Abs 2
- d. als Tätigkeit gemäß Art 32 Abs 6
- e. Gewerbliche Vermögensberater, eingeschränkt auf Lebensversicherung und Unfallversicherung
- f. Banken gemäß Bankwesengesetz
- g. Versicherung gemäß Versicherungsaufsichtsgesetz

Die gesetzlichen Neuerungen haben zahlreiche Änderungen hinsichtlich der Bedingungen für die Tätigkeit der Versicherungsvermittlung zur Folge. Dazu gehört, dass jeder Rechtsträger, der künftig Versicherungen vermitteln will, in das Versicherungsvermittlerregister eingetragen sein muss. Außerdem hat er besondere

---

180

[http://www.diefinanzdienstleister.at/fileadmin/user\\_upload/FDL/Studien/Endbericht\\_Vermittlung\\_Finanzdienstleistungen.pdf](http://www.diefinanzdienstleister.at/fileadmin/user_upload/FDL/Studien/Endbericht_Vermittlung_Finanzdienstleistungen.pdf), S. 21 und 22

Bedingungen zu erfüllen, wenn seine Tätigkeit nicht von der Ausnahmebestimmung des Art 137 Abs 5 umfasst ist:

**Für Personen, die Vermittlungsdienste für Versicherungsverträge anbieten, kommen die folgenden Ausführungen und Meldeverpflichtungen nicht zur Geltung, vorausgesetzt, sie erfüllen alle Bedingungen des Art 137 Abs 5 GewO 1994. Dazu gehören folgende Punkte:**

- für die Vermittlung sind nur Kenntnisse des angebotenen Versicherungsschutzes erforderlich,
- es darf sich dabei nicht um Lebensversicherungsvertrag handeln,
- Haftpflichtrisiken werden durch den Versicherungsvertrag nicht abgedeckt,
- die Versicherungsvermittlung wird nicht hauptberuflich betrieben,
- die Versicherung ist eine Zusatzleistung zu einer Lieferung einer Ware bzw. der Erbringung einer Dienstleistung, wenn damit bestimmte Risiken abgedeckt werden,
- die Jahresprämie übersteigt nicht € 500,--
- die Gesamtlaufzeit einschließlich eventueller Verlängerungen beträgt maximal fünf Jahre.

**Wird eine dieser angeführten Bedingungen des Art 137 Abs 5 GewO 1994 nicht erfüllt, ist der Gewerbebehörde (Bezirksverwaltungsbehörde) des Standortes die Absicht, Versicherungen weiterhin zu vermitteln, bis spätestens 30.5.2005 anzuzeigen.**

Folgende drei **wesentliche Punkte** sind zu **beachten**, wenn keine Ausnahme nach Art 137 Abs 5 vorliegt:

1. Personen, die bis **15. Jänner 2005 nicht bereits 3 Jahre Versicherungen vermittelt haben** (Nachweise des Versicherungsunternehmens, etc.), haben **der Gewerbebehörde umgehend Meldung zu machen**. Außerdem müssen sie einen **Befähigungsnachweis übermitteln**.
2. Bis **spätestens 30.05.2005** müssen **alle anderen Vermittler** eine entsprechende **Meldung an die Gewerbebehörde** richten.

3. Werden Versicherungsprodukte vermittelt, die zueinander in Konkurrenz stehen, muss eine **Berufshaftpflichtversicherung** oder eine Deckungsgarantie für mindestens € 1 Mio pro Schadensfall und € 1,5 Mio für alle Schadensfälle pro Jahr nachgewiesen werden. Bei nicht konkurrierenden Versicherungsprodukten ist der Nachweis einer uneingeschränkten Haftungserklärung des jeweiligen Versicherungsunternehmens ausreichend. **Meldungen an die Gewerbebehörde** erfolgen stets nach einem **bestimmten Muster**<sup>181</sup>.

**Nur mehr Versicherungen im Umfang der Ausnahmebestimmung des Art 137 Abs 5 GewO 1994** dürfen **ohne Meldung** vermittelt werden. Ebenso geht ein allenfalls bestehendes, aber nicht ausgeübtes Recht, Versicherungen zu vermitteln, verloren, wenn keine Meldung vorliegt. Wird die Aufnahme der Tätigkeit der Versicherungsvermittlung zu einem späteren Zeitpunkt gewünscht, ist in jedem Fall eine entsprechende Anmeldung erforderlich. Davon betroffen sind ebenso die bisher aufgrund des Art 32 der GewO 1994 („Im Rahmen des Nebenrechts“) ausgeübten Versicherungsvermittlungstätigkeiten. Auch hier ist eine Meldung an die Gewerbebehörde vorzunehmen.

Neben der "Erstmeldung" ist jede weitere Änderung der im Versicherungsvermittlungsregister angegebenen Daten den Behörden unverzüglich anzuzeigen (Art 138 Abs 6 GewO 1994). Dazu zählt auch jede Aufnahme und Erweiterung eines allfälligen Tätigwerdens im EU/EWR-Ausland (z. B. die Aufnahme der Tätigkeiten in einem neuen EU/EWR-Mitgliedstaat).<sup>182</sup>

**Abschließend** lässt sich in Hinblick auf das Ergebnis der österreichischen Umsetzungsmaßnahmen folgendes feststellen: „Die Vermittlung von Versicherungsverträgen darf auch weiterhin von relativ vielen gewerblichen oder nicht gewerblichen Berufen durchgeführt werden“. Bei manchen dieser Berufe besteht nach wie vor ein starkes Bedürfnis nach Abgrenzung. Manchmal lässt sich sogar eine Ausgrenzung von den anderen Berufen, die zur Vermittlung von Versicherungen berechtigt sind, feststellen. Naturgemäß gestaltet sich der praktische Vollzug dieser zerklüfteten Normenlandschaft als schwierig. Verschiedene Erlässe des BMWA

---

<sup>181</sup> Sieh Anhang II

<sup>182</sup> <http://wko.at/ooe/Maschinenhandel/a-z/Versicherungsvermittlung.pdf>, S. 2

befriedigen den Bedarf nach Vollzugsanweisungen für die Entscheidungsinstanzen. Jedoch enthalten diese Erlässe teilweise ebenfalls problematische Gesetzesauslegungen und verschärfen somit die bestehende Rechtsunsicherheit. Es ist festzustellen, dass das Gesamtziel der RL, die Bedingungen für die Versicherungsvermittlung in der gesamten EU zu vereinheitlichen, in der österreichischen Umsetzung verloren geht. In ihrer Gesamtheit gesehen, ist sie aus diesem Grund europarechtlich zumindest problematisch.<sup>183</sup>

---

183

[http://www.diefinanzdienstleister.at/fileadmin/user\\_upload/FDL/Studien/Endbericht\\_Vermittlung\\_Finanzdienstleistungen.pdf](http://www.diefinanzdienstleister.at/fileadmin/user_upload/FDL/Studien/Endbericht_Vermittlung_Finanzdienstleistungen.pdf), S. 22

## Zusammenfassung

Abschließend kann man feststellen, dass die EG-Kommission mit der Richtlinie 2002/92/EG über Versicherungsvermittlung **Mindeststandards beruflicher Kompetenz** der Versicherungsvermittler zum Schutz der Versicherungsnehmer sowie die **Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit** der Versicherungsvermittler **sichern** will. Laut dieser RL dürfen nur Vermittler tätig werden, die in **ein Register** eingetragen sind. Für diese Eintragungen sind bestimmte berufsrechtliche Anforderungen zu erfüllen, die ebenfalls von der RL festgeschrieben sind. Den Vermittlern sind ihren Kunden gegenüber zu bestimmten **Informations- und Dokumentationspflichten** verpflichtet. Eine Verletzung dieser Pflichten hat eine persönliche Haftung des Vermittlers zur Folge. In Anbetracht der zahlreichen offenen Baustellen im österreichischen Versicherungsvermittlerrecht (Abgrenzung der Versicherungsvermittlertypen, Regelung der Rechtsstellung der Versicherungsagenten, Mehrfach- und Makleragenten etc.) scheint eine schnelle Umsetzung dringend erforderlich. **Verschiedene Qualitätssicherheitsaspekte und Transparenz** sprechen ebenso für die Umsetzung in einem umfassenden neuen Regelwerk für Versicherungsvermittler- einem Versicherungsvermittlungs(aufsichts)gesetz.

Mit der Richtlinie 2002/92/EG über Versicherungsvermittlung bietet sich erstmals die Chance, den **Verbraucherschutz** im Versicherungswesen in Österreich durch eine maßvolle Regulierung zu verbessern. Außerdem wird österreichischen Versicherungsvermittlern die Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit im europäischen Binnenmarkt ermöglicht.<sup>184</sup>

---

<sup>184</sup> Vgl. „Rechtsfragen der Versicherungsvermittlung“, S. 29



## **Literatur**

***Fenyves, O. Univ. Prof. Dr. Attila / Koban, Dr. Klaus G., / Schauer, Univ. Prof. Dr. Martin, (2003), Manzsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung,  
„Die Versicherungsvermittlungs-Richtlinie, Umsetzung in das österreichische Recht“***

***Funk- Leisch, Isabel, (2007), Dissertation,  
„Die Umsetzung der Versicherungsvermittlungsrichtlinie im österreichischen Recht“***

***Gruber, Michael, (2004), Manzsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung,  
„Aktuelle Fragen des Versicherungsrechts“***

***Koban, Mag. Dr. Klaus G., (2003), LexisNexis Verlag ARD Orac GmbH & Co KG, Wien,  
„Rechtsfragen der Versicherungsvermittlung“***

***Heiss, Helmut / Lorenz, Bernhard, (1996), Band 16, Österreichische Staatsdruckerei,  
„Europäisches Versicherungsvermittlerrecht für Österreich“,  
Verbraucherrecht Verbraucherpolitik***

***Kollhosser, Helmut, (2003), Verlag Versicherungswirtschaft Karlsruhe,  
„Die EU-Versicherungsvermittler-Richtlinie“***

***Streinz, Dr. Rudolf, (2001), C. F. Müller Verlag, Hüthing GmbH & Co  
KG, Heidelberg,  
„Europarecht“***

## Internet

**RL 2002/92/EG** des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Dezember 2002  
über Versicherungsvermittlung,

<http://www.ipr.uni-koeln.de/eurprivr/Europ%E4isches%20Schuldrecht/Richtlinien%20zum%20Europ%E4ischen%20Schuldvertragsrecht/Vertr%E4ge%20mit%20Endabnehmern/VersicherungsvermittlungsRL.pdf>,

Zugriff am 09.04.2009.

**RL 2002/65/EG** des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. September 2002  
über den Fernabsatz von Finanzdienstleistungen an Verbraucher und zur Änderung  
der Richtlinie 90/619/EWG des Rates und der Richtlinien 97/7/EG und 98/27/EG,

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2002:271:0016:0024:DE:PDF>,

Zugriff am 09.04.2009.

Erste **RL 73/239/EWG** des Rates vom 24. Juli 1973 zur Koordinierung der Rechts-  
und Verwaltungsvorschriften betreffend die Aufnahme und Ausübung der Tätigkeit der  
Direktversicherung (mit Ausnahme der Lebensversicherung)RL,

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:31973L0239:DE:HTML>,

Zugriff am 09.04.2009.

Erste **RL 79/267/EWG** des Rates vom 5. März 1979 zur Koordinierung der Rechts-  
und Verwaltungsvorschriften über die Aufnahme und Ausübung der Direktversicherung  
(Lebensversicherung) RL 79/267/EWG,

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:31979L0267:DE:HTML>

Zugriff am 09.04.2009.

**Definition- Versicherungsnehmer,**

[http://www.pm-makler.de/pages\\_de/lexikon.php?begriff=67](http://www.pm-makler.de/pages_de/lexikon.php?begriff=67)

Zugriff am 09.04.2009.

**Definition- Versicherungsmakler/in,**

[http://www.pm-makler.de/pages\\_de/lexikon.php?begriff=335](http://www.pm-makler.de/pages_de/lexikon.php?begriff=335)

Zugriff am 09.04.2009.

**Definition- Versicherungsvertrag,**

[http://www.pm-makler.de/pages\\_de/lexikon.php?begriff=347](http://www.pm-makler.de/pages_de/lexikon.php?begriff=347)

Zugriff am 09.04.2009.

**Definition- Versicherer,**

<http://www.versicherungsguenstig.com/krankenversicherung/versicherer.html>

Zugriff am 09.04.2009.

**Definition- Versicherungsschutz,**

<http://www.versicherungsguenstig.com/stichwort-versicherung.html>

Zugriff am 09.04.2009.

**Art 43 Abs 1 VersVG, Definition- Versicherungsagent,**

<http://ris.bka.gv.at/Dokument.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Dokumentnummer=NOR40058545&ResultFunctionToken=81e77e3d-7125-4b89-8730-09056a28bf7c&Kundmachungsorgan=&Index=&Titel=&Gesetzesnummer=&VonArtikeln=&BisArtikel=&VonParagraf=&BisParagraf=&VonAnlage=&BisAnlage=&Typ=&Kundmachungsnummer=&Unterzeichnungsdatum=&FassungVom=11.03.2009&ImRisSeit=Undefined&ResultPageSize=100&Suchworte=vERSvg>

Zugriff am 09.04.2009.

**Art 1 Abs 1 VAG, Definition- Versicherungsunternehmen,**

<http://ris.bka.gv.at/Dokument.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Dokumentnummer=NOR40094467&ResultFunctionToken=ae3d2fc1-40ad-4888-9516->

[f2b0b2438afd&Kundmachungsorgan=&Index=&Titel=&Gesetzesnummer=&VonArtikel=&BisArtikel=&VonParagraf=&BisParagraf=&VonAnlage=&BisAnlage=&Typ=&Kundmachungsnummer=&Unterzeichnungsdatum=&FassungVom=11.03.2009&ImRisSeit=Undefined&ResultPageSize=100&Suchworte=VAG](http://ris.bka.gv.at/Dokument.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Dokumentnummer=NOR40096336&ResultFunctionToken=7b3c2237-4807-492b-9367-a93d68917892&Kundmachungsorgan=&Index=&Titel=&Gesetzesnummer=&VonArtikel=&BisArtikel=&VonParagraf=&BisParagraf=&VonAnlage=&BisAnlage=&Typ=&Kundmachungsnummer=&Unterzeichnungsdatum=&FassungVom=11.03.2009&ImRisSeit=Undefined&ResultPageSize=100&Suchworte=VAG)

Zugriff am 09.04.2009.

### **Art 137, Abs 1 GewO, Definition- Versicherungsvermittlung,**

<http://ris.bka.gv.at/Dokument.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Dokumentnummer=NOR40096336&ResultFunctionToken=7b3c2237-4807-492b-9367-a93d68917892&Kundmachungsorgan=&Index=&Titel=&Gesetzesnummer=&VonArtikel=&BisArtikel=&VonParagraf=137&BisParagraf=&VonAnlage=&BisAnlage=&Typ=&Kundmachungsnummer=&Unterzeichnungsdatum=&FassungVom=11.03.2009&ImRisSeit=Undefined&ResultPageSize=100&Suchworte=GewO>

Zugriff am 09.04.2009.

### **Versicherungsvermittler- Pflichten**

<http://www.bmwfi.gv.at/BMWA/Schwerpunkte/Unternehmen/Gewerbe/VersichVermittl/5versicherungsvermittlerregister.htm>,

Zugriff am 09.04.2009.

### **Frage der Haftungsabsicherung**

<http://www.bmwfi.gv.at/NR/rdonlyres/397F098D-A227-4D37-BEA4-E0106C02EC47/0/UmsetzungsbestimmungenVersicherungsvermittlung.pdf>, S. 9-13.

Zugriff am 09.04.2009.

### **Wesentliche Aspekte bei der Umsetzung der Versicherungsvermittlungs- RL in Österreich,**

<http://wko.at/ooe/Maschinenhandel/a-z/Versicherungsvermittlung.pdf>, S. 1 und 2,  
[http://www.diefinanzdienstleister.at/fileadmin/user\\_upload/FDL/Studien/Endbericht\\_Vermittlung\\_Finanzdienstleistungen.pdf](http://www.diefinanzdienstleister.at/fileadmin/user_upload/FDL/Studien/Endbericht_Vermittlung_Finanzdienstleistungen.pdf), S. 21 und 22.

Zugriff am 09.04.2009.

# Anhang I

15.1.2003

DE

Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften

L 9/3

## RICHTLINIE 2002/92/EG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES vom 9. Dezember 2002 über Versicherungsvermittlung

DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT UND DER RAT DER  
EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen  
Gemeinschaft, insbesondere auf Artikel 47 Absatz 2 und  
Artikel 55,

auf Vorschlag der Kommission <sup>(1)</sup>,

nach Stellungnahme des Wirtschafts- und Sozialausschusses <sup>(2)</sup>,

gemäß dem Verfahren des Artikels 251 des Vertrags <sup>(3)</sup>,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Versicherungs- und Rückversicherungsvermittler spielen beim Vertrieb von Versicherungs- und Rückversicherungsprodukten in der Gemeinschaft eine zentrale Rolle.
- (2) Mit der Richtlinie 77/92/EWG des Rates vom 13. Dezember 1976 über Maßnahmen zur Erleichterung der tatsächlichen Ausübung der Niederlassungsfreiheit und des freien Dienstleistungsverkehrs für die Tätigkeiten des Versicherungsagenten und des Versicherungsmaklers (aus ISIC-Gruppe 630), insbesondere Übergangsmaßnahmen für solche Tätigkeiten <sup>(4)</sup>, wurde ein erster Schritt unternommen, um Versicherungsagenten und -maklern die Ausübung der Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit zu erleichtern.
- (3) Die Richtlinie 77/92/EWG sollte ursprünglich so lange gültig bleiben, bis Bestimmungen, die die einzelstaatlichen Vorschriften über die Aufnahme und Ausübung der Tätigkeit von Versicherungsagenten und -maklern koordinieren, in Kraft treten.
- (4) Die Empfehlung 92/48/EWG der Kommission vom 18. Dezember 1991 über Versicherungsvermittler <sup>(5)</sup> wurde von den Mitgliedstaaten weitgehend befolgt und trug zur Angleichung der einzelstaatlichen Vorschriften über die beruflichen Anforderungen und die Eintragung von Versicherungsvermittlern bei.
- (5) Jedoch bestehen zwischen den einzelstaatlichen Vorschriften immer noch erhebliche Unterschiede, die für die Aufnahme und Ausübung der Tätigkeit von Versicherungs- und Rückversicherungsvermittlern im Binnenmarkt Hindernisse mit sich bringen. Daher ist es angezeigt, die Richtlinie 77/92/EWG durch eine neue Richtlinie zu ersetzen.
- (6) Versicherungs- und Rückversicherungsvermittler sollten in der Lage sein, die vom Vertrag gewährleisteten Rechte der Niederlassungsfreiheit und des freien Dienstleistungsverkehrs in Anspruch zu nehmen.

- (7) Dass Versicherungsvermittler nicht in der Lage sind, uneingeschränkt überall in der Gemeinschaft tätig zu werden, beeinträchtigt das reibungslose Funktionieren des einheitlichen Versicherungsmarktes.
- (8) Die Koordinierung der einzelstaatlichen Vorschriften über die beruflichen Anforderungen, die an Personen zu stellen sind, welche die Tätigkeit der Versicherungsvermittlung aufnehmen und ausüben, und über die Eintragung dieser Personen kann daher sowohl zur Vollendung des Binnenmarktes für Finanzdienstleistungen als auch zur Verbesserung des Verbraucherschutzes in diesem Bereich beitragen.
- (9) Versicherungsprodukte können von verschiedenen Kategorien von Personen oder Einrichtungen wie Versicherungsagenten, Versicherungsmaklern und „Allfinanzunternehmen“ vertrieben werden. Aus Gründen der Gleichbehandlung all dieser Akteure und des Kundenschutzes sollte sich diese Richtlinie auf all diese Personen oder Einrichtungen beziehen.
- (10) Diese Richtlinie enthält eine Definition des vertraglich gebundenen Versicherungsvermittlers, die den Besonderheiten bestimmter Märkte der Mitgliedstaaten Rechnung trägt und darauf abzielt, die auf derartige Vermittler anwendbaren Eintragsbedingungen festzulegen. Diese Definition soll ähnlichen Definitionen von Versicherungsvermittlern in den Mitgliedstaaten nicht entgegenstehen, die zwar für Rechnung und im Namen eines Versicherungsunternehmens und unter dessen uneingeschränkter Verantwortung handeln, jedoch berechtigt sind, Prämien und Beträge, die gemäß den in dieser Richtlinie vorgesehenen finanziellen Garantien für die Kunden bestimmt sind, entgegenzunehmen.
- (11) Diese Richtlinie sollte Personen betreffen, deren Tätigkeit darin besteht, für Dritte Versicherungsvermittlungsdienstleistungen für eine Gegenleistung zu erbringen, die finanzieller Art sein oder jede andere Form eines wirtschaftlichen Vorteils annehmen kann, der zwischen den Parteien vereinbart wurde und an die Leistung geknüpft ist.
- (12) Diese Richtlinie sollte nicht Personen betreffen, die eine andere Berufstätigkeit, z. B. als Steuerexperte oder Buchhalter, ausüben und im Rahmen dieser anderen Berufstätigkeit gelegentlich über Versicherungsschutz beraten oder lediglich allgemeine Informationen über Versicherungsprodukte erteilen, sofern diese Tätigkeit nicht zum Ziel hat, dem Kunden bei dem Abschluss oder der Abwicklung eines Versicherungs- oder Rückversicherungsvertrags behilflich zu sein, Schadensfälle eines Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmens berufsmäßig zu verwalten oder Schäden zu regulieren oder Sachverständigenarbeit zu leisten.

<sup>(1)</sup> ABl. C 29 E vom 30.1.2001, S. 245.

<sup>(2)</sup> ABl. C 221 vom 7.8.2001, S. 121.

<sup>(3)</sup> Stellungnahme des Europäischen Parlaments vom 14. November 2001 (ABl. C 140 E vom 13.6.2002, S. 167), Gemeinsamer Standpunkt des Rates vom 18. März 2002 (ABl. C 145 E vom 18.6.2002, S. 1) und Beschluss des Europäischen Parlaments vom 13. Juni 2002 (noch nicht im Amtsblatt veröffentlicht), Beschluss des Rates vom 28. Juni 2002.

<sup>(4)</sup> ABl. L 26 vom 31.1.1977, S. 14. Richtlinie zuletzt geändert durch die Beitrittsakte von 1994.

<sup>(5)</sup> ABl. L 19 vom 28.1.1992, S. 32.

- (13) Diese Richtlinie sollte unter bestimmten, genau festgelegten Bedingungen nicht auf Personen Anwendung finden, die Versicherungsvermittlung als Nebentätigkeit betreiben.
- (14) Versicherungs- und Rückversicherungsvermittler sollten bei der zuständigen Behörde des Mitgliedstaats, in dem sie ihren Wohnsitz oder ihre Hauptverwaltung haben, eingetragen werden, sofern sie strengen beruflichen Anforderungen in Bezug auf Sachkompetenz, Leumund, Berufshaftpflichtschutz und finanzielle Leistungsfähigkeit genügen.
- (15) Durch die Eintragung sollten Versicherungs- und Rückversicherungsvermittler die Möglichkeit erhalten, in anderen Mitgliedstaaten nach den Grundsätzen der Niederlassungsfreiheit und des freien Dienstleistungsverkehrs tätig zu werden, sofern zwischen den zuständigen Behörden ein entsprechendes Verfahren zur Unterrichtung stattgefunden hat.
- (16) Angemessene Sanktionen sind erforderlich, damit gegen Personen, die die Tätigkeit der Versicherungs- oder Rückversicherungsvermittlung ausüben, ohne eingetragen zu sein, gegen Versicherungs- und Rückversicherungsunternehmen, die die Dienste nicht eingetragener Vermittler in Anspruch nehmen, und gegen Vermittler, die den gemäß dieser Richtlinie erlassenen innerstaatlichen Rechtsvorschriften nicht nachkommen, vorgegangen werden kann.
- (17) Zusammenarbeit und Informationsaustausch zwischen den zuständigen Behörden sind von entscheidender Bedeutung, um die Verbraucher zu schützen und die Solidität des Versicherungs- und Rückversicherungsgeschäfts im Binnenmarkt sicherzustellen.
- (18) Für den Verbraucher kommt es entscheidend darauf an, zu wissen, ob er mit einem Vermittler zu tun hat, der ihn über Produkte eines breiten Spektrums von Versicherungsunternehmen oder über Produkte einer bestimmten Anzahl von Versicherungsunternehmen berät.
- (19) In dieser Richtlinie sollten die Informationspflichten der Versicherungsvermittler gegenüber den Kunden festgelegt werden. Ein Mitgliedstaat kann zu diesem Punkt strengere Bestimmungen beibehalten oder erlassen, die den Versicherungsvermittlern, die ihre Vermittlungstätigkeit in seinem Hoheitsgebiet ausüben, ungeachtet ihres Wohnsitzes, auferlegt werden, sofern diese strengeren Bestimmungen mit dem Gemeinschaftsrecht — einschließlich der Richtlinie 2000/31/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2000 über bestimmte rechtliche Aspekte der Dienste der Informationsgesellschaft, insbesondere des elektronischen Geschäftsverkehrs, im Binnenmarkt („Richtlinie über den elektronischen Geschäftsverkehr“) <sup>(1)</sup> — vereinbar sind.
- (20) Erklärt der Vermittler, dass er über Produkte eines breiten Spektrums von Versicherungsunternehmen berät, so sollte er eine unparteiische und ausreichend breit gefächerte Untersuchung der auf dem Markt angebotenen Produkte durchführen. Außerdem sollten alle Vermittler die Gründe für ihren Vorschlag erläutern.
- (21) Dieser Informationsbedarf ist geringer, wenn der Kunde ein Unternehmen ist, das sich gegen gewerbliche und industrielle Risiken versichern oder rückversichern will.
- (22) In den Mitgliedstaaten muss es angemessene und wirksame Beschwerde- und Abhilfeverfahren zur Beilegung von Streitigkeiten zwischen Versicherungsvermittlern und Verbrauchern geben; dabei sollte gegebenenfalls auf bestehende Verfahren zurückgegriffen werden.
- (23) Unbeschadet des Rechts der Kunden, vor den Gerichten Klage zu erheben, sollten die Mitgliedstaaten die zur außergerichtlichen Beilegung von Streitfällen eingerichteten öffentlich-rechtlichen oder privat-rechtlichen Einrichtungen dazu anhalten, bei der Lösung grenzübergreifender Streitfälle zusammenzuarbeiten. Eine derartige Zusammenarbeit könnte insbesondere darauf abzielen, dem Verbraucher zu gestatten, die in seinem Wohnsitzstaat eingerichteten außergerichtlichen Stellen mit Beschwerden über die in anderen Mitgliedstaaten niedergelassenen Vermittler zu befassen. Durch die Einrichtung des FIN-NET-Netzes erhalten die Verbraucher mehr Unterstützung, wenn sie grenzüberschreitende Dienste in Anspruch nehmen. Die Bestimmungen hinsichtlich der Verfahren sollten der Empfehlung 98/257/EG der Kommission vom 30. März 1998 betreffend die Grundsätze für Einrichtungen, die für die außergerichtliche Beilegung von Verbraucherstreitigkeiten zuständig sind <sup>(2)</sup>, Rechnung tragen.
- (24) Die Richtlinie 77/92/EWG sollte daher aufgehoben werden —

HABEN FOLGENDE RICHTLINIE ERLASSEN:

#### KAPITEL I

#### ANWENDUNGSBEREICH UND BEGRIFFSBESTIMMUNGEN

##### Artikel 1

##### Anwendungsbereich

- (1) Mit dieser Richtlinie werden Vorschriften für die Aufnahme und Ausübung der Versicherungs- und Rückversicherungsvermittlung durch natürliche oder juristische Personen, die in einem Mitgliedstaat niedergelassen sind oder sich dort niederlassen möchten, festgelegt.
- (2) Diese Richtlinie findet nicht auf Personen Anwendung, die Vermittlungsdienste für Versicherungsverträge anbieten, wenn sämtliche nachstehenden Bedingungen erfüllt sind:
- a) für den betreffenden Versicherungsvertrag sind nur Kenntnisse des angebotenen Versicherungsschutzes erforderlich;
  - b) bei dem Versicherungsvertrag handelt es sich nicht um einen Lebensversicherungsvertrag;
  - c) der Versicherungsvertrag deckt keine Haftpflichtrisiken ab;
  - d) die betreffende Person betreibt die Versicherungsvermittlung nicht hauptberuflich;

<sup>(1)</sup> ABl. L 178 vom 17.7.2000, S. 1.

<sup>(2)</sup> ABl. L 115 vom 17.4.1998, S. 31.



- e) die Versicherung stellt eine Zusatzleistung zur Lieferung einer Ware bzw. der Erbringung einer Dienstleistung durch einen beliebigen Anbieter dar, wenn mit der Versicherung Folgendes abgedeckt wird:
- i) das Risiko eines Defekts, eines Verlusts oder einer Beschädigung von Gütern, die von dem betreffenden Anbieter geliefert werden; oder
  - ii) Beschädigung oder Verlust von Gepäck und andere Risiken im Zusammenhang mit einer bei dem betreffenden Anbieter gebuchten Reise, selbst wenn die Versicherung Lebensversicherungs- oder Haftpflichtrisiken abdeckt, vorausgesetzt, dass die Deckung zusätzlich zur Hauptversicherungsdeckung für Risiken im Zusammenhang mit dieser Reise gewährt wird;
- f) die Jahresprämie übersteigt nicht 500 EUR, und der Versicherungsvertrag hat eine Gesamtlauzeit, eventuelle Verlängerungen inbegriffen, von höchstens fünf Jahren.

(3) Die Richtlinie gilt nicht für Versicherungs- und Rückversicherungsvermittlungsdienstleistungen, die im Zusammenhang mit Risiken und Verpflichtungen erbracht werden, die außerhalb der Gemeinschaft bestehen bzw. eingegangen worden sind.

Diese Richtlinie berührt nicht die Rechtsvorschriften eines Mitgliedstaats über die Versicherungsvermittlungstätigkeit, die von Versicherungs- und Rückversicherungsvermittlern ausgeübt wird, die in einem Drittland niedergelassen sind und im Wege des freien Dienstleistungsverkehrs in seinem Hoheitsgebiet tätig sind, unter der Voraussetzung, dass die Gleichbehandlung aller Personen sichergestellt ist, die die Tätigkeit der Versicherungsvermittlung auf diesem Markt ausüben oder zu deren Ausübung befugt sind.

Diese Richtlinie regelt weder Versicherungsvermittlungstätigkeiten in Drittländern noch Tätigkeiten von Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmen der Gemeinschaft im Sinne der Ersten Richtlinie 73/239/EWG des Rates vom 24. Juli 1973 zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften betreffend die Aufnahme und Ausübung der Tätigkeit der Direktversicherung (mit Ausnahme der Lebensversicherung) <sup>(1)</sup> und der Ersten Richtlinie 79/267/EWG des Rates vom 5. März 1979 zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften über die Aufnahme und Ausübung der Direktversicherung (Lebensversicherung) <sup>(2)</sup>, die durch Versicherungsvermittler in Drittländern ausgeübt werden.

## Artikel 2

### Begriffsbestimmungen

Im Sinne dieser Richtlinie bezeichnet der Ausdruck:

1. „Versicherungsunternehmen“ ein Unternehmen, dem die behördliche Zulassung gemäß Artikel 6 der Richtlinie 73/239/EWG bzw. Artikel 6 der Richtlinie 79/267/EWG erteilt wurde;
2. „Rückversicherungsunternehmen“ ein Unternehmen, das weder ein Versicherungsunternehmen noch ein Versicherungsunternehmen eines Drittlands ist und dessen Haupttätigkeit darin besteht, von einem Versicherungsunter-

nehmen, einem Versicherungsunternehmen eines Drittlands oder anderen Rückversicherungsunternehmen abgegebene Risiken zu übernehmen;

3. „Versicherungsvermittlung“ das Anbieten, Vorschlagen oder Durchführen anderer Vorbereitungsarbeiten zum Abschließen von Versicherungsverträgen oder das Abschließen von Versicherungsverträgen oder das Mitwirken bei deren Verwaltung und Erfüllung, insbesondere im Schadensfall.

Diese Tätigkeiten gelten nicht als Versicherungsvermittlung, wenn sie von einem Versicherungsunternehmen oder einem Angestellten eines Versicherungsunternehmens, der unter der Verantwortung des Versicherungsunternehmens tätig wird, ausgeübt werden.

Die beiläufige Erteilung von Auskünften im Zusammenhang mit einer anderen beruflichen Tätigkeit, sofern diese Tätigkeit nicht zum Ziel hat, den Kunden beim Abschluss oder der Handhabung eines Versicherungsvertrags zu unterstützen, oder die berufsmäßige Verwaltung der Schadensfälle eines Versicherungsunternehmens oder die Schadensregulierung und Sachverständigenarbeit im Zusammenhang mit Schadensfällen gelten ebenfalls nicht als Versicherungsvermittlung;

4. „Rückversicherungsvermittlung“ das Anbieten, Vorschlagen oder Durchführen anderer Vorbereitungsarbeiten zum Abschließen von Rückversicherungsverträgen oder das Abschließen von Rückversicherungsverträgen oder das Mitwirken bei deren Verwaltung und Erfüllung, insbesondere im Schadensfall.

Diese Tätigkeiten gelten nicht als Rückversicherungsvermittlung, wenn sie von einem Rückversicherungsunternehmen oder einem Angestellten eines Rückversicherungsunternehmens, der unter der Verantwortung des Rückversicherungsunternehmens tätig wird, ausgeübt werden.

Die beiläufige Erteilung von Auskünften im Zusammenhang mit einer anderen beruflichen Tätigkeit, sofern diese Tätigkeit nicht zum Ziel hat, den Kunden beim Abschluss oder der Handhabung eines Rückversicherungsvertrags zu unterstützen, oder die berufsmäßige Verwaltung der Schadensfälle eines Rückversicherungsunternehmens oder die Schadensregulierung und Sachverständigenarbeit im Zusammenhang mit Schadensfällen gelten ebenfalls nicht als Rückversicherungsvermittlung;

5. „Versicherungsvermittler“ jede natürliche oder juristische Person, die die Tätigkeit der Versicherungsvermittlung gegen Vergütung aufnimmt oder ausübt;
6. „Rückversicherungsvermittler“ jede natürliche oder juristische Person, die die Tätigkeit der Rückversicherungsvermittlung gegen Vergütung aufnimmt oder ausübt;
7. „vertraglich gebundener Versicherungsvermittler“ jede Person, die eine Tätigkeit der Versicherungsvermittlung im Namen und für Rechnung eines Versicherungsunternehmens oder — wenn die Versicherungsprodukte nicht in Konkurrenz zueinander stehen — mehrerer Versicherungsunternehmen ausübt, die jedoch weder die Prämien noch die für den Kunden bestimmten Beträge in Empfang nimmt und hinsichtlich der Produkte der jeweiligen Versicherungsunternehmen unter deren uneingeschränkter Verantwortung handelt.

<sup>(1)</sup> ABl. L 228 vom 16.8.1973, S. 3. Richtlinie zuletzt geändert durch die Richtlinie 2002/13/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (AbL. L 77 vom 20.3.2002, S. 17).

<sup>(2)</sup> ABl. L 63 vom 13.3.1979, S. 1. Richtlinie zuletzt geändert durch die Richtlinie 2002/12/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (AbL. L 77 vom 20.3.2002, S. 11).



Jede Person, die Versicherungsvermittlung zusätzlich zu ihrer Hauptberufstätigkeit ausübt und weder Prämien noch für den Kunden bestimmte Beträge in Empfang nimmt, gilt ebenfalls als vertraglich gebundener Versicherungsvermittler, der hinsichtlich der Produkte des jeweiligen Versicherungsunternehmens unter der Verantwortung eines oder mehrerer Versicherungsunternehmen handelt, wenn die Versicherung eine Ergänzung der im Rahmen dieser Haupttätigkeit gelieferten Waren oder erbrachten Dienstleistungen darstellt;

8. „Großrisiken“ Risiken im Sinne von Artikel 5 Buchstabe d) der Richtlinie 73/239/EWG;
9. „Herkunftsmitgliedstaat“
  - a) wenn der Vermittler eine natürliche Person ist: der Mitgliedstaat, in dem diese Person ihren Wohnsitz hat und ihre Tätigkeit ausübt;
  - b) wenn der Vermittler eine juristische Person ist: der Mitgliedstaat, in dem diese Person ihren satzungsmäßigen Sitz hat, oder, wenn sie gemäß dem für sie geltenden einzelstaatlichen Recht keinen satzungsmäßigen Sitz hat, der Mitgliedstaat, in dem ihr Hauptverwaltungssitz liegt;
10. „Aufnahmemitgliedstaat“ der Mitgliedstaat, in dem ein Versicherungs- oder Rückversicherungsvermittler eine Zweigniederlassung hat oder Dienstleistungen erbringt;
11. „zuständige Behörden“ die Behörden, die jeder Mitgliedstaat gemäß Artikel 6 benennt;
12. „dauerhafter Datenträger“ jedes Medium, das es dem Verbraucher ermöglicht, persönlich an ihn gerichtete Informationen so zu speichern, dass diese während eines für den Informationszweck angemessenen Zeitraums abgerufen werden können, und das die unveränderte Wiedergabe der gespeicherten Daten ermöglicht.

Dazu gehören insbesondere Disketten, CD-Roms, DVDs und die Festplatten von Computern, auf denen elektronische Post gespeichert wird, jedoch nicht eine Internet-Website, es sei denn, diese Site entspricht den in Absatz 1 enthaltenen Kriterien.

## KAPITEL II

### ANFORDERUNGEN IN BEZUG AUF DIE EINTRAGUNG

#### Artikel 3

##### Eintragung

- (1) Versicherungs- und Rückversicherungsvermittler sind bei der zuständigen Behörde nach Artikel 7 Absatz 2 in ihrem Herkunftsmitgliedstaat einzutragen.

Unbeschadet des Unterabsatzes 1 können die Mitgliedstaaten vorsehen, dass die Versicherungs- und Rückversicherungsunternehmen oder andere Einrichtungen mit den zuständigen Behörden bei der Eintragung von Versicherungs- und Rückversicherungsvermittlern und bei der Anwendung der Anforderungen nach Artikel 4 auf die betreffenden Vermittler zusammenarbeiten können. Insbesondere können vertraglich gebundene Versicherungsvermittler von einem Versicherungsunternehmen oder einem Zusammenschluss von Versicherungsunternehmen unter der Aufsicht einer zuständigen Behörde eingetragen werden.

Den Mitgliedstaaten steht es frei, die Anforderung nach den Unterabsätzen 1 und 2 nicht auf alle natürlichen Personen anzuwenden, die in einem Unternehmen arbeiten und die Tätigkeit der Versicherungs- oder Rückversicherungsvermittlung ausüben.

Juristische Personen werden von den Mitgliedstaaten eingetragen; im Register sind ferner die Namen der natürlichen Personen, die im Rahmen des Leitungsorgans für die Vermittlungstätigkeiten verantwortlich sind, anzugeben.

- (2) Die Mitgliedstaaten können mehr als ein Register für Versicherungs- und Rückversicherungsvermittler einrichten, sofern sie Kriterien für die Eintragung der Vermittler festlegen.

Die Mitgliedstaaten sorgen für die Einrichtung einer einzigen Auskunftsstelle, die einen leichten und schnellen Zugang zu den Informationen aus diesen verschiedenen Registern ermöglicht, die auf elektronischem Wege erstellt und ständig auf dem neuesten Stand gehalten werden. Diese Auskunftsstelle ermöglicht ebenfalls die Identifizierung der zuständigen Behörden jedes Mitgliedstaats nach Absatz 1 Unterabsatz 1. Im Register werden außerdem das Land bzw. die Länder verzeichnet, in dem bzw. in denen der Vermittler im Rahmen der Niederlassungsfreiheit oder des freien Dienstleistungsverkehrs tätig ist.

- (3) Die Mitgliedstaaten sorgen dafür, dass die Eintragung von Versicherungs- und Rückversicherungsvermittlern, einschließlich von vertraglich gebundenen Versicherungsvermittlern, von der Erfüllung der beruflichen Anforderungen gemäß Artikel 4 abhängig gemacht wird.

Die Mitgliedstaaten sorgen ferner dafür, dass Versicherungs- und Rückversicherungsvermittler, einschließlich von vertraglich gebundenen Versicherungsvermittlern, die diese Anforderungen nicht mehr erfüllen, aus dem Register gestrichen werden. Die Gültigkeit der Eintragung wird von der zuständigen Behörde regelmäßig überprüft. Bei Bedarf unterrichtet der Herkunftsmitgliedstaat den Aufnahmemitgliedstaat auf geeignetem Weg von dieser Streichung.

- (4) Die zuständigen Behörden können dem Versicherungs- oder Rückversicherungsvermittler ein Dokument ausstellen, das es jeder Person, die ein Interesse daran hat, ermöglicht, durch Einsichtnahme in das oder die Register nach Absatz 2 zu prüfen, ob der Vermittler ordnungsgemäß eingetragen ist.

Dieses Dokument enthält mindestens die Informationen nach Artikel 12 Absatz 1 Buchstaben a) und b) und im Fall einer juristischen Person den (die) Namen der in Absatz 1 Unterabsatz 4 des vorliegenden Artikels genannten natürlichen Person(en).

Der Mitgliedstaat verlangt, dass dieses Dokument der zuständigen Behörde, die es ausgestellt hat, zurückgegeben wird, sobald der Versicherungs- oder Rückversicherungsvermittler nicht mehr eingetragen ist.

- (5) Eingetragene Versicherungsvermittler und Rückversicherungsvermittler dürfen die Tätigkeit der Versicherungsvermittlung und der Rückversicherungsvermittlung in der Gemeinschaft im Rahmen der Niederlassungsfreiheit und des freien Dienstleistungsverkehrs aufnehmen und ausüben.

(6) Die Mitgliedstaaten achten darauf, dass die Versicherungsunternehmen nur die Versicherungs- und Rückversicherungsvermittlungsdienste der eingetragenen Versicherungs- und Rückversicherungsvermittler und der in Artikel 1 Absatz 2 genannten Personen in Anspruch nehmen.

#### Artikel 4

##### Berufliche Anforderungen

(1) Versicherungs- und Rückversicherungsvermittler müssen über die vom Herkunftsmitgliedstaat des Vermittlers festgelegten angemessenen Kenntnisse und Fertigkeiten verfügen.

Die Herkunftsmitgliedstaaten können die Anforderungen, die an die Kenntnisse und Fertigkeiten gestellt werden, an die Tätigkeit der Versicherungs- und Rückversicherungsvermittler und die von ihnen vertriebenen Produkte anpassen, insbesondere dann, wenn die Versicherungsvermittlung nicht die Hauptberufstätigkeit des Vermittlers ist. In diesem Fall darf der Betreffende eine Tätigkeit der Versicherungsvermittlung nur ausüben, wenn ein Versicherungsvermittler, der die Anforderungen dieses Artikels erfüllt, oder ein Versicherungsunternehmen die uneingeschränkte Haftung für sein Handeln übernommen hat.

Die Mitgliedstaaten können für die in Artikel 3 Absatz 1 Unterabsatz 2 genannten Fälle vorsehen, dass das Versicherungsunternehmen prüft, ob die Kenntnisse und Fertigkeiten der betreffenden Vermittler den Anforderungen nach Unterabsatz 1 des vorliegenden Absatzes entsprechen, und ihnen gegebenenfalls eine Ausbildung verschafft, die den Anforderungen im Zusammenhang mit den von ihnen vertriebenen Produkten entspricht.

Den Mitgliedstaaten steht es frei, die Anforderung nach Unterabsatz 1 nicht auf alle natürlichen Personen anzuwenden, die in einem Unternehmen arbeiten und die Tätigkeit der Versicherungs- oder Rückversicherungsvermittlung ausüben. Die Mitgliedstaaten sorgen dafür, dass ein vertretbarer Anteil der dem Leitungsorgan eines solchen Unternehmens angehörigen Personen, die für die Vermittlung von Versicherungsprodukten verantwortlich sind, sowie alle anderen, direkt bei der Versicherungs- oder Rückversicherungsvermittlung mitwirkenden Personen nachweislich über die für die Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlichen Kenntnisse und Fertigkeiten verfügen.

(2) Versicherungs- und Rückversicherungsvermittler müssen einen guten Leumund besitzen. Als Mindestanforderung dürfen sie nicht im Zusammenhang mit schwerwiegenden Straftaten in den Bereichen Eigentums- oder Finanzkriminalität ins Strafregister oder ein gleichwertiges einzelstaatliches Register eingetragen und sollten nie in Konkurs gegangen sein, es sei denn, sie sind gemäß nationalem Recht rehabilitiert worden.

Die Mitgliedstaaten können den Versicherungsunternehmen gemäß den Bestimmungen des Artikels 3 Absatz 1 Unterabsatz 2 gestatten, den guten Leumund der Versicherungsvermittler zu überprüfen.

Den Mitgliedstaaten steht es frei, die Anforderung nach Unterabsatz 1 nicht auf alle natürlichen Personen anzuwenden, die in einem Unternehmen arbeiten und die Tätigkeit der Versicherungs- und Rückversicherungsvermittlung ausüben. Die Mitgliedstaaten sorgen dafür, dass das Leitungsorgan dieses Unternehmens sowie alle Beschäftigten, die direkt an der Versicherungs- oder Rückversicherungsvermittlung mitwirken, diese Anforderung erfüllen.

(3) Versicherungs- und Rückversicherungsvermittler schließen eine für das gesamte Gebiet der Gemeinschaft geltende Berufshaftpflichtversicherung oder eine andere gleichwertige, die Haftpflicht bei Verletzung beruflicher Sorgfaltspflichten abdeckende Garantie in Höhe von mindestens 1 000 000 EUR für jeden einzelnen Schadensfall und von 1 500 000 EUR für alle Schadensfälle eines Jahres ab, soweit eine solche Versicherung oder gleichwertige Garantie nicht bereits von einem Versicherungsunternehmen, Rückversicherungsunternehmen oder anderen Unternehmen gestellt wird, in dessen Namen der Versicherungs- oder Rückversicherungsvermittler handelt oder für das der Versicherungs- oder Rückversicherungsvermittler zu handeln befugt ist, oder dieses Unternehmen die uneingeschränkte Haftung für das Handeln des Vermittlers übernommen hat.

(4) Die Mitgliedstaaten ergreifen alle erforderlichen Maßnahmen, um die Kunden dagegen zu schützen, dass der Versicherungsvermittler nicht in der Lage ist, die Prämie an das Versicherungsunternehmen oder den Erstattungsbetrag oder eine Prämienvergütung an den Versicherten weiterzuleiten.

Dabei kann es sich um eine oder mehrere der folgenden Maßnahmen handeln:

- a) Rechtsvorschriften oder vertragliche Bestimmungen, nach denen vom Kunden an den Vermittler gezahlte Gelder so behandelt werden, als seien sie direkt an das Unternehmen gezahlt worden, während Gelder, die das Unternehmen an den Vermittler zahlt, erst dann so behandelt werden, als seien sie an den Verbraucher gezahlt worden, wenn der Verbraucher sie tatsächlich erhält;
- b) Vorschriften, nach denen Versicherungsvermittler über eine finanzielle Leistungsfähigkeit zu verfügen haben, die jederzeit 4 % der Summe ihrer jährlichen Prämieinnahmen, mindestens jedoch 15 000 EUR, entspricht;
- c) Vorschriften, nach denen Kundengelder über streng getrennte Kundenkonten weitergeleitet werden müssen und diese Konten im Fall des Konkurses nicht zur Entschädigung anderer Gläubiger herangezogen werden dürfen;
- d) Vorschriften, nach denen ein Garantiefonds eingerichtet werden muss.

(5) Die Ausübung der Tätigkeit der Versicherungs- und Rückversicherungsvermittlung setzt voraus, dass die beruflichen Anforderungen nach diesem Artikel dauerhaft erfüllt sind.

(6) Die Mitgliedstaaten können die in diesem Artikel genannten Anforderungen für die innerhalb ihres Hoheitsgebiets eingetragenen Versicherungs- und Rückversicherungsvermittler verschärfen und weitere Anforderungen hinzufügen.

(7) Die Beträge nach den Absätzen 3 und 4 werden regelmäßig überprüft, um den von Eurostat veröffentlichten Änderungen des Europäischen Verbraucherpreisindex Rechnung zu tragen. Diese Beträge werden erstmals fünf Jahre nach Inkrafttreten dieser Richtlinie überprüft und anschließend alle fünf Jahre nach der vorherigen Überprüfung.

Die Beträge werden automatisch angepasst, indem der Grundbetrag in Euro um die prozentuale Änderung des genannten Indexes in der Zeit zwischen dem Inkrafttreten dieser Richtlinie und dem Zeitpunkt der ersten Überprüfung oder in der Zeit zwischen dem Zeitpunkt der letzten Überprüfung und dem der neuen Überprüfung erhöht und auf den nächsthöheren vollen Euro aufgerundet wird.

**Artikel 5****Bestandsschutz**

Die Mitgliedstaaten können vorsehen, dass Personen, die vor September 2000 eine Vermittlungstätigkeit ausübten, in ein Register eingetragen waren und über ein Ausbildungs- und Erfahrungsniveau verfügten, das dem in dieser Richtlinie geforderten Niveau vergleichbar ist, nach Erfüllung der Anforderungen des Artikels 4 Absätze 3 und 4 automatisch in das anzuliegende Register eingetragen werden.

**Artikel 6****Mitteilung der Niederlassung und des Erbringens von Dienstleistungen in anderen Mitgliedstaaten**

(1) Jeder Versicherungs- oder Rückversicherungsvermittler, der erstmalig in einem oder mehreren Mitgliedstaaten im Rahmen des freien Dienstleistungsverkehrs oder der Niederlassungsfreiheit tätig werden will, teilt dies den zuständigen Behörden des Herkunftsmitgliedstaats mit.

Innerhalb eines Monats nach dieser Mitteilung teilen diese zuständigen Behörden den zuständigen Behörden der Aufnahmemitgliedstaaten, die dies wünschen, die Absicht des Versicherungs- oder Rückversicherungsvermittlers mit und unterrichten gleichzeitig den betreffenden Vermittler darüber.

Der Versicherungs- oder Rückversicherungsvermittler kann seine Tätigkeit einen Monat nach dem Zeitpunkt aufnehmen, zu dem er von den zuständigen Behörden des Herkunftsmitgliedstaats von der Mitteilung nach Unterabsatz 2 unterrichtet worden ist. Der betreffende Vermittler kann seine Tätigkeit jedoch sofort aufnehmen, wenn der Aufnahmemitgliedstaat keinen Wert auf diese Information legt.

(2) Die Mitgliedstaaten teilen der Kommission mit, ob sie nach Absatz 1 informiert werden möchten. Die Kommission teilt dies ihrerseits den Mitgliedstaaten mit.

(3) Die zuständigen Behörden des Aufnahmemitgliedstaats können Maßnahmen treffen, um sicherzustellen, dass die Bedingungen, unter denen die Tätigkeit aus Gründen des Allgemeininteresses im Hoheitsgebiet ihres Mitgliedstaats auszuüben ist, in geeigneter Weise veröffentlicht werden.

**Artikel 7****Zuständige Behörden**

(1) Die Mitgliedstaaten benennen die zuständigen Behörden, die befugt sind, die Anwendung dieser Richtlinie sicherzustellen. Sie setzen die Kommission unter Angabe etwaiger Aufgabenteilungen davon in Kenntnis.

(2) Bei den Behörden gemäß Absatz 1 muss es sich entweder um staatliche Stellen oder um Einrichtungen handeln, die nach nationalem Recht oder von nach nationalem Recht ausdrücklich dazu befugten staatlichen Stellen anerkannt sind. Dabei darf es sich nicht um Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmen handeln.

(3) Die zuständigen Behörden sind mit allen zur Erfüllung ihrer Aufgabe erforderlichen Befugnissen auszustatten. Gibt es in einem Mitgliedstaat mehrere zuständige Behörden, so sorgt der betreffende Mitgliedstaat dafür, dass diese eng zusammenarbeiten, damit sie ihre jeweiligen Aufgaben wirkungsvoll erfüllen können.

**Artikel 8****Sanktionen**

(1) Die Mitgliedstaaten sehen angemessene Sanktionen für den Fall vor, dass eine Person, die die Tätigkeit der Versicherungs- oder Rückversicherungsvermittlung ausübt, nicht in einem Mitgliedstaat eingetragen ist und nicht unter Artikel 1 Absatz 2 fällt.

(2) Die Mitgliedstaaten sehen angemessene Sanktionen für den Fall vor, dass ein Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmen Versicherungs- oder Rückversicherungsvermittlungsdienstleistungen von Personen in Anspruch nimmt, die nicht in einem Mitgliedstaat eingetragen sind und nicht unter Artikel 1 Absatz 2 fallen.

(3) Die Mitgliedstaaten sehen angemessene Sanktionen für den Fall vor, dass ein Versicherungs- oder Rückversicherungsvermittler nationale Rechtsvorschriften nicht einhält, die aufgrund dieser Richtlinie erlassen wurden.

(4) Diese Richtlinie berührt nicht die Befugnis der Aufnahmemitgliedstaaten, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um in ihrem Hoheitsgebiet begangene Verstöße gegen die von ihnen aus Gründen des Allgemeininteresses erlassenen Rechts- und Verwaltungsvorschriften zu verhindern oder zu ahnden. Dazu gehört auch die Möglichkeit, einem Versicherungs- oder Rückversicherungsvermittler, der sich vorschriftswidrig verhält, weitere Tätigkeiten in ihrem Hoheitsgebiet zu untersagen.

(5) Jede angenommene Maßnahme, die Sanktionen oder eine Einschränkung der Tätigkeiten eines Versicherungs- oder Rückversicherungsvermittlers beinhaltet, ist ordnungsgemäß zu begründen und dem betreffenden Vermittler mitzuteilen. Bei jeder derartigen Maßnahme ist vorzusehen, dass in dem Mitgliedstaat, von dem sie ergriffen wurde, Klage erhoben werden kann.

**Artikel 9****Informationsaustausch zwischen den Mitgliedstaaten**

(1) Die zuständigen Behörden der verschiedenen Mitgliedstaaten arbeiten zusammen, um die ordnungsgemäße Anwendung dieser Richtlinie zu gewährleisten.

(2) Die zuständigen Behörden tauschen Informationen über die Versicherungs- und Rückversicherungsvermittler aus, gegen die eine Sanktion gemäß Artikel 8 Absatz 3 oder eine Maßnahme gemäß Artikel 8 Absatz 4 verhängt wurde, sofern diese Informationen geeignet sind, zur Streichung dieser Vermittler aus dem Register zu führen. Außerdem können die zuständigen Behörden auf Antrag einer Behörde alle einschlägigen Informationen untereinander austauschen.



(3) Alle Personen, die im Rahmen dieser Richtlinie zur Entgegennahme oder Erteilung von Informationen verpflichtet sind, unterliegen dem Berufsgeheimnis in derselben Weise, wie dies in Artikel 16 der Richtlinie 92/49/EWG des Rates vom 18. Juni 1992 zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften für die Direktversicherung (mit Ausnahme der Lebensversicherung) sowie zur Änderung der Richtlinien 73/239/EWG und 88/357/EWG (Dritte Richtlinie Schadensversicherung) <sup>(1)</sup> und in Artikel 15 der Richtlinie 92/96/EWG des Rates vom 10. November 1992 zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften für die Direktversicherung (Lebensversicherung) sowie zur Änderung der Richtlinien 79/267/EWG und 90/619/EWG (Dritte Richtlinie Lebensversicherung) <sup>(2)</sup> vorgesehen ist.

#### Artikel 10

##### Beschwerden

Die Mitgliedstaaten sorgen für die Einrichtung von Verfahren, die es Kunden und anderen Betroffenen, insbesondere Verbraucherschutzverbänden, ermöglichen, Beschwerden über Versicherungs- und Rückversicherungsvermittler einzulegen. Beschwerden sind in jedem Fall zu beantworten.

#### Artikel 11

##### Außergerichtliche Beilegung von Streitigkeiten

(1) Die Mitgliedstaaten fördern die Schaffung angemessener und wirksamer Beschwerde- und Abhilfeverfahren zur außergerichtlichen Beilegung von Streitigkeiten zwischen Versicherungsvermittlern und Kunden, gegebenenfalls durch Rückgriff auf bestehende Stellen.

(2) Die Mitgliedstaaten fördern die Zusammenarbeit der entsprechenden Stellen bei der Beilegung grenzübergreifender Streitigkeiten.

#### KAPITEL III

##### INFORMATIONSPFLICHTEN DER VERMITTLER

#### Artikel 12

##### Vom Versicherungsvermittler zu erteilende Auskünfte

(1) Vor Abschluss jedes ersten Versicherungsvertrags und nötigenfalls bei Änderung oder Erneuerung des Vertrags teilt der Versicherungsvermittler dem Kunden zumindest Folgendes mit:

- a) seinen Namen und seine Anschrift;
- b) in welches Register er eingetragen wurde und auf welche Weise sich die Eintragung überprüfen lässt;
- c) ob er eine direkte oder indirekte Beteiligung von über 10 % an den Stimmrechten oder am Kapital eines bestimmten Versicherungsunternehmens besitzt;
- d) ob ein bestimmtes Versicherungsunternehmen oder das Mutterunternehmen eines bestimmten Versicherungsunternehmens eine direkte oder indirekte Beteiligung von über 10 % an den Stimmrechten oder am Kapital des Versicherungsvermittlers besitzt;

e) Angaben über die in Artikel 10 genannten Verfahren, die es den Kunden und anderen Betroffenen ermöglichen, Beschwerden über Versicherungsvermittler einzureichen, sowie gegebenenfalls über die in Artikel 11 genannten außergerichtlichen Beschwerde- und Abhilfeverfahren.

Außerdem teilt der Versicherungsvermittler dem Kunden in Bezug auf den angebotenen Vertrag mit,

- i) ob er seinen Rat gemäß der in Absatz 2 vorgesehenen Verpflichtung auf eine ausgewogene Untersuchung stützt, oder
- ii) ob er vertraglich verpflichtet ist, Versicherungsvermittlungsgeschäfte ausschließlich mit einem oder mehreren Versicherungsunternehmen zu tätigen. In diesem Fall teilt er dem Kunden auf Antrag auch die Namen dieser Versicherungsunternehmen mit, oder
- iii) ob er nicht vertraglich verpflichtet ist, Versicherungsvermittlungsgeschäfte ausschließlich mit einem oder mehreren Versicherungsunternehmen zu tätigen, und seinen Rat nicht gemäß der in Absatz 2 vorgesehenen Verpflichtung auf eine ausgewogene Untersuchung stützt. In diesem Fall teilt er dem Kunden auf Antrag auch die Namen derjenigen Versicherungsunternehmen mit, mit denen er Versicherungsgeschäfte tätigen darf und auch tätig.

In den Fällen, in denen vorgesehen ist, dass die betreffende Information nur auf Antrag des Kunden zu erteilen ist, ist Letzterer von dem Recht, diese Information zu beantragen, in Kenntnis zu setzen.

(2) Teilt der Versicherungsvermittler dem Kunden mit, dass er auf der Grundlage einer objektiven Untersuchung berät, so ist er verpflichtet, seinen Rat auf eine Untersuchung einer hinreichenden Zahl von auf dem Markt angebotenen Versicherungsverträgen zu stützen, so dass er gemäß fachlichen Kriterien eine Empfehlung dahin gehend abgeben kann, welcher Versicherungsvertrag geeignet wäre, die Bedürfnisse des Kunden zu erfüllen.

(3) Vor Abschluss eines Versicherungsvertrags hat der Versicherungsvermittler, insbesondere anhand der vom Kunden gemachten Angaben, zumindest dessen Wünsche und Bedürfnisse sowie die Gründe für jeden diesem zu einem bestimmten Versicherungsprodukt erteilten Rat genau anzugeben. Diese Angaben sind der Komplexität des angebotenen Versicherungsvertrags anzupassen.

(4) Die in den Absätzen 1, 2 und 3 genannten Auskünfte brauchen weder bei der Vermittlung von Versicherungen für Großrisiken noch bei der Rückversicherungsvermittlung erteilt zu werden.

(5) Die Mitgliedstaaten können hinsichtlich der nach Absatz 1 zu erteilenden Auskünfte strengere Vorschriften beibehalten oder erlassen, sofern sie mit dem Gemeinschaftsrecht vereinbar sind.

Die Mitgliedstaaten teilen der Kommission die in Unterabsatz 1 genannten einzelstaatlichen Vorschriften mit.

Um mit allen geeigneten Mitteln ein hohes Maß an Transparenz zu schaffen, sorgt die Kommission dafür, dass die ihr zugeleiteten Informationen über die einzelstaatlichen Vorschriften auch den Verbrauchern und den Versicherungsvermittlern mitgeteilt werden.

<sup>(1)</sup> ABl. L 228 vom 11.8.1992, S. 1. Richtlinie zuletzt geändert durch die Richtlinie 2000/64/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 290 vom 17.11.2000, S. 27).

<sup>(2)</sup> ABl. L 360 vom 9.12.1992, S. 1. Richtlinie zuletzt geändert durch die Richtlinie 2000/64/EG des Europäischen Parlaments und des Rates.

## Artikel 13

**Einzelheiten der Auskunftserteilung**

(1) Die den Kunden nach Artikel 12 zustehenden Auskünfte sind folgendermaßen zu erteilen:

- a) auf Papier oder auf einem anderen, dem Kunden zur Verfügung stehenden und zugänglichen dauerhaften Datenträger;
- b) in klarer, genauer und für den Kunden verständlicher Form;
- c) in einer Amtssprache des Mitgliedstaats, in dem die Verpflichtung eingegangen wird, oder in jeder anderen von den Parteien vereinbarten Sprache.

(2) Abweichend von Absatz 1 Buchstabe a) dürfen die in Artikel 12 genannten Auskünfte mündlich erteilt werden, wenn der Kunde dies wünscht oder wenn eine Sofortdeckung erforderlich ist. In diesen Fällen werden die Auskünfte dem Kunden gemäß Absatz 1 unmittelbar nach Abschluss des Versicherungsvertrags erteilt.

(3) Handelt es sich um einen Telefonverkauf, so entsprechen die vor dem Abschluss dem Kunden erteilten Auskünfte den Gemeinschaftsvorschriften über den Fernabsatz von Finanzdienstleistungen an Verbraucher. Ferner werden die Auskünfte dem Kunden gemäß Absatz 1 unmittelbar nach Abschluss des Versicherungsvertrags erteilt.

## KAPITEL IV

**SCHLUSSBESTIMMUNGEN**

## Artikel 14

**Anrufung der Gerichte**

Die Mitgliedstaaten sorgen dafür, dass gegen Entscheidungen, die bezüglich eines Versicherungs- oder Rückversicherungsvermittlers oder eines Versicherungsunternehmens aufgrund von gemäß dieser Richtlinie erlassenen Rechts- und Verwaltungsvorschriften ergehen, ein Gericht angerufen werden kann.

## Artikel 15

**Aufhebung**

Die Richtlinie 77/92/EWG wird mit Wirkung ab dem in Artikel 16 Absatz 1 genannten Zeitpunkt aufgehoben.

## Artikel 16

**Umsetzung**

(1) Die Mitgliedstaaten setzen die erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften in Kraft, um dieser Richtlinie spätestens ab dem 15. Januar 2005 nachzukommen. Sie setzen die Kommission unverzüglich davon in Kenntnis.

Bei Erlass dieser Vorschriften nehmen die Mitgliedstaaten in den Vorschriften selbst oder durch einen Hinweis bei der amtlichen Veröffentlichung auf diese Richtlinie Bezug. Die Mitgliedstaaten regeln die Einzelheiten der Bezugnahme.

(2) Die Mitgliedstaaten teilen der Kommission den Wortlaut der Rechts- und Verwaltungsvorschriften mit, die sie auf dem unter diese Richtlinie fallenden Gebiet erlassen. Gleichzeitig übermitteln sie eine Tabelle, aus der hervorgeht, welche innerstaatlichen Vorschriften den einzelnen Artikeln dieser Richtlinie entsprechen.

## Artikel 17

**Inkrafttreten**

Diese Richtlinie tritt am Tag ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* in Kraft.

## Artikel 18

**Adressaten**

Diese Richtlinie ist an alle Mitgliedstaaten gerichtet.

Geschehen zu Brüssel am 9. Dezember 2002.

*Im Namen des Europäischen  
Parlaments*

*Der Präsident*  
P. COX

*Im Namen des Rates*

*Der Präsident*  
H. C. SCHMIDT

## Anhang II

### Meldung eines Händlers über zukünftige Versicherungsvermittlung im Nebengewerbe

Name

Adresse

SV-Nummer

Ort, Datum

An die  
Gewerbebehörde  
(Bezirksverwaltungsbehörde, Magistrat)

**Betreff:**  
GewO-Novelle 2005, Meldung über Versicherungsvermittlungstätigkeiten

Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich beabsichtige, ab dem 15.1.2005 folgende bisher gemäß § 32 GewO. ausgeübten  
Versicherungsvermittlungstätigkeiten als Nebengewerbe auszuüben.

1. Ich werde die Tätigkeit der Versicherungsvermittlung als Nebengewerbe in der Form als Versicherungsagent ausüben.
2. Ich habe folgende Tätigkeiten der Versicherungsvermittlung vor dem 15. Jänner 2005 mindestens drei Jahre gemäß § 32 ausgeübt und werde diese in Zukunft als Nebengewerbe ausüben:

Versicherungsvermittlungs-tätigkeit (zB Versicherungsweig gemäß VAG)	Ausübung als Versicherungsagent	Ausübung als Versicherungsmakler

Weitere Tätigkeitszeiten können in einem Beiblatt angegeben werden!

3. Die Haftungsabsicherung mit Wirksamkeit ab 15.1.2005 wird lt. angeschlossenen Unterlagen nachgewiesen durch

- ☐ Eine Berufshaftpflichtversicherung, abgeschlossen mit  
.....
- ☐ Erklärung einer gleichwertigen Deckungsgarantie, abgegeben von  
.....

- ☐ die Haftungserklärung(en) des (der) Versicherungsunternehmen(s), mit dem (denen) ein Agenturvertrag(-verträge) besteht(en), wobei die Versicherungszweige **nicht** miteinander **konkurrieren**:

1. ....

2. ....

3. ....

Weitere Agenturverträge können in einem Beiblatt angeführt werden.

4. Empfangnahme von Kundengeldern:  
Ich verfüge **nicht** über die Berechtigung zum Empfang von Kundengeldern; daher entfällt der Nachweis getrennter Kundenkonten.

5. Angabe über die fachliche Eignung:

- Für Einzelunternehmer: Den Befähigungsnachweis erbringt

Frau/Herr .....

- Bei Ausübung durch Gesellschaften:

Das Leitungsorgan besteht aus ..... Personen

Den Befähigungsnachweis erbringen (mindestens ein Drittel des Leitungsorgans!):

Frau/Herr .....

Frau/Herr .....

Anmerkung: Leitungsorgane sind

Einzelunternehmer: Unternehmer selbst, gewerberechtlicher Geschäftsführer

GmbH: Handelsrechtlicher Geschäftsführer

AG: Vorstandsmitglieder

OHG, KG, OEG, KEG: persönlich haftende Gesellschafter

6. Angabe über Agenturverträge: Ich habe mit folgenden Versicherern Agenturverträge in den angegebenen Versicherungszweigen abgeschlossen:

**Versicherer**

**Versicherungszweig**

1. ....

.....

2. ....

.....

3. ....

.....

Anmerkung: Weitere Agenturverträge können in einem Beiblatt angeführt werden.

Mit freundlichen Grüßen

(Unterschrift)

(Firmenmäßige Zeichnung)

## I. Abstract

Den zentralen Gegenstand der vorliegenden Diplomarbeit bildet die Richtlinie 2002/92/EG über Versicherungsvermittlung.

Die Diplomarbeit besteht aus vier Kapiteln. Den Anfang bildet eine kurze Einführung in das Thema „Versicherungsvermittlungs- Richtlinie“, anschließend wird der Werdegang der Rechtssetzung der RL vorgestellt.

Im zweiten Kapitel erfolgt eine Betrachtung von Problemstellung und Zielsetzung der RL sowie eine Darstellung des Inhaltes. Zusammengefasst lässt sich sagen: die RL wurde am **15. Januar 2003** im Amtsblatt der EU **veröffentlicht**. Sie wurde notwendig, um die Dienstleistungsfreiheit für den Bereich der Versicherungsvermittlung zu ermöglichen und um dem Gedanken des Verbraucherschutzes Rechnung zu tragen.

Die Richtlinie regelt folgende **wesentliche Punkte**:

- die Eintragung der Vermittler in ein öffentlich zugängliches Register,
- bestehende Informationspflichten für Vermittler,
- Beratungs- und Dokumentationspflichten (Beratungsprotokoll),
- Die Einrichtung einer Schlichtungsstelle,
- das Sichern von Kundengeldern.

Für die Registrierung sind ein **guter Leumund**, der Nachweis von kaufmännischen und fachlichen **Kenntnissen** den Vermittler, sowie eine **Berufshaftpflicht- oder Vermögensschadenshaftpflichtversicherung** erforderlich. Diese kann bei firmengebundenen Vermittlern- Ein-Firmenvertreter und mehrfach gebundener Vermittler- durch eine uneingeschränkte Haftungsübernahme durch ein entsprechendes Versicherungsunternehmen ersetzt werden.

Im dritten Kapitel werden die Thesen zur Umsetzung der RL beschrieben, das vierte Kapitel befasst sich mit den wesentlichen Aspekten bei der Umsetzung der Versicherungsvermittlungs- RL in Österreich.

Abschließend lässt sich feststellen, dass die Einführung der RL trotz einiger Schwierigkeiten bei der Umsetzung und eventuell noch bestehender Unklarheiten als Erfolg bezeichnet werden kann, da sie wesentliche Aspekte der Versicherungsvermittlung regelt.



## II. Curriculum Vitae

### Persönliche Daten

Name: Kircheva Borislava  
Adresse: Kleine Mohrengasse 5/4, 1020 Wien  
Geburtsdatum: 20.03.1980  
Geburtsort: Lom, Bulgarien  
Staatsbürgerschaft: Bulgarien

---

### Ausbildung

Seit 10/ 2005 **Universität Wien**, Österreich, BWL, KFK  
Finanzdienstleistungen  
10/ 2004- 06/ 2005 Vorstudienlehrgang der Wiener Universitäten- Deutsch als  
Fremdsprache  
10/ 1998- 02/ 2004 **Universität für National- und Weltwirtschaft**, Sofia,  
Bulgarien, **Titel: Bakkalaureus**, Finanzwesen  
10/ 1993- 06/ 1998 **Gymnasium für Mathematik und Naturwissenschaften**,  
Lom, Bulgarien, **Profil: Mathematik**

---

### Praktika und Berufserfahrung

12/ 2002- 09/ 2004 **Expertin** in der Schadensabteilung bei Bulstrad Life TBIH  
Vienna Insurance Group ( „Bulstrad Life“ AG)  
Versicherungsgesellschaft, Sofia, Bulgarien  
10/ 2002- 12/ 2002 **Praktikantin** bei der Bank DSK OTP Group, Sofia, Bulgarien

---

Sprachen: Bulgarisch- Muttersprache, Deutsch, Englisch, Russisch

EDV: Microsoft Word, Excel, Outlook, Windows, PowerPoint, MS  
Project, Controlling mit SAP R/3, Internet  
Führerschein: Kategorie B  
Hobbies: Mathematik, Sport